



# Landtag von Baden-Württemberg

101. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 7. Oktober 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 9:35 Uhr

Mittagspause: 11:31 bis 13:02 Uhr

Schluss: 14:55 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	7137	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag</b> – Drucksache 14/6802 . . . . .	7156
1. a) Aktuelle Debatte – <b>AKW-Laufzeitverlängerungen und die Folgen</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE		Minister Dr. Wolfgang Reinhart. . . . .	7156
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – <b>Sichere Energieversorgung in Deutschland – gefährliche Atomkraftwerke abschalten</b> – Drucksache 14/4787		Abg. Günther-Martin Pauli CDU . . . . .	7157
c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – <b>Keine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke – Sicherheit vor Profit</b> – Drucksache 14/4896		Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	7158
d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – <b>Am Atomausstieg festhalten – klares Bekenntnis gegen den Neubau von Kernkraftwerken</b> – Drucksache 14/5138 . . . . .	7137	Abg. Jürgen Walter GRÜNE . . . . .	7159
Abg. Franz Untersteller GRÜNE . . . . .	7137, 7147	Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP . . . . .	7159
Abg. Paul Nemeth CDU . . . . .	7139, 7147	Beschluss . . . . .	7160
Abg. Thomas Knapp SPD . . . . .	7140, 7148	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE – <b>Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg</b> – Drucksache 14/6866 . . . . .	7163
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	7142, 7149	Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . .	7163, 7168, 7174
Ministerin Tanja Gönner . . . . .	7144, 7150	Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE . . . . .	7164, 7169
Beschluss . . . . .	7150	Abg. Winfried Mack CDU . . . . .	7166
2. Aktuelle Debatte – <b>Rot-Grün zwischen Anspruch und Wirklichkeit</b> – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .	7150	Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	7167
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU . . . . .	7150, 7156	Minister Heribert Rech. . . . .	7171
Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	7152, 7156	Abg. Winfried Mack CDU (persönliche Erklärung) . . . . .	7174
Abg. Jürgen Walter GRÜNE . . . . .	7153	Beschluss . . . . .	7174
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	7154	5. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 14/6991	
Minister Helmut Rau . . . . .	7155	Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE – <b>Auflagen für Baumfällungen für Stuttgart 21</b> . . . . .	7161
		Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE . . . . .	7161, 7162
		Ministerin Tanja Gönner . . . . .	7161, 7162, 7163
		Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE . . . . .	7161
		Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE . . . . .	7162
		Abg. Klaus Herrmann CDU . . . . .	7162
		Abg. Reinhold Pix GRÜNE . . . . .	7162, 7163
		Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	7162

<p>6. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. April 2010 – <b>Beratende Äußerung zur Finanzierung des Integrierten Rheinprogramms und der EG-Wasserrahmenrichtlinie</b> – Drucksachen 14/6160, 14/6348</p> <p>b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr – <b>Hochwasserschutz am Rhein endlich voranbringen</b> – Drucksache 14/6210 .. 7174</p> <p>Abg. Ulrich Müller CDU ..... 7174</p> <p>Abg. Johannes Stober SPD ..... 7176</p> <p>Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE ..... 7177</p> <p>Abg. Monika Chef FDP/DVP ..... 7178</p> <p>Ministerin Tanja Gönner ..... 7179</p> <p>Beschluss ..... 7181</p> <p>7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 28. September 2010 – <b>Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen</b> – Drucksachen 14/6965, 14/6981 ..... 7182</p> <p>Beschluss ..... 7182</p> <p>8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Justizministeriums vom 26. Juli 2010 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Grünbuch Europäisches Vertragsrecht</b> – Drucksachen 14/6800, 14/6982 ..... 7182</p> <p>Beschluss ..... 7182</p> <p>9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Justizministeriums vom 6. August 2010 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Das Recht auf Belehrung in Strafverfahren</b> – Drucksachen 14/6841, 14/6983 ..... 7182</p> <p>Beschluss ..... 7182</p> <p>10. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu den Mitteilungen der Landesregierung vom 3. Juni 2009 und 6. September 2010 – <b>Berichte der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung 2006 – Beitrag Nr. 25: Professorenbesoldung an den Fachhochschulen</b> – Drucksachen 14/4278, 14/6892, 14/6938 ..... 7182</p> <p>Beschluss ..... 7182</p> <p>11. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu</p> <p>a) der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 7. Juli 2010 – <b>Energiebericht 2010</b></p>	<p>b) der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 16. Juli 2010 – <b>Bericht des Wirtschaftsministeriums zu einem Beschluss des Landtags; hier: Aktuelle Daten zum Energieverbrauch 2009; Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg 2009</b></p> <p>Drucksachen 14/6642, 14/6697, 14/6917. .... 7182</p> <p>Beschluss ..... 7182</p> <p>12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport zu</p> <p>a) der Mitteilung der Landesregierung vom 29. September 2009 – <b>Abschlussbericht des Expertenkreises Amok</b></p> <p>b) der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juli 2010 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“</b></p> <p>– <b>Kapitel 1: Gewaltprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen</b></p> <p>– <b>Kapitel 2: Zugang zu Waffen</b></p> <p>– <b>Kapitel 3: Gewaltdarstellung in Medien, u. a. in Computerspielen</b></p> <p>– <b>Kapitel 4: Sicherheitsmaßnahmen an Schulen</b></p> <p>– <b>Viertes Handlungsfeld: Sicherheit an Schulen – direktes Alarmierungssystem</b></p> <p>– <b>Sechstes Handlungsfeld: Gewaltprävention im Sportjugendbereich – Modellprojekt Biathlon</b></p> <p>Drucksachen 14/5188, 14/6771, 14/6772, 14/6773, 14/6774, 14/6784, 14/6791, 14/6945 ..... 7182</p> <p>Beschluss ..... 7182</p> <p>13. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juli 2010 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen; Jugendgefährdung und Jugendgewalt“</b></p> <p>a) <b>Kapitel 1: Gewaltprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen</b></p> <p>b) <b>Kapitel 3: Gewaltdarstellung in Medien, u. a. in Computerspielen</b></p> <p>c) <b>Kapitel 5: Stärkung des Erziehungsauftrags der Eltern</b></p> <p>Drucksachen 14/6779, 14/6780, 14/6782, 14/6781, 14/6949. .... 7182</p> <p>Beschluss ..... 7182</p>
---	---

<p>14. Beschlussempfehlung und Bericht des Umweltausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 18. August 2010 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Entschließung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in Baden-Württemberg (Erneuerbare-Wärme-Gesetz – E-WärmeG)</b> – Drucksachen 14/6850, 14/6975 ..... 7182</p> <p>Beschluss ..... 7183</p>	<p><b>buch europäische Pensions- und Rentensysteme</b> – Drucksachen 14/6816, 14/6966..... 7183</p> <p>Beschluss ..... 7183</p>
<p>15. Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren vom 2. August 2010 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Grün-</b></p>	<p>16. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/6951, 14/6952, 14/6953, 14/6954, 14/6955..... 7183</p> <p>Beschluss ..... 7183</p> <p>17. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/6883 ..... 7183</p> <p>Beschluss ..... 7183</p> <p>Nächste Sitzung ..... 7183</p>

## Protokoll

über die 101. Sitzung vom 7. Oktober 2010

Beginn: 9:35 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 101. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Wonny und Herrn Abg. Behringer erteilt.

Krankgemeldet sind die Herren Abg. Ehret und Ernst.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Minister Köberle, Herr Minister Professor Dr. Goll – vormittags –, Herr Minister Rau – heute Nachmittag – und Herr Staatssekretär Dr. Scheffold – ab 16:30 Uhr – entschuldigt.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Professor Dr. Franzenberg und Frau Staatsrätin Dr. Ammicht Quinn.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

- a) **Aktuelle Debatte – AKW-Laufzeitverlängerungen und die Folgen – beantragt von der Fraktion GRÜNE**
- b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – Sichere Energieversorgung in Deutschland – gefährliche Atomkraftwerke abschalten – Drucksache 14/4787**
- c) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – Keine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke – Sicherheit vor Profit – Drucksache 14/4896**
- d) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – Am Atomausstieg festhalten – klares Bekenntnis gegen den Neubau von Kernkraftwerken – Drucksache 14/5138**

Das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller.

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ von dieser Woche beginnen. Der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch wurde dort in einem großen Interview ge-

fragt, was Konservative denn auszeichne. Er hat daraufhin Folgendes gesagt:

*Sie machen ein Land menschlicher, verlässlicher, sorgen für Maß und Mitte.*

(Zuruf von der CDU: Richtig! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann!)

Fangen wir einmal mit dem Begriff „Verlässlichkeit“ an. Im Juni 2000 hat die damalige Bundesregierung nach monatelangen Verhandlungen mit den Spitzen der deutschen Stromkonzerne einen Atomkonsens beschlossen. Für die Betreiber der Kernkraftwerke hat das damals bedeutet, dass sie über zwei Jahrzehnte genau wissen würden, wie die Entwicklung verläuft und wann welche Reaktoren aus der Nutzung herausgenommen werden. Gleichzeitig hat diese Vereinbarung bedeutet, dass Stadtwerke und regionale Energieversorger wussten: „20 000 MW gehen heraus; es rentiert sich für uns, dort einzusteigen und zu investieren.“ In der Folge wurden 12 Milliarden € an Investitionen losgetreten, 6 Milliarden € davon sind mittlerweile realisiert, und weitere 6 Milliarden € sollten in den kommenden Jahren investiert werden.

Spätestens seit Anfang September, nachdem die Berliner Koalitionsspitzen in enger Abstimmung mit den Stromkonzernen der Öffentlichkeit die Beschlüsse vorgelegt haben, wissen wir meines Erachtens, was unter „Verlässlichkeit“ in Berlin zu verstehen ist. Das, was da in der Nacht beschlossen wurde, hat meines Erachtens null und nichts mit Verlässlichkeit zu tun. Ich habe es gerade ausgeführt: Die kleinen und mittleren Unternehmen wissen mittlerweile, dass es sich in Deutschland nicht mehr rechnet, die Investitionen, die ange-dacht waren, auf den Weg zu bringen.

Meines Erachtens hat dies auch nichts mit „Maß und Mitte“ zu tun, und angesichts dessen, dass bundesweit Konflikte aufzuflammen drohen – wie Anfang der Achtzigerjahre –, hat dies auch überhaupt nichts mit „Menschlichkeit“ zu tun bzw. mit dem Anspruch, „ein Land menschlicher zu machen“.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, von dem, was das Wort „konservativ“ nach dem kochschen Wertekanon angeblich bedeutet, ist die CDU mit dem, was sie da macht, meines Erachtens so weit entfernt wie der Mond von der Erde.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Die Sonne ist noch weiter weg!)

(Franz Untersteller)

In Wirklichkeit ging es bei der ganzen Geschichte letztlich nur um eines: Es ist die Fortsetzung von Klientelpolitik auf einem anderen Niveau und nichts anderes.

(Beifall bei den Grünen)

Eine stichhaltige Begründung für die Laufzeitverlängerung, die beschlossen wurde – sehen wir einmal von dem Geblubber von der angeblichen Brückentechnologie ab –, haben Sie der Öffentlichkeit bis heute nicht geliefert.

Fakt ist – das wissen Sie genauso wie ich –, dass beispielsweise das Umweltbundesamt und der von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenrat für Umweltfragen im Frühjahr dieses Jahres ausführliche Gutachten vorgelegt und dargelegt haben, warum man die Laufzeit nicht verlängern soll. Ich will jetzt nicht ausführen, wie ihre Alternativen aussehen; die Zeit dafür habe ich nicht. Aber darin kann man es nachlesen.

Ich hatte mir erhofft, dass in dem großen Energiegutachten, das angekündigt war, die Begründung für die Laufzeitverlängerung dargelegt würde. Aber wenn Sie da hineinschauen, stellen Sie fest, dass die Gutachter bei den untersuchten Szenarien einer Laufzeitverlängerung – vier Jahre, acht Jahre, zwölf Jahre bis hin zu 20 Jahren – zu dem Ergebnis kommen: Auf die Strompreisentwicklung hat das alles keinen Einfluss. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Auswirkungen auf den Klimaschutz völlig gleich sind, egal, ob die Laufzeit um vier, um acht oder um zwölf Jahre verlängert wird.

Was machen Sie? Sie verlängern um acht bzw. um 14 Jahre. Eine Begründung für dieses Vorgehen – ich sage es noch einmal – haben Sie bis zum heutigen Tag nicht geliefert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bleibt die Frage: Warum machen Sie das? Schauen wir uns einmal an, was aus Ihren Reihen in Berlin geäußert wurde. Joachim Pfeiffer beispielsweise, Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher in Berlin, der aus Baden-Württemberg stammt, spricht zum Thema Energiekonzept gar von einem „Marshallplan für die Energiepolitik“. Wenn man in diese 40 Seiten hineinschaut, findet man 36-mal „Wir wollen prüfen“. Wenn Sie sich die einzelnen Punkte anschauen – das, was jetzt beschlossen wurde –, dann stellen Sie fest, dass innerhalb von vier Wochen bei allen Punkten abgerüstet wurde: bei der Gebäudesanierung, bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen im Kfz-Bereich. Sie können nehmen, was Sie wollen. Nur in einem Bereich ist alles so geblieben, wie es war, nämlich bei der Laufzeitverlängerung.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Unglaublich!)

Seien wir einmal ehrlich: Seit der Bundestagswahl ging es Ihnen von Anfang an nicht darum, eine begründete Vorgehensweise auf den Weg zu bringen, sondern darum, das Versprechen einzulösen, das Sie den deutschen Stromkonzernen gegeben haben. Die Gutachten, die dazu gemacht wurden, sind letztendlich nur Beiwerk, um der Öffentlichkeit die Laufzeitverlängerung halbwegs verkaufen zu können.

Der Ministerpräsident und auch die Umweltministerin haben im Vorfeld immer deutlich gemacht, aus ihrer Sicht könne man

die Laufzeitverlängerung nur dann in der Öffentlichkeit verkaufen, wenn mindestens 50 % der daraus erzielten Mehrerträge in den Ausbau der erneuerbaren Energien fließen. Herr Ministerpräsident, ich empfehle Ihnen, einmal einen Blick in eine Veröffentlichung der LBBW vom 16. September zu werfen. Darin wird vorgerechnet, wie die Mehrerträge und die Abschöpfungsquote aussehen.

Nehmen wir einmal die EnBW. Die LBBW kommt in diesem Papier zu dem Ergebnis, dass über die gesamte beschlossene Laufzeit hinweg 22,1 Milliarden € an Mehrerträgen zu erwarten sind; 8,8 Milliarden € werden abgeschöpft, sodass letztlich 13,3 Milliarden € übrig bleiben. Unter dem Strich heißt das: Es gibt eine Abschöpfungsquote von rund 39 %. Wenn Sie dann noch den Anteil der Brennelementesteuer abziehen, der zur Haushaltssanierung vorgesehen ist, bleiben plus/minus 30 %, die letztendlich für die Förderung der erneuerbaren Energien verfügbar wären. Jetzt frage ich Sie: Wo sind die 50 %, die Sie der Öffentlichkeit versprochen haben, die Sie abschöpfen wollen?

Letztendlich ging es darum, den vier Stromkonzernen in Deutschland ihre Marktposition und ihre Profite zu sichern und dafür zu sorgen, dass neue, die am Markt wären, gar keine Chance hätten, den vier ernsthaft Konkurrenz zu machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Thema Sicherheit: Wenn Sie sich die Berliner Beschlüsse anschauen, werden Sie darin kein Wort dazu finden, dass die Laufzeitverlängerung mit Sicherheitsauflagen verknüpft wird. Kein Wort!

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Die Anlagen können in der Weise, wie sie heute betrieben werden, weitergeführt werden.

Herr Kollege Nemeth, lesen Sie doch einmal das Interview, das der Vorstandsvorsitzende der EnBW, Villis, der „Stuttgarter Zeitung“ gegeben hat. Er sagt: Wir können „bei einer Laufzeitverlängerung von acht Jahren Kosten von maximal 120 Millionen €“ für zusätzliche Sicherheitsauflagen für GKN I verkraften. Das heißt: pro Jahr 15 Millionen € zusätzlich. Das, was die EnBW in den letzten Jahren und Jahrzehnten in die Anlage hineingesteckt hat, bedeutet umgerechnet plus/minus 25 Millionen € pro Jahr. Bei einer Laufzeitverlängerung erwarten wir also nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an Sicherheit.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das stimmt nicht!)

– Lesen Sie das Interview mit Herrn Villis nach.

(Beifall bei den Grünen)

Durch eine Laufzeitverlängerung ist ebenfalls zu befürchten, dass die Dynamik bei den erneuerbaren Energien abgebremst wird. Auch da, Herr Ministerpräsident, empfehle ich einen Blick in die Zeitung mit diesem Interview mit Villis.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Ich empfehle einen Blick ins Gesetz!)



(Franz Untersteller)

Ich zitiere:

*Angesichts der Belastungen, die uns von der Politik auferlegt werden, müssen wir alle Investitionen ergebnisoffen auf den Prüfstand stellen, also auch die erneuerbaren Energien.*

Das heißt, Hans-Peter Villis stellt Investitionsentscheidungen, die unter den Bedingungen des Atomausstiegs getroffen wurden, zu einem Zeitpunkt infrage, zu dem er die Laufzeitverlängerung in der Tasche hat, zu dem ihm Milliarden an Zusatzprofitem winken. Warum? Weil er seinen atomaren „Dukatenseln“ in Neckarwestheim, Philippsburg und anderswo nicht durch neue Anlagen Konkurrenz machen will.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Nemeth.

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Untersteller, ich weiß gar nicht, worüber Sie sich hier so künstlich aufregen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Haben Sie geschlafen? – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

CDU und CSU haben in ihrem Wahlprogramm eine Laufzeitverlängerung vorgeschlagen. Die Absicht, eine Laufzeitverlängerung vorzunehmen, wurde schließlich auch in den Koalitionsvertrag auf Bundesebene aufgenommen. Wir sind von diesem Weg auch überzeugt.

Mit dieser Meinung sind wir übrigens nicht allein. Der Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Baden-Württemberg ist schon lange für eine Laufzeitverlängerung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Führende Wissenschaftler wie Professor Schellnhuber sind für eine Laufzeitverlängerung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Warum? Wir leisten mit einer Laufzeitverlängerung einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion. Die Nutzung der Kernenergie wirkt preisdämpfend. Das ist ganz klar. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Lesen Sie doch einmal das Energiegutachten der Bundesregierung!)

Wenn wir das Angebot erhöhen, ist völlig klar, dass dies auf dem Strommarkt mindestens preisdämpfende Auswirkungen hat. Außerdem generieren wir mit einer Laufzeitverlängerung neue Mittel, um die Energiewende zu finanzieren, meine Damen und Herren. Denn wir wollen die Lasten nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern und der mittelständischen Wirt-

schaft auferlegen. Vielmehr lassen wir die Stromkonzerne diese Dinge nun mitfinanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpper CDU: Prima! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Nemeth, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Schmiedel?

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Später. Die SPD kommt ja noch zu Wort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Nein, jetzt lasse ich keine Kurzintervention zu.

Ich bleibe bei den Grünen. Dass die Grünen gegen Kernenergie sind, hat sich ja herumgesprochen. Aber, Herr Untersteller, Sie sind nicht nur gegen Kernenergie. Sie sind gegen Kohle, Sie sind gegen CCS, Sie sind gegen Pumpspeicherwerke,

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Gegen alles!)

und Sie sind gegen Netze. Sie sind gegen alles.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deswegen muss ich einmal fragen, wie Sie die Industrienation Bundesrepublik Deutschland und den Industriestandort Baden-Württemberg überhaupt mit Strom versorgen wollen.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Die Antwort auf diese Frage bleiben Sie seit Jahren schuldig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Zum neuen Energiekonzept und zur Laufzeitverlängerung gehört auch – das haben Sie falsch dargestellt –, dass sich die Sicherheitsanforderungen weiter erhöhen werden. Wir haben schon jetzt die sichersten Kernkraftwerke der Welt.

Noch einmal zu Ihrer Glaubwürdigkeit: Als Sie und Ihr Umweltminister Trittin am Drücker saßen,

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Guter Mann!)

haben Sie in dieser Zeit – ich glaube, es waren sieben Jahre – nicht ein einziges Kernkraftwerk aus Sicherheitsgründen abgeschaltet. Mit Ihrer Politik betreiben Sie nur Panikmache und schüren die Ängste der Bevölkerung.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Endlagerdebatte!)

Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Gerade haben Sie von Verträgen gesprochen. Herr Trittin hat den Energiekonzernen in dem Vertrag zwischen ihnen und Rot-Grün die Zusicherung der damaligen Bundesregierung

(Paul Nemeth)

gegeben, dass sie keine Initiative zur Erhöhung der Sicherheitsstandards unternehmen wird.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hört, hört! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es! Unglaublich! – Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

Von Rot-Grün wurde dies für 20 Jahre zugesichert. Wir aber gehen den umgekehrten Weg. Wir haben ein neues Gesetz geschaffen, sodass mehr Sicherheitsstandards in Kernkraftwerken – zur Laufzeitverlängerung – zum Tragen kommen. Deswegen glaube ich, dass unsere Politik, was Sicherheitsstandards anbelangt, wesentlich klüger und vernünftiger ist. Deshalb ist auch dieser Vertrag über die Laufzeitverlängerung richtig und sinnvoll.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Nun zu dem Vorwurf, dass wir Verträge nicht einhalten würden: Herr Untersteller, seit damals hat sich einiges getan.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Gehört das als Argument dazu? – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Wir haben eine völlig andere Situation. Wie kommt es denn, dass auf der ganzen Welt – in China, Russland, Italien, Frankreich und sogar Finnland, dem Land, in dem laut PISA-Studie angeblich die klügsten Menschen der Welt wohnen – neue Kernkraftwerke gebaut werden?

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Was ist denn das für eine Begründung! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Herr Untersteller, es hat sich etwas getan. Deshalb ist es richtig und sinnvoll, diese Laufzeitverlängerung zu machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben dafür gesorgt, dass die Energiekonzerne ab 2011 durch eine Brennelementesteuer mit einem jährlichen Aufkommen von 2,3 Milliarden € sofort zusätzlich belastet werden. Das hätte Ihnen eigentlich auch einfallen können. Wir setzen es um. Wir setzen dieses Geld einerseits zum Schuldenabbau ein und andererseits, um die Energiewende zu finanzieren. Das ist eine volkswirtschaftlich sinnvolle Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich muss auch noch einmal Folgendes sagen: Man muss mit dem Märchen aufhören, die Laufzeitverlängerung würde zum Schaden des Einsatzes erneuerbarer Energien erfolgen. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Nein, dies ist ein Märchen! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Ein Blick ins Gesetz würde ein bisschen helfen. Das Gesetz ist von Ihnen verabschiedet worden. In diesem steht von Anfang an, dass es, egal, wo eine Anlage gebaut wird, eine Verpflichtung zur Abnahme des Stroms gibt. Und es gibt garantierte Einspeisevergütungen. Wir haben das Gesetz übernommen. Die erneuerbaren Energien sind geschützt und frei.

Wo gibt es eine Industrie, wo gibt es eine Branche, in der sich solche Freiheiten, geschützt vor allen marktwirtschaftlichen Mechanismen, entwickeln können? Das ist in Deutschland einmalig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Garantierte Preise! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Deshalb muss man auch sagen, dass wir die Gelder, die wir zusätzlich erwirtschaften, so einsetzen, dass dafür gesorgt wird, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze noch mehr gepusht wird. Dies nützt in allererster Linie den Stadtwerken, denn wir wollen diese als mittelständische Produzenten von erneuerbaren Energien ausbauen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Sie werden am stärksten von dem neuen Fonds der Bundesregierung für die Energiewende in Deutschland profitieren.

Erst einmal so weit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Märchenstunde!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Endlich einmal zur Sache! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

**Abg. Thomas Knapp** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wirklich unglaublich, welche Storys hier vorn teilweise erzählt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr richtig! – Zuruf der Abg. Bärtl Mielich GRÜNE)

Ich möchte auf das, was richtig war und was hauptsächlich vom Kollegen Untersteller gesagt worden ist, Kollege Nemeth, gar nicht mehr eingehen. Ich wollte anders starten.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Jetzt starten Sie doch!)

Ich möchte Sie bitten: Geben Sie uns eine Pressemeldung der Stadtwerke, des VKU oder von sonst irgendwoher, die den Atomdeal, den Sie gemacht haben, wirklich positiv begleitet.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein einziges Unternehmen!)

Liefere Sie mir einen Beweis, dass die Stadtwerke, der VKU oder wer auch immer, für die Kernenergie sind und diesen Deal positiv begleitet haben. Es mag Einzelne geben, die sagen: „Das interessiert uns gar nicht; wir haben mit alledem nichts zu tun.“ Das mag es geben, aber Sie werden keine positive Begleitung finden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt einmal zu den Sachargumenten! Jetzt kommen die Sachargumente!)

(Thomas Knapp)

Ich sage Ihnen eines, liebe Kolleginnen und Kollegen: Mit dem, was Sie hier gemacht haben, haben Sie der Energiewirtschaft, der Wirtschaft allgemein einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ingo Rust SPD: Rückschlag!)

Denn was will die Wirtschaft? Die Wirtschaft will klare Rahmenbedingungen über einen längeren Zeitraum.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Eben! Eben!  
– Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Argumente will die Wirtschaft!)

Wenn die Wirtschaft diese nicht hat, dann kann sie nicht richtig wirtschaften, nicht arbeiten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Richtig!)

Was haben wir unter Rot-Grün gemacht? Wir haben einen Atomkonsens gemacht – gemeinsam vereinbart –, der von 2002 bis 2022 eine saubere Linie des Ausstiegs festgelegt hat.

(Abg. Ingo Rust SPD: Konsens! – Abg. Albrecht Fischer CDU: Eine saubere Linie des teuren Stroms habt ihr gemacht! So ein Quatsch!)

Das sind verlässliche Rahmenbedingungen. Sie haben diesen Konsens ohne Not aufgekündigt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe der Abg. Dr. Rainer Prewo SPD und Dr. Klaus Schüle CDU)

Sie haben gesagt – das muss man sich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen –: „Wir wollen mit der Verlängerung der Laufzeiten dafür sorgen, dass die Strompreise sinken.“

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Die sinken nicht, die steigen! – Abg. Paul Nemeth CDU: Nein, das habe ich nicht gesagt! Sie müssen zuhören, Herr Knapp, oder richtig zitieren!)

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat gefragt, ob die Strompreise durch die Laufzeitverlängerung der AKWs sinken werden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So eine niveaulose Rede!)

„Nein“, sagte der Vattenfall-Chef und machte auf die kapitalistischen Spielregeln aufmerksam.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Das heißt, alles, was Sie erreichen wollen, funktioniert nicht.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Wir werden mit der Laufzeitverlängerung keine Strompreissenkung haben,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist kein Sachargument!)

sondern Sie werden zusätzliche Gelder in die Konzerne spülen.

Das zweite Fatale ist: Hier gab es Ankündigungen vom Ministerpräsidenten: „Wir wollen 50 % abschöpfen.“ Ich glaube, auch der Kollege Rülke hat für die FDP/DVP verlauten lassen: „Mindestens 50 %.“ Was passiert jetzt? Sie machen in Berlin eine Laufzeitverlängerung, und das Geld geht zum großen Teil nur in die Sanierung des Staatshaushalts, während für die erneuerbaren Energien bei uns in Baden-Württemberg nichts ankommt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Paul Nemeth CDU: 3 Milliarden € jährlich! – Zurufe der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es ist doch nicht möglich, so etwas noch als positiv zu verkaufen, wenn man alle Ziele, die man hatte, nicht erreicht.

Dann muss ich Ihnen eines sagen: Umweltminister Röttgen in Berlin – da verstehe ich Sie nicht, Frau Umweltministerin, dass Sie sich immer für Kernenergie ausgesprochen haben – war deutlich weiter. Er hat wenigstens einmal überlegt: Wo können wir hingehen? Er hat gesagt: „Wenn wir es schaffen, bis 2020 40 % des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien plus Kernenergie zu decken, dann sind wir auf dem richtigen Weg.“ Ich sage Ihnen: Genau das waren die Ziele der Bundesregierung, der Herr Röttgen angehört, dass wir bis 2020 in diesem Korridor sind, was erneuerbare Energien plus Kernenergie zusammen betrifft, nämlich Kernenergie nur noch in Neckarwestheim II, und der Rest wird aus erneuerbaren Energien gedeckt. Das wäre gegangen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Aber nein, Sie haben ihn noch nicht einmal an den Gesprächen teilnehmen lassen. Wie weit muss ich sinken, dass ich nachträglich, wenn über Sicherheit verhandelt wird und ich der zuständige Minister für Sicherheit wäre, noch sage, dass ich nicht teilgenommen habe? Das war eine tolle Sache, denn damit muss ich mich quasi auch nicht an das alles halten.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Es ist aber beschlossen worden, dass die Nachrüstung der Kernkraftwerke auf 500 Millionen € gedeckelt ist, und der Rest wird von dem abgezogen, was Sie vorher verhandelt haben.

Ich habe zusammen mit den Genossinnen und Genossen in Freiburg ein Gespräch mit der EdF geführt. Die EdF rechnet in den nächsten Jahren für alle ihre Kernkraftwerke im Durchschnitt – alt und neu zusammengefasst – pro Block mit 600 Millionen € an Nachrüstkosten. Und wir Idioten deckeln die Nachrüstkosten hier in Deutschland auf 500 Millionen €! Das ist doch völlig inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Paul Nemeth CDU: Bei Ihnen waren es null Euro!)

Ich sage Ihnen zum Schluss noch eines. Dazu zitiere ich Leserbriefe aus der „Pforzheimer Zeitung“, denn diese Briefe halte ich für spannend. Es gibt ein kleines, aufmüpfiges baden-württembergisches Dorf in der Nähe von Pforzheim, das im Moment im Grunde zeigt, dass Sie der Energiewirtschaft



(Thomas Knapp)

einen Bären dienst erwiesen haben. Dort kam es im Gemeinderat zum Schwur. Es gab eine Vorlage der Verwaltung, Stromnetze wieder an die EnBW zu vergeben. Der Gemeinderat hat gesagt: „Das machen wir nicht.“ Der Gemeinderat hat sich – gegen den Vorschlag der Verwaltung – für die umliegenden Stadtwerke in Pforzheim entschieden, und zwar mit folgender Begründung – diese steht in den Leserbriefen –:

*Für mich ging es nicht einfach um eine rein kommunalpolitische Entscheidung, für mich ging es auch um eine Grundsatzentscheidung mit gesamtpolitischem Hintergrund.*

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, und vor allem der Regierung und den Regierungsfractionen: Wenn Sie mit diesem Atomdeal, den Sie gemacht haben, „abgeschaltet“ werden, dann ist das eine positive Entscheidung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gib ihnen Saures! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Eine sachliche Rede, bitte! – Unruhe)

Herr Kollege Untersteller, wir haben von Ihnen wieder einiges gehört, z. B. die Unterstellung,

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Der Name ist Programm!)

es gäbe keine Begründung für die Laufzeitverlängerung.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Ja!)

Die Begründung mag Ihnen vielleicht nicht gefallen.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber man kann nun wirklich nicht behaupten, dass es keine Begründung gäbe.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Herr Kollege Nemeth hat darauf hingewiesen: Sowohl CDU/CSU als auch FDP haben im Jahr 2009 im Vorfeld der Bundestagswahl eindeutig und klipp und klar gesagt: Wir halten diese Laufzeitverlängerung für notwendig.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist die Begründung!)

Wenn wir diese Bundestagswahl gewinnen, dann werden wir die Laufzeitverlängerung auch umsetzen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist die Begründung!)

Nicht zuletzt haben Ihre Partei und die SPD, der damalige Umweltminister Gabriel, schon damals mit Demonstrationen, wie wir sie gestern erlebt haben, kräftig dagegen mobilisiert.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Haben Sie etwas gegen Demonstrationen? – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was ist die Begründung?)

Herr Kollege Kretschmann, mittlerweile sollte man vielleicht darüber verhandeln, ob Sie Stuttgart einen demonstrationsfreien Tag gönnen.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das wäre mit Sicherheit hilfreich.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Oh-Rufe von den Grünen)

Diese Begründung wurde auch geliefert. Es wurde deutlich gemacht, dass wir nicht so weit sind, dass wir sofort und in den nächsten Jahren 100 % unseres Energiebedarfs über regenerative Energien decken können. Das schaffen wir nicht. Das haben auch Sie eingesehen; sonst hätten Sie nämlich diesen Atomkonsens aus dem Jahr 2001 nicht geschlossen

(Unruhe)

und hätten, wie es vorher von den Grünen versprochen worden war, die Atomkraftwerke sofort abgeschaltet. Sie selbst haben eingesehen, dass das nicht geht und man die Atomtechnologie als Brückentechnologie braucht.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Sie selbst haben eine bis zum Jahr 2022 reichende Brücke beschlossen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Warum haben Sie es nicht dabei belassen?)

Wir verlängern diese Brücke jetzt. Also können Sie nicht von einem „Geflubber von der Brückentechnologie“ sprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! – Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Thomas Knapp SPD: Der Fluss ist aber nicht breiter geworden! – Unruhe)

Sie können der Frage nicht ausweichen, was wir neben den regenerativen Energien brauchen, um unseren Energiebedarf zu decken, bis wir diesen zu 100 % aus regenerativen Energien decken können. Sie können entweder in die Kohlekraft gehen – aber Sie demonstrieren auch, wenn neue Kohlekraftwerke gebaut werden –, oder Sie brauchen diese Laufzeitverlängerung. Deshalb hat der Kollege Pfeiffer aus dem Bundestag völlig recht, wenn er von einem Marshallplan spricht.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Oje! Oh Jesses!)

Diese Terminologie ist historisch richtig. Denn die Energiepolitik, die Sie wünschen, wäre ein Morgenthauplan für Baden-Württemberg.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Es trifft auch nicht zu, wenn Sie sagen,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Sind Sie gegen Biomasse?)

wir würden mit der Brennelementesteuer einen Deal mit der Atomwirtschaft zulasten der regenerativen Energien und der Stadtwerke machen. Sie müssen sich doch einmal eines klar machen –

(Unruhe)

Sie behaupten wider besseres Wissen anderes –: Die Brennelementesteuer ist eine zusätzliche Belastung für die Energiewirtschaft. Die war in Ihrem Atomkonsens nicht vorgesehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Kommunen nicht vergessen!)

Das ist eine zusätzliche Belastung, die die Energiewirtschaft im Wettbewerb mit anderen zurückwirft. Das müssen Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb ist es kein Deal, der nur Vorteile für die Energiewirtschaft hat.

Wenn Sie dies einmal addieren, kommen Sie auf einen Betrag von etwa 13,8 Milliarden € aus der Brennelementesteuer. Sie kommen auf etwa 16,9 Milliarden €, die für die Förderung erneuerbarer Energien auf der Zeitachse abgeschöpft werden. Das sind insgesamt rund 30 Milliarden €.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Knapp 100 Milliarden €!)

Selbst wenn ich unterstelle, dass wir rund 50 Milliarden € an Zusatzerträgen haben, komme ich zu dem Ergebnis, dass die Prozentzahlen, die Sie in den Raum stellen, nicht zutreffen,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Nicht wir stellen die in den Raum! Die LBBW stellt die in den Raum!)

sondern wir rund 58 % der zusätzlichen Erträge abschöpfen und insofern unser Wahlversprechen erfüllen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist auch eine völlig unzutreffende Behauptung, Herr Kollege Untersteller – Herr Knapp, auch Sie haben das behauptet –, die Investitionen in die Sicherheit wären gedeckelt. Das ist nicht zutreffend. Es wird immer wieder behauptet, mehr als 500 Millionen € dürften nicht in die Sicherheit eines einzelnen Kernkraftwerks investiert werden. Diese Behauptung ist unwahr. Nehmen Sie das endlich einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Thomas Knapp SPD: Es darf verrechnet werden!)

Selbstverständlich darf über diese 500 Millionen € hinaus investiert werden, denn das oberste Prinzip ist die Sicherheit, nur wird dann weniger abgeschöpft.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Dann wird es hinterher abgezogen! – Gegenruf von der CDU: Sie haben doch gar nichts abgeschöpft!)

Aber ein gewisses betriebswirtschaftliches Denken müssen Sie auch der Energiewirtschaft zugestehen, dass sich das Ganze, wenn die Gesamtinvestitionen höher werden, wirtschaftlich tragen muss. Deshalb muss man natürlich darüber reden, was daraus folgt, wenn die Investitionen in die Sicherheit höher werden.

Aber eines ist klar – hören Sie auf, das gegenüber der Bevölkerung zu behaupten –: Es gibt keine Deckelung bei der Sicherheit. Das ist Panikmache und eine bewusste Unwahrheit, die Sie behaupten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sachargument! – Abg. Thomas Knapp SPD: Dann stimmen doch die ganzen Zahlen nicht! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Knapp, hören Sie zu!)

– Herr Kollege Knapp, das ist ja das, was wir in diesem Haus ständig erleben. Irgendjemand kommt mit Zahlen und mit Gutachten – in der Regel Gutachten, die er selbst bezahlt hat –, stellt diese Gutachten vor und behauptet, die Gutachten der anderen seien falsch.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Knapp SPD: Wir kommen jetzt nicht mit höheren Zahlen, sondern mit niedrigeren!)

Das kennen wir doch schon seit Langem. Wir sollten uns zumindest einmal darauf verständigen, Herr Kollege Knapp, dass wir uns auf die Dinge einigen, die nachprüfbar sind. Nachprüfbar ist, dass die Behauptung, die Investitionen in die Sicherheit seien auf 500 Millionen € gedeckelt, schlicht falsch ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Widerspruch des Abg. Thomas Knapp SPD – Abg. Thomas Knapp SPD: Er versteht es nicht! – Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Können wir uns darauf einigen, Herr Kollege Knapp, oder nicht? Sie haben das hier behauptet, und Kollege Untersteller hat es genauso behauptet.

Worüber wir auch reden müssen, ist die Frage der Endlagerung. Sie wird von Ihnen immer als Argument gegen die Kernenergie ins Feld geführt. Die Herren Trittin und Gabriel haben die Erkundung in Gorleben wohlweislich unterbunden, weil sie als Argument gegen die Kernenergie das Problem und nicht die Lösung haben wollten.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Jetzt kommen wir endlich einmal einen Schritt weiter, und es wird deutlich, dass wir dieses Problem so oder so lösen müssen. Sie tun immer so, als ob wir, wenn wir bei den Ausstiegsbeschlüssen blieben, kein Endlager brauchten. Das ist völlig unzutreffend. Wir brauchen dieses Endlager.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wenn Sie endlich einmal konstruktiv an der Suche nach einem Endlager mitarbeiten würden, könnten Sie zu dieser Energie-debatte einen wesentlich konstruktiveren Beitrag leisten als durch diese Aktuelle Debatte und den Versuch, alles zu blockieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Machen Sie doch einmal einen Vorschlag! – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich der Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner.

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass wir heute die Gelegenheit haben, in diesem Haus über das Energiekonzept der Bundesregierung zu sprechen, auch wenn es, wie schon diese Aussage zeigt, ein Thema ist, über das zunächst auf Bundesebene entschieden wird.

Ich freue mich aber deswegen, weil wir damit noch einmal klarmachen können, dass wir als Landesregierung das Energiekonzept begrüßen und unterstützen und dieses Konzept gerade für Baden-Württemberg eine ganz besondere Bedeutung hat, und im Übrigen die Möglichkeit gegeben ist, einige Behauptungen richtigzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will mit Bemerkungen anfangen, die die Themen Verlässlichkeit und Konsens angehen und die auch politische Auseinandersetzungen betreffen. Herr Untersteller, ich will allerdings auch sagen: Ich finde es eine gegenüber Kollegen nicht unbedingt hilfreiche Wortwahl, wenn Sie von „Geblubber“ sprechen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Bärl Mielich GRÜNE)

Ich könnte auch noch über Pressemitteilungen von Ihnen sprechen, in denen Sie mich als fanatisch bezeichnen, Herr Untersteller. Auch das halte ich nicht unbedingt für die Art, in der wir miteinander umgehen sollten.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das sagt gerade die Richtige! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Keine Eskalation! – Unruhe)

Das Wesentliche und Wichtige ist die Frage, ob wir glauben, dass wir die Menschen besser überzeugen, indem wir uns immer mit möglichst scharfen Worten angreifen oder indem wir tatsächlich mit Sachargumenten vorgehen. Das ist die entscheidende Frage. Deswegen kann man, finde ich, auf solche Äußerungen verzichten.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema Verlässlichkeit und Konsens: Ich verstehe, dass Sie den Eindruck erwecken wollten, als wäre der Atomkonsens damals ein großer gesellschaftlicher Konsens gewesen. Ich weise aber darauf hin, dass Schwarz-Gelb, also CDU/CSU und FDP, bereits damals gesagt haben: Wir halten ihn für falsch; wir halten ihn unter energiepolitischen Gesichtspunkten für falsch, und wir

werden eine Änderung vornehmen. Das haben wir im Wahlkampf 2002 gesagt, das haben wir im Wahlkampf 2005 gesagt, und das haben wir im Wahlkampf 2009 – jeweils Bundestagswahlkampf – gesagt.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das ist klar, wenn man gegen das EEG war!)

Wir haben das auch im Landtagswahlkampf 2002 und 2006 gesagt.

Deswegen war immer klar, dass in diesem Punkt kein politischer Konsens vorhanden ist. Ich glaube, dass es wesentlich und wichtig ist, dies immer wieder hervorzuheben.

Das Interessante ist, dass gesellschaftlicher Konsens immer das ist, was Sie vertreten. Das finde ich spannend. Ich rede auch mit Leuten, die durchaus eine andere Auffassung haben. Auch diese gehören zur Gesellschaft. Insofern ist es ausgesprochen schwierig. Ich verstehe, dass Sie sagen, das, was Sie vertreten, sei gesellschaftlicher Konsens. Ich kann Ihnen sagen, dass uns viele sagen: Uns geht es darum, eine verlässliche, umweltfreundliche und kostengünstige Energieversorgung zu haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat ja sonst nichts zu sagen! – Zuruf: Der „Kunst-Schmiedel“!)

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Ja. – Der Künstler Schmiedel.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Frau Ministerin Gönner, ich habe eine Frage, die sich allerdings nicht auf das Thema Stimmung und gesellschaftlicher Konsens, sondern auf verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft bezieht. Um genau das zu vermeiden, dass mit jeder Wahl eine völlig andere Energiepolitik und völlig andere Rahmenbedingungen kommen, wurde ja der Konsens mit der Wirtschaft geschlossen, in dem sie sich verpflichtet, die Ziele dieses Vertrags nachhaltig zu erfüllen. Es war doch eine Errungenschaft, auf die man stolz sein kann, dass Politik und Wirtschaft zusammen die Rahmenbedingungen formulieren und man sich darauf verlassen kann.

Halten Sie es wirklich für erstrebenswert, dass man z. B. im Jahr 2013, nach der nächsten Bundestagswahl – es ist nicht ganz ausgeschlossen, dass es dann eine andere Mehrheit gibt – eine völlig andere Energiepolitik macht? Dann gewinnen Sie vielleicht die nächste Wahl, und dann geht es wieder rein in die Kartoffeln. Man kann doch nicht ernsthaft eine Politik wollen, bei der man bei einem so sensiblen Thema einmal reingeht, einmal rausgeht und dann wieder reingeht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Also, ihr ändert nichts?)

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Herr Schmiedel, wir haben in der politischen Debatte immer klargemacht, dass wir nicht Vertragspartner sind. Ich



(Ministerin Tanja Gönner)

verstehe, wenn Sie mit Energiekonzernen, die unterschrieben haben, hadern. Ich meine das wirklich ernsthaft: Ich verstehe das. Denn es kann natürlich die Frage gestellt werden: Kann ich an einem Tag einen solchen Vertrag unterschreiben und am nächsten Tag etwas anderes fordern als das, was in dem Vertrag steht?

(Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD)

Aber an diesem Punkt gilt das, was wir gesagt haben: Für uns ist die Frage, wie ein Konzept aussieht.

Herr Schmiedel, Rot-Grün hat damals, als der Atomausstieg beschlossen wurde, eines nicht gemacht: Sie haben kein Energiekonzept für die Zukunft aufgestellt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Sie haben den Atomausstieg beschlossen, und das war es dann. Sie haben nicht die Frage gestellt: Wie müssen wir eigentlich vorangehen, und wie müssen wir uns für die Zukunft aufstellen? Das, was die Regierung dieses Mal vorlegt, ist ein Konzept, in dem wir Stück für Stück den Übergang aufzeigen. Ich glaube, dass in vielen Fragen, selbst wenn es so weit kommen sollte – Bis 2013 ist noch weit hin. Lassen Sie uns erst einmal den Wahlkampf 2011 in Baden-Württemberg machen; auf ihn freuen wir uns. Dann sehen wir weiter, würde ich sagen.

Jetzt will ich aber noch etwas sagen, was das Thema Konzept angeht. Herr Untersteller, ich verstehe, dass Sie über das Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen nicht reden wollen. Denn die Gutachter sagen erstens selbst, dass Prognosen umso schwieriger sind, je weiter sie in die Zukunft gehen.

Zum Zweiten aber ist eine Grundvoraussetzung des Gutachtens, dass wir eine große Anzahl von Speicherkapazitäten in Norwegen bekommen. Das heißt, wir müssten Leitungen nach Norwegen bauen, und die Norweger müssten im Übrigen zunächst einmal bereit sein, unseren Strom bei sich zwischenzuspeichern, ohne ihn selbst zu benötigen. Ich bitte dann schon um Verständnis, dass ich es etwas seltsam finde, ein Konzept aufzubauen, nach dem man zunächst und zuvörderst Zwischenspeicherungen in anderen Ländern benötigt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das halte ich nicht für besonders hilfreich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Zum Thema Stadtwerke: Es gibt eine Pressemitteilung des BDEW, die die Laufzeitverlängerung positiv begleitet. Herr Knapp, wissen Sie, in welchem der Energieverbände mehr Stadtwerke organisiert sind, im VKU oder im BDEW?

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ich nehme an, im BDEW!)

– So ist es, Herr Knapp. Am 2. Oktober 2009 spricht sich der BDEW, im Übrigen durch ein weiteres Papier jüngerer Datus noch einmal unterstützt,

*aus volks- und gesamtwirtschaftlichen Gründen für eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken in*

*Deutschland aus. Vereinbarungen über Rahmenbedingungen einer Laufzeitverlängerung ...*

So geht es weiter. Da waren die Stadtwerke mit dabei.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

– Entscheidend ist: Die Stadtwerke waren mit dabei. Gerade die Großen unter den Stadtwerken waren bei dem Beschluss des BDEW mit dabei, der aus volkswirtschaftlichen Gründen gefasst wurde. Deswegen sollten Sie mit der Aussage vorsichtig sein, die Stadtwerke seien nicht dabei.

Ich habe Verständnis, dass sich die Stadtwerke dann in der Öffentlichkeit so aufstellen, weil es auch um die Frage geht, wer bei der Verteilung welche Mittel bekommt. Aber ich glaube, es gehört zur Ehrlichkeit dazu – das ist im Übrigen auch bei der Argumentation, die jetzt wieder aufgebaut wird, bemerkenswert –, zu sagen: Erneuerbare Energien werden weiterhin zugebaut, erneuerbare Energien haben weiterhin Vorrang in der Einspeisung, erneuerbare Energien haben Investitionssicherheit durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was sagen Sie dann zu den Äußerungen von Herrn Villis?)

– Das machen Sie mit Herrn Villis aus. Herr Untersteller, wir können uns gern einmal über Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft unterhalten. Aus volks- und betriebswirtschaftlichen Gründen sind die Äußerungen zunächst einmal nachvollziehbar.

Ich halte sie für nicht glücklich; das sage ich jetzt auch einmal in aller Deutlichkeit. Aber betriebswirtschaftlich betrachtet ist klar: Wenn ich kein Geld für Investitionen habe, dann muss ich schauen. Wenn ich hauptsächlich Investitionen in erneuerbare Energien vornehme, was die EnBW im Übrigen vorhat, dann ist klar, dass an diesem Punkt entsprechend vorgegangen werden muss. Ich bitte also auch insofern, immer wieder einmal zu überlegen, unter welchem Gesichtspunkt man debattiert.

Jetzt will ich ein Weiteres zum Thema Abschöpfung sagen. Sie haben in diesem Haus schon einmal die LBBW zitiert und haben das vorhin in einem Zwischenruf noch einmal gemacht. Die LBBW ist diejenige, die sagt, es würden mehr als 60 % abgeschöpft. Wenn Sie sich einmal darauf beziehen, sollten Sie beim nächsten Mal auch die Zahlen gelten lassen. Wir schöpfen mehr als 50 % ab. Ich glaube, dass man das immer wieder deutlich sagen muss.

**Präsident Peter Straub:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Untersteller?

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Ja.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich sympathisch, die Frau Ministerin!)

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Frau Ministerin, kennen Sie das Papier der LBBW vom 16. September? Darin werden zwei Szenarien vorgestellt: eines mit gleichbleibender und eines mit leicht steigender Strompreisentwicklung. Die LBBW selbst sagt, das Letztere sei wahrscheinlich, nämlich dass die Strompreise leicht steigen. Sie kommt dann für dieses Szenario



(Franz Untersteller)

rio zu dem Ergebnis – ich nenne die Zahlen noch einmal –: Gesamtzusatzgewinne der EnBW 22,1 Milliarden €, Abschöpfung für die Kernbrennstoffsteuer 2,6 Milliarden €, Abschöpfung für die Zahlungen in den Fonds zur Förderung regenerativer Energien 5,9 Milliarden €. Das ergibt insgesamt Abschöpfungen von 8,8 Milliarden €. Unter dem Strich bleiben der EnBW 13,3 Milliarden € und errechnet sich eine Abschöpfungsquote von 39,7 %. Kennen Sie das Papier, oder kennen Sie es nicht?

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Ich kenne diese Zahlen. Allerdings ist darin nur das beinhaltet, was im Moment vertraglich festgelegt ist. Es ist klar, dass wir bei dem Thema „Weitere Abschöpfungen über 2016 hinaus“ auch entsprechend vorgehen werden.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Im Übrigen haben Sie, Herr Untersteller, nicht die Frage berücksichtigt, wie viel in Sicherheit investiert werden muss. Genau das ist noch nicht gegengerechnet.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Jetzt komme ich zum Thema Sicherheit. Ich wiederhole das, was Kollege Nemeth vorhin bereits gesagt hat. Ich finde es spannend, dass Sie immer Wert auf Sicherheit legen. Ich zitiere aus der Energiekonsensvereinbarung 2000 zwischen der Bundesregierung und der Industrie:

*... die Bundesregierung wird keine Initiative ergreifen, um diesen Sicherheitsstandard*

– den bestehenden –

*und die diesem zugrunde liegende Sicherheitsphilosophie zu ändern.*

Das haben Sie vereinbart. Sie haben damals festgelegt: für 20 Jahre keine Veränderung mehr an den Sicherheitsstandards.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch klar, wenn man aussteigt!)

– Ja, ja. Aber im Jahr 2000 gültig für die Anlagen, die noch 22 Jahre laufen, Herr Schmiedel.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das sind die neuesten!)

Wir hingegen sagen, Herr Schmiedel: Es wird eine dynamische Sicherheitsverbesserung geben, das heißt, auch bei denen – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Neckarwestheim I muss man nicht nachrüsten, wenn man es ausschaltet! Das ist doch klar!)

– Nein. Neckarwestheim I hat von internationalen Experten mit das beste Urteil weltweit erhalten. Aber ich freue mich, dass Sie glauben, Sie seien besser als Experten. Herzlichen Glückwunsch! Genau das ist immer das Problem, das wir haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und wenn ein Flieger draufstürzt? – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Auch zu einem möglichen Flugzeugabsturz können Ihnen die Experten das Notwendige sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zu der Frage: Wie sieht es mit den Preisen und Kosten aus? Es geht darum, stabile Preise zu haben. Es gibt Menschen in diesem Land, die nicht so viel verdienen wie Sie und ich. Es gibt Menschen, die wissen müssen, dass Energiepreise stabil bleiben können.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Vattenfall-Chef!)

– Ich spreche von stabilen Preisen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was hat das mit der Laufzeitverlängerung zu tun?)

Ich sage nur: Wir haben in diesem Jahr über die EEG-Vergütung eine Umlage von 8 Milliarden €. Wir werden im nächsten Jahr – da freue ich mich auf die Debatte – eine EEG-Umlage von 13 Milliarden € haben. Das heißt, wir werden den Menschen erklären müssen, dass der schnelle Zubau von erneuerbaren Energien eine deutliche Preissteigerung mit sich bringt.

Ich bin bereit, das zu machen. Aber es gehört zur Ehrlichkeit, auch zu sagen, dass wir tatsächlich Preissteigerungen haben werden. Denn es gibt in diesem Land Menschen, die sich nicht ohne Probleme Mehrausgaben von 3,5 Cent pro Kilowattstunde leisten können.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Die Laufzeitverlängerung wird nicht dafür sorgen, dass es weniger wird!)

Genau darum geht es. Wir sagen: Die Preise müssen stabil bleiben. Auch deswegen gibt es die Laufzeitverlängerung.

Dann geht es um den Klimaschutz. Hierzu zitiere ich jemanden von den Grünen – ich will zugestehen, es ist jemand, der international unterwegs ist –, der deutlich macht – –

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Moore heißt der Mensch!)

– Nein, er heißt nicht Moore. Stellen Sie sich vor: Er heißt nicht Moore.

Ich zitiere:

*Die europäische Bewegung der Grünen muss ihre Abwehrhaltung gegenüber der Kernkraft überdenken. Die Fortschritte zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei der Stromerzeugung waren bisher zu langsam. Wenn wir den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 um 80 oder 90 % eindämmen wollen, sollten wir keine Technologie generell ausschließen, die unsere Fortschrittsrate verbessern könnte.*

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie lange wollen Sie verlängern? Um Gottes willen! Jetzt sind wir schon bei der Verlängerung bis 2050!)

*Als Grüne dürfen wir die Kernenergie nicht länger dogmatisch und unter allen Umständen ablehnen.*

(Ministerin Tanja Gönner)

So Chris Goodall, Mitglied der britischen Grünen, Klimaexperte und Autor des Buches „Ten Technologies to Save the Planet“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Briten!)

Dies nur als Hinweis, dass es durchaus auch bei den Grünen welche gibt, die inzwischen wissen, dass unter Klimaschutzgesichtspunkten diese Technologie notwendig ist.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Es ist nett, dass Sie auch einmal Splittergruppen zitieren! – Unruhe bei den Grünen)

– Ich finde immer bemerkenswert, was passiert, wenn Sie von Ihren eigenen Zitaten und den Zitaten derer, die bei Ihnen unterwegs sind, eingeholt werden.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir können ja einmal Töpfer zitieren! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das könnt ihr wirklich: Zitate sammeln! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein unbekannter Brite muss jetzt herhalten! Das ist doch gaga!)

– Beim Zitatesammeln und Zitatevortragen schenken wir uns gegenseitig nichts, würde ich einmal sagen. Das macht auch den Spaß einer Debatte aus, und das gehört mit dazu.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber noch einmal, meine sehr geehrten Damen und Herren: Das Entscheidende ist: Wir brauchen Versorgungssicherheit, wir brauchen eine bezahlbare – und zwar für alle Menschen bezahlbare – Energieversorgung, und wir brauchen eine umweltverträgliche Energieversorgung.

Die Bundesregierung hat ein Energiekonzept gemacht, das bis zum Jahr 2050 angelegt ist. Wir als Landesregierung unterstützen dies. Wir sagen auch: Die Sicherheit der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg ist gewährleistet. Ich habe es vorhin bereits gesagt: Sie haben international mit die besten Ergebnisse, die es bei Überprüfungen von denjenigen Anlagen, die in diesen Bereich fallen, überhaupt gibt. Das halte ich für wichtig und notwendig.

Ich will auch noch etwas zum Thema Endlager sagen. Wir wissen, dass dieses Thema die Menschen beschäftigt. Ich habe auch Verständnis dafür, dass es die Menschen beschäftigt. Beim Thema Endlager hat Rot-Grün zehn Jahre lang nichts gemacht, und zwar ganz bewusst, um es offenzuhalten und damit Ängste zu schüren.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Seit 1. Oktober wird wieder erkundet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir übernehmen die Verantwortung. Sie ist nicht einfach zu tragen, aber wir sind bereit, diese Verantwortung zu tragen. Ich würde mich freuen, wenn man dies auch einmal anerkennen würde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Thomas Blenke CDU: Super!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller. Ich weise allerdings darauf hin, dass Sie nur noch 30 Sekunden Redezeit haben.

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Das reicht mir.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: 29, 28, 27! – Ministerpräsident Stefan Mappus: Diese Laufzeit kann nicht verlängert werden!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal zusammenfassend feststellen: Frau Ministerin, Sie konnten nicht deutlich machen, dass die Laufzeitverlängerung eine Brückentechnologie ist. Sie ist vielmehr eine Hürde auf dem Weg in das regenerative Zeitalter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von den Grünen: So ist es!)

Wir türmen damit mehr Atommüll auf. Sie brechen damit neue gesellschaftliche Konflikte auf, und zum Klimaschutz trägt die Laufzeitverlängerung auch nicht bei; denn wie Sie und ich wissen: Es gibt einen Emissionshandel, der in Deutschland und in den anderen europäischen Ländern eine Obergrenze festsetzt. Letztlich wird eine Laufzeitverlängerung auch nicht dazu führen, dass in Deutschland auch nur eine einzige Tonne CO<sub>2</sub> weniger erzeugt wird. Auch an diesem sehr wichtigen Punkt – es geht um den Klimawandel – trägt die Laufzeitverlängerung null und nichts zur Lösung des Problems bei.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Nemeth.

(Zurufe: Wie viel Redezeit?)

– Er hat noch 3 Minuten und 58 Sekunden.

**Abg. Paul Nemeth CDU:** Herr Untersteller, die Luft ist raus. Sie haben das mit Ihrem Beitrag selbst gezeitigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Ich will aber noch einmal etwas zur Endlagerung sagen. Wir ducken uns da nicht weg. Aber ich möchte auch auf Ihre Verantwortung im Bereich der Endlagerung zu sprechen kommen. Sie tun so, als hätten Sie mit diesem Thema nichts zu tun. Es kann ja sein, dass Sie davon keine Ahnung haben; Sie haben dieses Thema zehn Jahre lang nicht angefasst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jörg Dopper CDU: So ist es!)

Aber auch in Ihrer Regierungszeit sind Brennelemente abgebrannt worden. Ich habe dies einmal recherchiert: Sie haben etwa 4 800 Brennelemente zu verantworten. Das sind Tausende von Tonnen,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aha!)

(Paul Nemeth)

bei denen Sie sich weggeduckt haben. Sie tun so, als hätten Sie mit diesen abgebrannten Brennelementen nichts zu tun.

Wir gehen den Weg der Nachhaltigkeit und haben das Verantwortungsbewusstsein, zu sagen: Gorleben wird jetzt ergebnisoffen enderkundet.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Und was, wenn das Ergebnis negativ ist?)

Warum? Weil schon 1,5 Milliarden € – übrigens nicht von den Steuerzahlern, wie Sie immer behaupten, sondern von den vier Konzernen – finanziert wurden. Es ist doch ein Akt des gesunden Menschenverstands, dies final endzuerkunden

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

und dann die Entscheidung zu treffen.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Was aber machen Ihre Politiker, was machen Ihre grünen Politiker in Berlin und auch in Stuttgart? Sie schüren schon wieder Ängste und sagen: „Wir brauchen eine offene Suchschleife, am liebsten in Baden-Württemberg.“ Damit widersprechen Sie baden-württembergischen Interessen und verstoßen gegen diese Interessen, Herr Untersteller.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Unser Energiekonzept, das jetzt von der Bundesregierung vorgelegt wurde, hat seinen Fokus und seine Zielsetzung auf den erneuerbaren Energien. Wir wollen bis 2050 80 % unserer Stromversorgung aus erneuerbaren Energiequellen sicherstellen. Das ist doch wirklich ein ganz großer Wurf, so, wie das auch in Berlin gesagt wurde. Zudem haben wir unseren Fokus auf der Energieeffizienz. Es ist das erste Energiekonzept in der Bundesrepublik Deutschland – wir in Baden-Württemberg haben ja schon seit einigen Jahren ein Energiekonzept;

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Nur was für eines!)

auf Bundesebene gab es bislang keines.

Der Unterschied ist auch: Wir haben klare Ziele, wir haben klare Maßnahmen vereinbart, und es ist finanziert, meine Damen und Herren. Wir haben dafür im Bund jährlich über 3 Milliarden € freigemacht, um dieses Konzept zu finanzieren. Deshalb, glaube ich, kann man schon sagen: Es ist wirklich ein vorbildliches Modell. Wir glauben, dass wir in der Energiepolitik näher bei den Menschen sind und ein besseres Konzept haben; denn Sie haben gar keines.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Was für ein Irrglaube!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist auch knapp in der Zeit!)

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Umweltministerin, Sie haben sich entlarvt. Sie haben gesagt, dies sei ein gutes Konzept, ein guter Deal für das Land Baden-Württemberg. Sie haben im Grunde den Fehler gemacht – aber das ist, wie gesagt, die Entlarvung –, dass Sie die EnBW mit Baden-Württemberg verwechseln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Wem gehört denn die EnBW, Herr Knapp?)

Das mag ein gutes Konzept für die EnBW sein. Wir sind auch für eine starke EnBW. Aber wir wollen es nicht auf diese Art und Weise. Für Baden-Württemberg ist es jedenfalls kein gutes Konzept. Ich sage Ihnen auch, warum: Von dem, was man für den Bundeshaushalt abschöpft, kommt nichts bei uns an; im Gegenteil, unseren Kommunen fehlen durch diese Abschöpfung vonseiten der EnBW jährlich zwischen 100 und 150 Millionen € in der Kasse.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: An der Gewerbesteuer! So schaut's aus!)

Da kann ich doch nicht sagen: Das ist ein gutes Konzept für Baden-Württemberg. Da muss man erst einmal sehen, was draußen in den Kommunen passiert. Da kommt das Geld nachher nicht mehr an.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Sie können wieder nicht netto von brutto unterscheiden!)

Und wenn man es wieder hereinholt, wird der Strompreis höher, um die Gewinne wieder zu generieren. Mittlerweile sprechen auch Sie nicht mehr von einem sinkenden Strompreis, sondern von einem leicht steigenden. Das heißt, indirekt bestrafen Sie sogar noch die Bürger, obwohl in Baden-Württemberg nichts ankommt. Da muss ich wirklich sagen, das ist völlig indiskutabel.

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Knapp, gestatten Sie –

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Nein, im Moment nicht, weil das auf meine Zeit geht. Wenn meine Zeit um ist, dürfen Sie jederzeit fragen, aber vorher nicht.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Jetzt kommt die Wahrheit an den Tag!)

Ich hatte schon einmal solch eine Zwischenfrage von Herrn Zimmermann, der sich „totgelabert“ hat, und nachher ist nichts herausgekommen, und es war meine Redezeit.

(Zuruf: Eine Unverschämtheit!)

Ich will jetzt noch etwas zum Thema Sicherheit sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben Angst vor dem Kollegen Scheuermann!)

– Nein, das habe ich nicht.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn man die Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 14/4787 nimmt, muss man schon fragen, warum Sie, Frau Gönner, sagen: „Große Sicherheit; es wird alles vorangetrieben.“ Schauen wir uns einmal die Störfälle an. Bei GKN I und

(Thomas Knapp)

KKP 1, 1976 und 1980 ans Netz gegangen, gab es in den letzten fünf Jahren 26 bzw. 39 Störfälle;

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Der größte Störfall sind Sie!)

bei Philippsburg 2, 1985 ans Netz gegangen, auch noch 24. Das soll aber 2016 vom Netz gehen. Und GKN II als neuestes Werk hatte auch schon 15 Störfälle.

Da muss man schon einmal fragen, ob unser Ansatz, den wir hier vertreten, nämlich die alten Kisten zuerst abzuschalten, wie es im Atomkonsens stand, nicht doch der bessere Kompromiss war.

(Beifall bei der SPD)

Sie dürfen doch nicht einfach so tun, als ob ein altes Auto oder auch ein Kernkraftwerk, das drei Jahre alt ist, das Gleiche wie ein 20 Jahre altes sei. Selbst beim Auto wird am Anfang die TÜV-Plakette auf drei Jahre gegeben, und später sind es nur noch zwei Jahre. Da muss man doch auch deutlich mehr machen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Sie tun so, als wäre ein Kernkraftwerk ein Auto! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Knapp, gestatten Sie – –

**Abg. Thomas Knapp** SPD: Nein, im Moment nicht. Ich mache das jetzt fertig. Dann können wir das zum Schluss in Ruhe abarbeiten.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Dann haben wir kein Interesse mehr!)

Deshalb muss man wirklich sagen: Frau Ministerin, wenn Sie sagen, das sei ein gutes Energiekonzept für Baden-Württemberg und auch für die Menschen hier, dann stimmt das einfach nicht. Was Sie erreichen wollen, wird alles nicht erreicht: Die Strompreise sinken nicht, die Abschöpfung kommt in Baden-Württemberg nicht an, der Ausbau der erneuerbaren Energien wird blockiert.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist alles falsch!)

Man muss sagen, das, was Sie gemacht haben, ist eine absolute Nullnummer. Das wird Sie – da sind wir uns wieder einig – bei der nächsten Wahl am 27. März einholen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nur langsam!)

Schauen wir, wie das ausgeht.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt stehe ich gern bereit für die Fragen.

**Präsident Peter Straub:** Entschuldigung, Herr Abg. Knapp. Ihre Redezeit ist abgelaufen. Deshalb gibt es auch keine Zwischenfrage mehr.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wollte er ja nur! Ein raffinierter Kerl! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Keine Zwischenfrage zugelassen!)

Jetzt erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Behauptung des Kollegen Knapp, dieses Energiekonzept bringe für Baden-Württemberg nichts, kann nicht stehen bleiben. Auch die Behauptung, in Baden-Württemberg komme nichts an, kann nicht stehen bleiben. Beide Regierungsfractionen haben deutlich gemacht, dass wir uns sehr wohl dafür einsetzen und darauf bestehen werden,

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

dass die Länder an der Abschöpfung beteiligt werden.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Es wird auch so sein, dass die Länder an der Abschöpfung beteiligt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Paul Nemeth CDU: Unsere Stadtwerke bekommen das Geld!)

Das wird auch notwendig sein, insbesondere im Hinblick auf den Ausbau der Netze, den wir in Baden-Württemberg brauchen. Man kann nicht immer nur mehr Windenergie fordern. Der Ausbau ist insbesondere auch dort notwendig, wo der Wind weht, nämlich an der Küste und offshore. Dort ist Windenergie am effizientesten. Aber diese Energie müssen wir dann auch nach Baden-Württemberg bringen, und das muss finanziert werden, meine Damen und Herren. Dazu gibt es von Ihnen keine Finanzierungsvorschläge.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie müssen zuhören!)

Es ist aber notwendig, gerade dafür die abgeschöpften Mittel einzusetzen. Diese werden dann sehr wohl dem Land Baden-Württemberg zugutekommen.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Ich will ein Zweites noch einmal richtigstellen, Herr Kollege Schmiedel, weil immer etwas anderes behauptet wird. Es geht darum, was ich zur Endlagerfrage gesagt habe. Das kann ich Ihnen hier an dieser Stelle noch einmal sehr genau sagen. Ich habe zur Endlagerfrage gesagt: Der Salzstock Gorleben muss weiter erkundet werden und muss zu Ende erkundet werden. Nach meiner Auffassung ist der Standort Gorleben geeignet.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Aber selbstverständlich muss der Erkundungsprozess offen sein. Wenn der Erkundungsprozess im Endeffekt – –

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Herr Untersteller, dann sagen Sie doch einmal, wo Sie ein Endlager haben wollen. Um eine solche Aussage drücken Sie sich doch immer.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Sie sind doch immer diejenigen, die nur verhindern, dass erkundet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)



(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ich habe gesagt: Wenn der offene Erkundungsprozess ergibt, dass der Salzstock Gorleben nicht geeignet ist, wird man weitersuchen müssen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das habe ich gesagt. Ich habe aber mit keinem Wort gesagt, das Endlager müsse nach Baden-Württemberg.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Aber ergebnisoffen heißt doch, nicht nur in Gorleben zu suchen, sondern auch nach anderen Standorten zu suchen! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ruhe da hinten!)

– Herr Kollege Knapp, in Gorleben wurden bereits Milliarden in die Erkundung investiert. Es ist doch eine volks- und betriebswirtschaftlich logische Vorgehensweise, zunächst einmal die Erkundung in Gorleben zu Ende zu führen und dann, wenn man ein Ergebnis hat – ob positiv oder negativ –, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Diese Logik sollte sogar Ihnen einleuchten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Umweltministerin Gönner.

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nur zu zwei Punkten noch einmal eine Klarstellung vornehmen. Das betrifft in einem Punkt das, wonach Herr Kollege Scheuermann gern gefragt hätte, wenn Sie dies zugelassen hätten.

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Franz Untersteller GRÜNE)

Sie reden immer davon, durch eine Brennelementesteuer würden die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen sinken. Sie vergessen aber, auch zu sagen, dass den Kommunen dank der Laufzeitverlängerung 8 bis 14 Jahre länger Gewerbesteuereinnahmen zufließen. Das gehört auch zur Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört!)

Der zweite Punkt, Herr Knapp: Sie haben hinsichtlich der Frage, welche meldepflichtigen Ereignisse es gegeben hat, Zahlen genannt und das Ganze – das muss ich wirklich sagen – wider besseres Wissen gesagt. Kein einziges dieser meldepflichtigen Ereignisse hatte sicherheitstechnische Relevanz. Deswegen halte ich es nicht für sonderlich hilfreich, wenn Sie von „Störfällen“ sprechen. Kein einziges dieser Ereignisse aus den letzten fünf Jahren hatte sicherheitstechnische Relevanz. Deswegen finde ich, dass man in einer solchen Debatte nicht den gegenteiligen Eindruck erwecken darf.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: So ist es! Ängste schüren! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Unverantwortlich!)

Das halte ich für wichtig und notwendig.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Denn Ihr Vorsitzender hat gestern von der Frage nach dem Vertrauen in die Politik gesprochen. Das, was Sie hier machen, hat mit Vertrauen in die Politik nichts zu tun, weil Sie wider besseres Wissen hier eine solche Äußerung getroffen haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Behandlung der Anträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 14/4787, 14/4896 und 14/5138.

Bei Abschnitt I dieser Anträge handelt es sich jeweils um einen Berichtsteil. Diese Teile sind erledigt. Ich lasse daher jeweils immer über Abschnitt II abstimmen.

Zunächst zum Antrag Drucksache 14/4787. Wer Abschnitt II dieses Antrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt II dieses Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/4896 abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Abschnitt II des Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/5138 abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Abschnitt II des Antrags ist abgelehnt.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung beendet.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Rot-Grün zwischen Anspruch und Wirklichkeit – beantragt von der Fraktion der CDU**

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Röhm.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann! Sehr guter Mann! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Herr Präsident, meine werten Landtagskolleginnen und Landtagskollegen! Das Thema heißt „Rot-Grün zwischen Anspruch und Wirklichkeit“. Aber wir sollten das Thema vielleicht besser „Grün-Rot zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ nennen.

(Zuruf der Abg. Bärbli Mielich GRÜNE)

Das hat einen einfachen Grund: Die traditionsreiche und vor allem geschichtsträchtige SPD – das meine ich ganz ernst –

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD und der Grünen – Heiterkeit des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

(Karl-Wilhelm Röhm)

– Abg. Peter Hofelich SPD: Ihr habt doch keine Ahnung! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Euch fällt doch nichts mehr ein!

hat sich nach Aussage ihres SPD-Spitzenkandidaten Nils Schmid bereits mit einer Juniorpartnerrolle abgefunden und ist gern bereit, gegebenenfalls unter Grün-Rot mitzuspielen. Dazu kann ich nur sagen: Was für ein Segen wäre in diesen Tagen ein Wolfgang Drexler oder ein Ivo Gönner als SPD-Spitzenkandidat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hervorragend! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ihr habt doch keine Ahnung! – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Kümmern Sie sich doch erst einmal um Ihre Angelegenheiten! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wir respektieren Ihre neue Überzeugung zu Stuttgart 21 durchaus.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Andreas Stoch)

Aber wir missbilligen Ihre politische Schwäche und Ihren Eiertanz in dieser Frage. Das bringt unser Land nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Sie degradieren sich selbst und die altehrwürdige Sozialdemokratie zu Handlangern der Grünen und – was noch schlimmer ist – zu Handlangern der Linken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Unruhe)

Anhand von drei Themen – Wirtschaftswachstum, Haushaltspolitik und Bildungschancen – möchte ich in der gebotenen Kürze darlegen, was wir von Ihnen zu erwarten hätten. Frau Krebs spricht von „grünem Wachstum“. Aber was sie damit meint, meine Damen und Herren, ist eigentlich Stillstand. Einen Stillstand haben wir in Berlin erlebt:

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Stuttgarter Nachrichten“ lesen!)

Von 1999 bis 2005 haben Sie das Wirtschaftswachstum fast halbiert, und zwar von 2,2 % auf 1,2 %.

Hinzu kommt, dass wir damals 4,8 Millionen Arbeitslose hatten. Das ist die traurige Bilanz rot-grüner Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Die Grünen meinen, sie könnten sich von der Welt um uns herum abkoppeln, eine grüne Idylle schaffen, in der Wohlstand und Arbeitsplätze ohne Leistung und wirtschaftlichen Erfolg entstehen. So kann das nicht funktionieren.

Gestern haben wir draußen eine interessante Jubiläumsveranstaltung gehabt. Wir haben auf 20 Jahre DDR zurückgeblickt und haben ein Musterbeispiel gehört.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was? – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Nein, Wiedervereinigung! Also das ist wirklich ein schwacher Auftritt! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

– Wir haben auf 20 Jahre Wiedervereinigung und 40 Jahre DDR zurückgeblickt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Schüler haben sehr anschaulich dargestellt, wohin solch ein System führen kann.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD betritt den Plenarsaal.)

– Guten Morgen, Herr Schmid. Schön, dass Sie auch da sind.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie sind nicht mein Lehrer!)

– Nein, das bin ich Gott sei Dank nicht.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie wären stolz auf mich!)

Statt die Bürger wirtschaftspolitisch zu entlasten, haben Sie vor, neue Steuern zu erheben.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich zitiere wiederum Frau Krebs:

*Wir müssen Öko- oder Ressourcensteuern ausbauen, um Staatseinnahmen vom Wachstumszwang zu entkoppeln.*

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, klarer kann man Steuern nicht ankündigen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ihr sagt das Gegenteil und macht es dann doch!)

Was stellen wir dem entgegen? Die Zahlen sprechen eindeutig für Schwarz-Gelb. Wir stellen dem im ersten Halbjahr ein Wirtschaftswachstum von über 4,9 %, nahezu 5 % entgegen. Wir haben eine Arbeitslosenquote von 4,6 %. Wir haben eine Jugendarbeitslosenquote von 3,8 %. Das sind die richtigen Zeichen für die Zukunft Baden-Württembergs.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Weichen sind in jeder Hinsicht richtig gestellt. Sie wollen die Weichen anders stellen, möglicherweise mithilfe der Linken; ich habe das schon einmal gesagt. Diese Weichen sind nur in eine Richtung gestellt, nämlich in Richtung Abstellgleis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Bärbl Mielich GRÜNE)

Zur Haushaltspolitik: Werfen wir einen Blick nach Nordrhein-Westfalen, wo Sie jetzt in einer Minderheitsregierung mit dabei sind. Die Nettoneuverschuldung wurde dort mithilfe der Linken um über 36 % auf 8,9 Milliarden € erhöht. Hier kann man wirklich nicht von Haushaltskonsolidierung sprechen. Ganz im Gegenteil, Sie sind auf dem Marsch in einen Schul-

(Karl-Wilhelm Röhm)

denstaat; das ist am Beispiel Nordrhein-Westfalens bestens zu sehen.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist wahr!)

Auch hier im Haus haben Sie beim Doppelhaushalt 2010/2011 Vorschläge gemacht, die das Haushaltsdefizit wesentlich erhöht hätten –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das stimmt doch überhaupt nicht! – Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Wer hat denn das Haushaltsdefizit gemacht? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ihr!)

die der Grünen um 41 Millionen € und die der Roten um 48 Millionen €. Meine Damen und Herren, so sieht Haushaltskonsolidierung nicht aus.

Lassen Sie mich zum dritten und letzten Punkt kommen: Bildungschancen. Was haben Sie vor? Die Demontage der Werkrealschule, die Demontage der Realschule, die Demontage des Gymnasiums. Der Weg führt zur Einheitsschule.

(Zuruf der Abg. Bärtl Mielich GRÜNE)

Sie hängen noch immer dem Traum an, dass Kinder davon profitieren könnten. Sie profitieren nicht. Weder der Schwache noch der Starke kann davon profitieren.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Das ist so etwas von lächerlich!)

Wir setzen diesem System eine schlüssige, in sich stimmige Bildungspolitik entgegen, vom Orientierungsplan bis hin zu werthaltigen Abschlüssen, mit denen man sich in der ganzen Welt bewerben kann.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Warum haben Sie dann Angst?)

Aus diesem Grund brauchen wir keine rot-grüne Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf: Rot-rot-grün!)

– Die wäre noch besser.

(Unruhe)

Bei Ihnen, bei den Grünen, dominieren doch in allen Politikfeldern die Scheuklappen.

(Lachen bei den Grünen – Beifall des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie schmücken sich hier mit dem menschlichen Antlitz von Herrn Kretschmann.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und den Grünen)

Während er Interviews gibt, stehen die Grünen Wölfe und Özdemir draußen auf den Barrikaden und betreiben eine Po-

litik gegen parlamentarische Mehrheiten. Das ist der Vorgang, um den es geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Thomas Blenke CDU: Der Überflieger!)

Herr Özdemir übt sich schon fleißig im Hubschrauberfliegen, und zwar ganz ökologisch und bereits in Regierungslaune. Dass er gern fliegt, wissen wir übrigens schon seit der Bonusmeilenaffäre.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Ihre Hauptaufgabe sehen die Grünen in diesen Tagen im Aufwiegen und Mobilisieren gegen den Rechtsstaat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Für so eine Rede braucht man einen Stahlhelm!)

Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion: Warum sind Sie eigentlich bereit, in einer möglichen Koalition mitzuwirken, in der die Grünen den Kochlöffel schwingen und Sie nur Kellner spielen und es überhaupt nichts zu servieren gibt?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Werner Wölfe GRÜNE: Ihr dürft gar nichts spielen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das machen die nur wegen des Trinkgelds! – Abg. Walter Heiler SPD: Was war das für ein Tagesordnungspunkt?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt aber! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt kommt der Regionalrat!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Instrument der Aktuellen Debatte haben wir in die Geschäftsordnung eingeführt, damit wir Gelegenheit haben, zeitnah über aktuelle Themen und Probleme des Landes zu diskutieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, haben wir gerade! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wer hat das eingeführt? Wer ist „wir“?)

Dieser Klamauk zeigt, dass Sie die politische Arbeit in Baden-Württemberg eigentlich eingestellt haben. Sie haben sie eingestellt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Aus der Lamäng fielen mir fünf Themen ein, über die zu sprechen sich lohnen würde. Ich habe vier Kinder im Schulsystem in Baden-Württemberg. Es vergeht kein Tag, an dem nicht eines später in die Schule geht oder früher heimkommt, zum Teil nach der zweiten Stunde, weil der Unterricht ausfällt. Darüber könnten wir einmal diskutieren, Herr Kollege Hauk.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil ihr gegen Stuttgart 21 protestiert!)

(Claus Schmiedel)

Zurzeit läuft ein Wettbewerb im Land um die widrigste Landesstraße. Täglich gehen neue Vorschläge ein. Man könnte einmal über den Erhalt der Infrastruktur in diesem Land reden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Mit den Grünen über Landesstraßenbau, oder?)

Wenn man jetzt noch einmal die Behauptung aufgreift – das ist die einzige Ihrer Darbietungen, auf die ich eingehen will –, dass die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen die Neuverschuldung erhöht hätte,

(Zuruf von der CDU: Grün-Rot!)

dann schauen wir doch einmal, was da genau passiert ist. Die Koalition arbeitet an der Aufstellung eines Haushalts, der im nächsten Frühjahr im Landtag in Nordrhein-Westfalen vorgelegt wird. Was dabei passiert ist, nennt man Kassensturz. Die haben aufgelistet, welche realen Zahlen für das, was im alten Haushalt von CDU und FDP vorgesehen ist, eigentlich hätten stehen müssen. Das ist passiert. Es sind überhaupt keine zusätzlichen Ausgaben beschlossen worden, sondern Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit sind umgesetzt worden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU)

Was Sie hier veranstalten, ist ein Ergebnis dessen, dass Ihre Koalition seit Wochen stabil in der Minderheit ist;

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo?)

und weil Ihre Koalition in der Minderheit ist, veranstalten Sie hier Angstbeißer.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Blödsinn! – Abg. Peter Hauk CDU: Stimmungsbürokrat! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Seit Wochen hat Schwarz-Gelb weder in Berlin noch in Baden-Württemberg eine Mehrheit. Jetzt kriegen Sie das Fracksausen und machen hier Klamauk. Das sollten Sie sich für Ihre Hinterzimmerveranstaltungen im Wahlkampf aufheben,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Peinlich!)

aber dafür nicht die Aktuellen Debatten im Landtag missbrauchen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bei 20 % würde ich nicht so reden! Nach der Rede von Schmiedel kann nichts Schlimmeres mehr kommen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mein Gott, Walter!)

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer Politikverdrossenheit schüren möchte, muss solche niveaulosen Debatten organisieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Unverschämtheit! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie können die Wahrheit nicht ertragen, Herr Walter!)

– Kollege Zimmermann, ich werde vorschlagen, dass Sie zur „Vuvuzela des Landtags“ gewählt werden.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Seien Sie jetzt aber bitte ruhig, solange ich rede.

(Zurufe, u. a. des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, wir leben in einer Zeit des Umbruchs, der großen Umwälzungen und Krisen. Gerade in diesen Zeiten erwarten die Menschen von der Politik Ideen und Vorschläge und keine niveaulosen Debatten,

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Genau!)

in denen es offensichtlich nur darum geht, Schlammschlachten gegen den politischen Gegner zu inszenieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo war da eine Schlammschlacht? Wo war da Schlamm?)

– Herr Kollege Hauk, ich habe meinen 13-jährigen Sohn Luca gefragt, was er zu einer solchen Debatte sagen würde. Seine Antwort lautete: „Keine Hobbys, oder was?“ Zur Erklärung: Das ist bei ihm die Antwort auf alle Fragen und Aussagen, die er peinlich, unbedeutend, langweilig und uncool findet, wie man heutzutage sagt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei dem Vater! – Zurufe der Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP und Jörg Döpper CDU – Unruhe)

Meine Damen und Herren, die Debatte zeigt, wie sehr sich die CDU von den Sorgen und Nöten der Bevölkerung entfernt hat, wie ausgebrannt und ideenlos sie geworden ist. Selbst einen Moderator für S 21 müssen noch die Grünen benennen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir brauchen eigentlich gar keinen!)

Glauben Sie ernsthaft – das ist der Hintergrund der Debatte –, dass der Machtverlust der CDU das größte Problem der Menschen in diesem Land ist? Das ist doch nur noch lächerlich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, in der Presse konnten wir heute über die Debatte von gestern lesen: „Nichts Neues von Mapus“. Das Problem ist: Seit Jahren könnte man titeln: Nichts Neues von der CDU.

(Zurufe der Abg. Jörg Döpper und Peter Hauk CDU)

Verweigern Sie sich ruhig weiterhin der Realität, verweigern Sie sich weiterhin dem Ankommen im 21. Jahrhundert.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ihr verweigert das! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihr verweigert die Zukunft! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Ihr seid die Neinsager! – Unruhe)



(Jürgen Walter)

Erwarten Sie aber nicht, dass wir auf diesem Niveau mit Ihnen reden.

Gute Nacht, CDU.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kluck das Wort.

(Oh-Rufe – Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Denk daran: Mit 5 % seid ihr gerade an der Grenze! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Schmiedel, wenn ihr so weitermacht, seid ihr da bald auch! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: FDP – „Fast Drei Prozent“!)

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe in diesem Hohen Haus schon manche Dreistigkeit zu ertragen gehabt. Aber wenn der Kollege Walter nun anderen Niveaulosigkeit vorwirft

(Abg. Andreas Hoffmann CDU: Ausgerechnet der!)

und dann so etwas Niveauloses wie das mit der Vuvuzela sagt, dann kann ich mich nur wundern. Wer hat denn dieses Lärminstrument gerade als Mittel der politischen Auseinandersetzung eingeführt und versucht damit,

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Leute mit Sachargumenten mundtot zu machen, damit man sie nicht hört? Das sind doch Sie und Ihresgleichen!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sehr gut! – Zurufe von der SPD)

Sie sprechen hier von Schlammschlachten gegen politische Gegner. Wer führt denn Schlammschlachten gegen politische Gegner? Wer behauptet denn wider besseres Wissen, man könnte gegen demokratisch zustande gekommene Entscheidungen und gegen rechtskräftige Baugenehmigungen mit Gewalt vorgehen und zu verhindern versuchen, dass rechtmäßig erteilte Baugenehmigungen ausgeführt werden können? Das sind doch Sie und Ihresgleichen. Sie führen Schlammschlachten gegen die, die in diesem Land eine Mehrheit haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Achte auf dein Herz!)

– Herr Kollege Walter, immer wenn Sie eine neue Umfrage haben, dann freut Sie das. Das finde ich ja gut. Kollege Schmiedel erinnert mich immer an angebliche 5 %. Er vergisst dabei, dass die SPD nun immer weniger Stimmen hat und die Grünen immer mehr.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!)

Aber auch das wird so nicht kommen. Die gestrige Abstimmung hat schon gezeigt, dass es auch in der Sozialdemokratie noch Kräfte gibt, die sehr vernünftig abwägen und wissen, dass sie für die Wählerinnen und Wähler verlässlich sein müs-

sen. Gewählt wird am 27. März 2011 und nicht bei irgendwelchen Umfragen.

Wenn Sie sich nun wieder in die Gefangenschaft von Herrn Maurer begeben wollen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

dann hätten Sie ihn doch gar nicht erst wegschicken müssen.

Meine Damen und Herren, es ist vorhin in der Energiedebatte schon gesagt worden, dass es einen Regierungsauftrag für CDU, FDP und CSU auf Bundesebene gab. Dieser Regierungsauftrag wurde erteilt, obwohl die Wählerinnen und Wähler wussten, dass man beispielsweise die Laufzeitverlängerung will.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das eine war gestern, das andere ist heute!)

Am 27. März 2011 geht es wieder darum, wer einen Regierungsauftrag erhält. Dann wird man zwischen dem, was Sie versprechen, und dem, was Sie bisher geleistet haben, sehr wohl einen großen Unterschied erkennen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was machen Sie sich eigentlich Sorgen?)

– Ich mache mir überhaupt keine Sorgen, denn die Leistungsbilanz dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist hervorragend.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Baden-Württemberg hat das stärkste Wirtschaftswachstum.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Historisch einmalig hier!)

Die Arbeitslosigkeit sinkt so, dass wir uns wieder der Vollbeschäftigung nähern. Wir haben die geringste Jugendarbeitslosigkeit,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Woher kommen dann Ihre Sorgen?)

wir haben das beste Bildungssystem in dieser Republik, und wir sind das sicherste Bundesland, obwohl Sie sich ständig bemühen, das zu beenden.

(Lachen des Abg. Thomas Knapp SPD)

Nein, die Menschen in diesem Land werden, wenn sie in der Wahlkabine stehen, wissen, wem sie es zu verdanken haben, dass es in diesem Land so gut ist, dass uns alle anderen Länder – nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch darum herum – dafür beneiden, dass wir so sachbezogen und vernünftig Politik machen.

(Unruhe bei den Grünen)

Wenn Sie Sachargumente dagegen hätten, wenn Sie Vorschläge machen würden, wenn Sie sich konstruktiv beteiligen würden, wenn Sie eine wirkliche Alternative wären, dann wäre es

(Hagen Kluck)

schön für die Demokratie. Aber Sie mosern, meckern und mäkeln nur, putzen auf und hetzen,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Na, na, na!)

und sonst tragen Sie nichts zur Landespolitik bei.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das war jetzt der Weg der Mäßigung! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Rau das Wort.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was, die beteiligt sich an dem Klamauk? Unglaublich! Das ist aber unter Niveau! Armutszeugnis! – Abg. Peter Hofelich SPD: Die beteiligt sich an der Debatte?)

**Minister im Staatsministerium Helmut Rau:** Die Landesregierung, Herr Kollege Schmiedel, beteiligt sich natürlich an den Debatten des Landtags. Das ist doch selbstverständlich. Was glauben Sie, was Sie sagen würden, wenn wir uns nicht an den Debatten des Landtags beteiligen würden?

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit“, ein wahres Wort des großen Sozialdemokraten Kurt Schumacher. Die Wirklichkeit sieht so aus, dass das Land Baden-Württemberg dank einer überzeugenden politischen Führung bei allen wesentlichen Parametern des Vergleichs an der Spitze im Bundesgebiet steht. Das dürfen wir bei dieser Gelegenheit feststellen.

Deswegen lohnt es sich, im Rahmen des Wettbewerbsföderalismus einen Blick dorthin zu werfen, wo andere ihre politische Chance haben. Rot-Grün hat im Moment allerdings nicht viele Möglichkeiten, seine Leistungsstärke unter Beweis zu stellen. Da ist zum einen Bremen. Das ist unter verschiedenen Aspekten nun wirklich keine Benchmark für Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Da ist zum anderen Nordrhein-Westfalen, dort allerdings in der Situation einer Minderheitsregierung, die sich ihre parlamentarischen Mehrheiten erst dadurch beschaffen kann, dass sie sich mit dem SED-Nachfolger Linke arrangiert.

(Zuruf von der SPD: Ach du Schande!)

Rot und Grün in Nordrhein-Westfalen haben sich bereitwillig in die Abhängigkeit von einer Partei begeben, die in ihren Landtagswahlprogrammen ernsthaft die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und die Abschaffung des Verfassungsschutzes fordert.

Ich glaube, dass dieses rot-grüne Minderheitsexperiment so instabil ist, dass es sich die Zustimmung der Bürger jetzt ganz schnell mit einer sehr starken, hohen Neuverschuldung erkaufen will. Die ursprünglich für 2010 vorgesehene Neuverschuldung Nordrhein-Westfalens betrug 6,6 Milliarden €. Sie wurde kurzerhand zur Einlösung von Wahlversprechen und für

Wahlgeschenke um 2,3 Milliarden € auf 8,9 Milliarden € erhöht. Eine zukunftsorientierte Haushaltspolitik auch in diesem Land würde ganz sicher ganz anders aussehen. Das ist nicht verantwortungsvoll gegenüber kommenden Generationen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine! Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Mensch, Ulla!)

Das gleiche Bild der politischen Unzuverlässigkeit zeigt sich bei der Energiepolitik. Dort gibt es ein im Bau befindliches Kraftwerk in Datteln, das fast fertig ist. 900 Millionen € von 1,2 Milliarden € Gesamtkosten sind bereits investiert und verbaut. Dieses neue Kohlekraftwerk soll nicht in Betrieb gehen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wollen Sie CDU-Landesvorsitzender in NRW werden, oder wie?)

Ähnlich geht man auch hier mit geplanten großen Investitionen in die Zukunft des Landes um. Die Grünen wollen uns das auch in Baden-Württemberg zumuten.

Ich erinnere im Feld der Wirtschaftspolitik an die Opposition der Grünen zur neuen Landesmesse, die bereits heute eine riesige Erfolgsgeschichte ist. Es gibt noch viele Beispiele, die man in diesem Zusammenhang erwähnen kann.

Wenn man an die rot-grüne Bundesregierung denkt, dann erinnert man sich vor allem an eines: an die Hartz-IV-Reformen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die ihr sogar verschärft habt!)

Diese Hartz-IV-Reformen waren das Werk von Rot und Grün, von dem sich jetzt der eine oder andere gern wieder absetzen würde.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP deutet in Richtung SPD.)

Die Neuordnung der Sozialhilfe innerhalb der Agenda 2010 war Ihr Gesetz; das waren auch Ihre Regelsätze. Jetzt kommen die Grünen auf die Idee, die Regelsätze von 359 € auf 420 € anzuheben und damit über 10 Milliarden € Mehrkosten im Jahr auszulösen. Die Wahlversprechen der Grünen aus der letzten Bundestagswahl belaufen sich auf über 80 Milliarden €. Für eine Haushaltspolitik in diesen Jahren sind die Grünen als politischer Partner völlig ungeeignet.

Ich möchte zum Abschluss Wolfgang Clement zitieren, der viele Jahre Rot-Grün-Regierung miterlebt hat, im Bund und in Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE schüttelt den Kopf.)

Er sagte:

*Die Grünen sind für mich maßgeblich daran schuld, dass hierzulande Zukunftsängste, Innovations- und Risikoscheu grassieren.*

Das können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Röhm das Wort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nicht schon wieder! Jesses Maria!)

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion zeigt doch deutlich, dass Sie die Wahrheit nicht vertragen können

(Lachen bei der SPD)

und in dieser Debatte versuchen, den Fakten auszuweichen. Freuen Sie sich doch! Die Umfragewerte sprechen für Sie. Gerade weil das so ist, haben doch wir die verdammte Pflicht, die Menschen darauf hinzuweisen, was sie im Falle Ihrer Wahl erwarten würde. Das ist demokratisch völlig gerechtfertigt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt der Richtige! – Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Herr Schmiedel, Sie haben ein Beispiel gefordert. Sie haben gesagt, man würde im Kreis herum reden und würde keine konkreten Beispiele bringen. Ich nenne Ihnen jetzt ein konkretes Beispiel, wo Sie zum Schaden des Landes tätig würden, wenn Sie an die Regierung kämen, nämlich den ländlichen Raum. Eindeutig sagen Sie, dass Sie das zuständige Ministerium abschaffen wollen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Keine Ahnung!)

Sie von den Roten sind für Zentralismus, Sie wollen die Landkreise abschaffen und Regionalkreise einführen. Dann wäre der ländliche Raum natürlich nur noch ein reines Anhängsel der Stadt.

Die Grünen drücken sich sehr kryptisch aus. Sie reden davon, dass sie die Förderprogramme, wie es in Protokollen immer wieder zu lesen ist, „auf den Prüfstand stellen“ wollen. Sagen Sie doch ehrlich, dass Sie sie abschaffen wollen, um Ihre Klientelpolitik betreiben zu können!

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Keine Ahnung! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Dies ist ein weiteres Beispiel, was der ländliche Raum von Ihnen zu erwarten hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie haben doch keine Ahnung! – Zuruf von der SPD: Was war das jetzt?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Herr Kollege Röhm, Sie wollten etwas zur Wahrheit sagen. Was verstehen Sie eigentlich unter Wahrheit?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das weiß doch er nicht!)

Die Wahrheit ist, Herr Minister Rau, dass Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen abgewählt wurde. Dass Sie jetzt im Landtag von Baden-Württemberg deshalb zu einer Wählerbeschimpfung anheben, ist doch unglaublich.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie beschimpfen die Wähler, weil sie die abgewählt haben! Was für ein Demokratieverständnis ist denn das?

(Unruhe – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von welcher Wahl reden Sie denn?)

Das Einzige, was man aus dieser Debatte mitnehmen kann, ist, dass Sie Angst haben, wie in Nordrhein-Westfalen auch in Baden-Württemberg abgewählt zu werden. Wir werden alles tun, damit das passiert. Dann schauen wir einmal. Aber dass Sie als Demokraten ein Wahlergebnis respektieren und nicht die Wähler beschimpfen, das kann man doch erwarten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Aktuellen Debatte vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag – Drucksache 14/6802**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten beschlossen: Nach der Begründung durch die Regierung erfolgt eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Ich darf das Wort für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Reinhart geben.

**Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten Dr. Wolfgang Reinhart:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir besprechen heute das Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Im Mittelpunkt dessen steht dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag, den die Ministerpräsidenten am 10. Juni 2010 unterzeichnet haben. Inhaltlich steht dort die Verbesserung des Jugendschutzes im Internet im Mittelpunkt. Der eingebrachte Gesetzentwurf dient der Umsetzung dieses Staatsvertrags, und nachdem weitere landesrechtliche Anpassungen nicht vorzunehmen sind, beschränkt sich unsere Aufgabe damit auf die Ratifizierung dieses Staatsvertrages, beschränkt sich das erforderliche Gesetz auf die Zustimmung zu dem Vertrag.

Neben den Ergebnissen einer wissenschaftlichen Evaluierung bisheriger Regelungen waren die Ergebnisse des Expertenkreises Amok der Landesregierung und auch des Sonderausschusses „Amoklauf“ des Landtags wesentliche Impulse für die nun geplanten Änderungen. Inwieweit diese Ergebnisse in dem Staatsvertrag umgesetzt werden, stellt auch der heute unter Tagesordnungspunkt 12 b zu behandelnde Bericht der Landesregierung sehr ausführlich dar.

Im Laufe der Verhandlungen hat sich gezeigt, dass es angesichts der rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen die beste Lösung darstellt, einen für Kinder und Jugendliche geeigneten Internetzugang durch Filterprogramme zu ermöglichen, die Eltern hierzu auf einem PC installieren können. Diese Programme sollen vor allem auf technisch auslesbare Alterskennzeichnungen auf Internetseiten zugreifen. Für die



(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Entwicklung und Verbreitung dieser sogenannten Jugendschutzprogramme werden in dem Staatsvertrag entscheidende Impulse gesetzt. Insbesondere sollen Zugangsprovider verpflichtet werden, an der Entwicklung und auch an der Verbreitung von solchen Jugendschutzprogrammen mitzuwirken. Wir gehen übrigens davon aus, dass solche Programme voraussichtlich ab Mitte 2011 verfügbar sein werden.

Außerdem wurden Möglichkeiten gefunden, dem Jugendschutz in Internetforen und auch in sozialen Netzwerken zu mehr Geltung zu verhelfen. Nach allgemein für das Internet geltendem Recht sind Betreiber solcher Plattformen zwar grundsätzlich nicht verpflichtet, von Nutzern eingestellte Inhalte zu überwachen – das wird auch in Zukunft so sein –; allerdings soll es zukünftig möglich sein, auch Internetforen und soziale Netzwerke mit einer Alterskennzeichnung zu versehen, denn dadurch hätte der Anbieter den Vorteil, dass das Angebot auch beim Einsatz eines Jugendschutzprogrammes für die entsprechende Zielgruppe zugänglich wäre.

Diese Kennzeichnung setzt jedoch voraus, dass jugendschutzrelevanten Inhalten mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, beispielsweise durch eine redaktionelle Betreuung des Angebots

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

und durch eine geregelte Beschwerdebearbeitung.

Damit modernisiert und verbessert der Staatsvertrag, den wir heute per Gesetzentwurf zur Zustimmung vorliegen haben, den Jugendschutz im Internet, ohne die Informations- und Meinungsfreiheit – das ist in verfassungsrechtlicher Hinsicht immer die andere Seite der Medaille – zu beeinträchtigen.

Da hier jedoch völlig neue Wege gegangen werden, sollen diese Regelungen bereits nach einem Zeitraum von drei Jahren evaluiert werden. Wir werden uns bis dahin dafür einsetzen, dass staatliche Stellen, Unternehmen und auch Selbstkontroll-einrichtungen engagiert und – das darf ich hinzufügen – auch konstruktiv mit diesen Regelungen umgehen werden.

So weit meine Ausführungen zur Einbringung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Pauli das Wort.

**Abg. Günther-Martin Pauli** CDU: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident, lieber Herr Minister Reinhart! Die Rundfunkänderungsstaatsverträge, die fast im jährlichen Rhythmus hier im Haus beraten werden, hatten früher häufig den Unmut aller Fraktionen und insbesondere der Opposition darüber heraufbeschworen, dass wir zwar zum Abnicken erforderlich sind, aber ansonsten nicht einbezogen werden. Diese Textbausteine können wir seit den letzten Rundfunkänderungsstaatsverträgen ad acta legen; die brauchen wir nicht mehr.

Ich möchte mich zunächst einmal beim Staatsministerium dafür bedanken, Herr Minister Reinhart, dass wir im Ständigen Ausschuss rechtzeitig hierüber beraten durften, dass wir dies

bereits im Sommer zum Thema hatten und unsere Gedanken somit auch Eingang gefunden haben.

Herr Minister, Sie haben dargestellt, dass der Jugendmedienschutz im Vordergrund steht, dass aber auch die Gratwanderung versucht wird, die Informations- und Meinungsfreiheit der Erwachsenen nicht allzu sehr einzuschränken. Für die CDU-Landtagsfraktion möchte ich aber ganz klar zum Ausdruck bringen, dass für uns der Jugend- und Kindermedienschutz bei dieser Gratwanderung Vorfahrt hat.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Darauf müssen wir auch achten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg.  
Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Allerdings stellen wir fest, dass der Staatsvertrag zum Jugendmedienschutz bei allem guten Willen, der dahintersteht, auch nach der Evaluierung und möglicherweise auch in drei Jahren noch immer ein Papiertiger sein wird.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Leider werden das Land Baden-Württemberg und die Bundesrepublik Deutschland nicht alles, was an Perversitäten, an Grausamkeiten und an Gräueltaten ungeschützt im Internet empfangbar ist, effektiv genug kontrollieren und verhindern können. Hier hinken wir den technischen Möglichkeiten hinterher.

Deswegen ist das wichtig, was auch der Herr Minister zum Ausdruck gebracht hat: Durch die Protokollerklärung, die das Land Baden-Württemberg dem Staatsvertrag angefügt hat, wird deutlich gemacht, dass wir die Möglichkeit zur nochmaligen Evaluation in drei Jahren und damit zugleich Chancen für eine grundlegende Neukonzeption des Jugendmedienschutzes im Internetangebot haben möchten. Diese wollen wir auch aufgreifen und nutzen. Nur so lassen sich maßgeschneiderte Lösungen finden, die dem Bedürfnis sowohl nach einem effektiven Erwerb von Medienkompetenz durch Kinder und Jugendliche als auch nach vorbeugendem Schutz vor jugendgefährdenden Inhalten Rechnung tragen.

In diesem Sinn freue ich mich auf eine fruchtbare Diskussion im Ständigen Ausschuss. Wir werden auch in der Zweiten Beratung noch einmal das Wort hierzu ergreifen können.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dieter Kleinmann  
FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in der Tagesordnung zügiger vorangekommen, als wir das vorausgesehen hatten. Wir hatten zuvor den Fraktionen signalisiert, dass Punkt 4 der Tagesordnung erst nach der Mittagspause aufgerufen werden soll. Ich schlage daher vor, dass wir heute etwas früher in die Mittagspause eintreten und die Sitzung danach entsprechend früher wieder aufnehmen.

Können wir uns auf dieses Verfahren einigen?

(Zurufe: Ja!)

Dann müssen wir jetzt nicht sofort die für den Tagesordnungspunkt 4 als Redner vorgesehenen Kollegen verständigen.



(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir werden Punkt 4 gleich im Anschluss an Punkt 5 – Fragestunde – aufrufen. Für die Fragestunde ist nur eine Mündliche Anfrage angemeldet, sodass wir den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist auch ein Gesetzentwurf der Grünen!)

kurz nach dem Ende der Mittagspause behandeln können.

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich nun Herrn Abg. Stoch.

**Abg. Andreas Stoch** SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Staatsminister Reinhart hat bereits die wesentlichen Inhalte des Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrags geschildert. Kollege Pauli hat den Kernbestand dieses Rundfunkänderungsstaatsvertrags ebenfalls wiedergegeben, nämlich das Thema Jugendmedienschutz-Staatsvertrag.

Wir müssen in diesem Zusammenhang auch einen Blick zurück auf die Debatte werfen, die gerade im letzten Jahr um dieses Thema entflammt ist. Sehr häufig kommt ja das Thema Jugendmedienschutz dann in die politischen Gremien und die Parlamente, wenn irgendwelche Dinge passiert sind. Das geschieht immer dann, wenn wir – etwa bei den tragischen Geschehnissen in Winnenden – erkennen müssen, dass junge Menschen mit dem, was sie an Medien konsumieren, offensichtlich teilweise nicht zurechtkommen. Dieses Problem betrifft übrigens nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern es betrifft natürlich auch manche Erwachsene.

Es ist daher ein Kernanliegen von uns, mit diesem Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag auch Antworten auf die Herausforderungen zu finden, die uns diese neue Medienwelt geradezu täglich in neuer Form stellt.

Diese Debatte weist natürlich verschiedene Pole auf. Es gab in der sogenannten Netzgemeinde große Befürchtungen, dass durch Änderungen im Medienbereich, etwa durch Verschärfungen beim Jugendmedienschutz, auch die Freiheit im Netz beeinträchtigt wird. Anfangs gab es da Ansätze, die eher in Richtung Zensur gingen. Das waren Gedanken der ehemaligen Bundesfamilienministerin Frau von der Leyen. Diese Überlegungen sind nun zum Glück vom Tisch.

Nichtsdestoweniger – hier gebe ich dem Kollegen Pauli vollkommen recht – muss es für uns von zentraler Bedeutung sein, Jugendliche und Kinder vor jugendgefährdenden Inhalten – im Gesetz lautet die Formulierung „entwicklungsgefährdende Inhalte“ – zu schützen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir, auch wenn wir immer wieder die Freiheit im Netz und die Freiheit der Informationsbeschaffung sowie die Freiheit der Meinungsäußerung im Sinn haben müssen, versuchen, auf diese Geschehnisse und die veränderten Gegebenheiten Antworten zu finden.

Aber – ich sage ausdrücklich: aber – wir werden mit unseren gesetzlichen Regelungen der Entwicklung immer hinterherhinken.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja! Sehr richtig!)

Die letzte Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags erfolgte im Jahr 2003. Wir haben seither eine Evaluierung durchgeführt. Wenn Sie sich in das Jahr 2003 zurückversetzen und dagegen den heutigen Stand betrachten, dann wissen Sie, dass nicht nur sieben Jahre ins Land gegangen sind, sondern dass bei der Mediennutzung durch Kinder und Jugendliche, aber auch durch Erwachsene quasi epochale Veränderungen stattgefunden haben. Für Jugendliche ist es heute völlig normal, über soziale Netzwerke, über Mediennutzung vernetzt und verknüpft zu sein und dabei so gut wie jeden Inhalt beziehen zu können. Für uns alle hier in diesem Parlament, die in einer anderen Zeit aufgewachsen sind, ist dies etwas, was uns teilweise etwas ratlos dastehen lässt.

Wir müssen trotzdem auf diese neuartigen Probleme Antworten finden. Wir müssen es schaffen – diese Aufgabe scheint mir weit über den Bereich des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags hinauszureichen –, den Menschen in unserem Land, vor allem Kindern und Jugendlichen, die Medienkompetenz zu vermitteln, die sie brauchen, um in dieser medialen Welt einen Weg zu finden, der ihnen auch Werte vermittelt.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Nur dann können wir in den nächsten Jahren mit Recht zu uns selbst sagen: Wir haben getan, was ging, um nicht wieder solch tragische Geschehnisse, wie sie z. B. in Winnenden eingetreten sind, erleben zu müssen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Dazu gehört u. a. auch eine Evaluierung dessen, was wir heute beschließen. Staatsminister Reinhart hat es gesagt: Spätestens nach drei Jahren muss natürlich evaluiert werden, ob die Maßnahmen, die wir jetzt einführen, auch funktionieren. Wenn die Entwicklung aber so weitergeht, wie wir sie heute erleben, dann – das prophezeie ich – wird der Zeitraum von drei Jahren zu lang sein. Wir müssen uns dann wahrscheinlich schon zu einem früheren Zeitpunkt – ich hoffe, das geschieht im Einvernehmen – die Wirksamkeit dieser Maßnahmen genau anschauen und überlegen, wie wir gegensteuern können.

Ich appelliere an uns alle, künftig den Bereich Medienkompetenzschulung bereits als Kernbestand des Bildungskanons in unsere Schulen zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es darf nicht sein, dass Medienkompetenz ein „Orchideenfach“ am Rande ist, das sich auf ein paar Unterrichtsstunden in der sechsten Klasse beschränkt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Genau! – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Zu spät! Bereits im Elternhaus!)

– Danke, Herr Kollege Pauli, für diesen Zwischenruf. Zentraler Bestandteil der Medienkompetenzschulung ist natürlich auch, die Eltern zu erreichen, die Hilfsmittel brauchen.

(Andreas Stoch)

Damit sind wir wieder beim Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, der als ein Mittel neben verschiedenen anderen differenzierte Zugangssysteme vorsieht. Wir müssen es dennoch schaffen, sowohl bei den Eltern als auch und vor allem bei den Kindern und Jugendlichen die Fähigkeit herzustellen, sich in der heutigen medialen Welt zurechtzufinden und Werte zu erleben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht.“ Dies könnte man über den vorliegenden Rundfunkänderungsstaatsvertrag schreiben. Sicherlich besteht die Absicht, damit einen verbesserten Jugendschutz zu erreichen – das ist hoffentlich das Ziel aller, die in diesem Parlament sind. Aber ich glaube, er wird diesem Anspruch nicht gerecht werden, Herr Minister.

Wir alle wissen, dass die technische Entwicklung rasend vorangeht. Es gibt nicht mehr wie früher Sendezeiten, die man beschränken könnte, sondern heute sind die Angebote durch das Internet 24 Stunden täglich abrufbar. Schon der Ansatz ist daher teilweise falsch gewählt. Bei einem globalen Medium wie dem Internet kann man den Jugendschutz nicht mehr so leisten wie früher. Deswegen müssen wir uns ergänzend zu dem, was ein Rundfunkänderungsstaatsvertrag leisten kann, überlegen, welche Probleme es darüber hinaus gibt.

Ich hoffe, Sie haben am vergangenen Sonntag und Montag die Debatte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über die FSK verfolgt. Dabei wurde deutlich, dass auch über das hinaus, was im Internet passiert, Jugendschutz gewährleistet sein muss. Auch dieses Thema müssen wir angehen.

In diesem Artikel wurde nachgewiesen, dass sehr viele Filme, die jetzt eine Freigabe schon ab sechs oder zwölf Jahren erhalten, diese Freigabe vor einigen Jahren noch nicht erhalten hätten. Da stehen wir vor einem Problem. Natürlich ist das ein schleichender Prozess. Wenn man sich heute Fernsehfilme ansieht, findet man wesentlich mehr Gewaltszenen als noch vor 20 oder 30 Jahren.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Aber wie können wir diesen schleichenden Prozess aufhalten? Ich finde, die FSK hat sich diesem schleichenden Prozess zu sehr angepasst. Deswegen dürfen wir uns nicht auf den Rundfunkstaatsvertrag verlassen. Von der anderen Seite her gesehen, hatten und haben gerade kleinere Anbieter die Sorge, dass sie wirtschaftlich den Kürzeren ziehen,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

dass das, was jetzt im Rundfunkänderungsstaatsvertrag vorgesehen ist, wieder hauptsächlich den großen Anbietern zugutekommt. Dieses Argument kann man nicht einfach beiseitewischen. Wir müssen uns überlegen, wie wir einen guten Mittelweg finden zwischen unserem Anspruch, mehr Jugendschutz zu leisten, und der Zielsetzung, gleichzeitig auch gerade den kleinen Anbietern weiterhin eine Chance zu geben.

Mein Vorredner hat schon darauf hingewiesen, dass wir nicht darum herumkommen werden, unsere Anstrengungen im Bereich Medienkompetenz zu verstärken. Das beginnt in den Kindergärten und den Schulen, aber auch die Eltern müssen einbegriffen sein. Viele Eltern beschäftigen sich nicht oder viel zu wenig mit dem, was ihre Kinder auf ihren Rechnern haben.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das können sie gar nicht!)

Sie kennen die Filme nicht, sie kennen die Spiele nicht. Solange dem so ist – es ist ohnehin sehr schwierig, an manche Eltern heranzukommen –, wird auch ein Rundfunkänderungsstaatsvertrag an dem generellen Problem nichts ändern.

Herr Minister, wir werden im Ausschuss darüber diskutieren: Wie könnte der Jugendschutz besser gestaltet werden? Wir sind uns sicherlich einig, dass wir zu diesem Thema relativ schnell wieder einen neuen Änderungsvertrag bekommen werden, eben weil die Entwicklung so rasant ist.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Das ist sicherlich wahr!)

Wir sind aufgefordert, uns mehr Gedanken zu machen, nach mehr Möglichkeiten zu suchen.

Aber ich möchte noch einmal davor warnen, zu glauben, dass dies alles technisch machbar sein wird.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig!)

Auch die Debatte über Sperren oder Löschen wurde teilweise nicht ehrlich geführt. Denn was machen Sie, wenn der Server auf den Bahamas steht?

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Welche Regelung wollen Sie dann treffen? Es ist leicht, zu sagen: „Das alles wollen wir nicht. Wir brauchen die Freiheit des Netzes.“ Wir alle streiten für die Freiheit des Netzes. Das ist auch richtig. Nur: Der Rechtsstaat endet nicht beim Einschalten des Rechners. Deswegen gibt es eben Regeln, die einzuhalten sind. Diese zu finden wird unsere Aufgabe in den nächsten Jahren sein. Ich hoffe, wir ziehen da alle gemeinsam an einem Strang.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich erteile Herrn Abg. Kleinmann für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

**Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns in der Sache einig. Deshalb sei es mir gestattet, Herr Minister Reinhart, noch auf ein paar Schwierigkeiten hinzuweisen.

Schon die Entstehungsgeschichte der Novelle war, wie Sie wissen, relativ kompliziert. Frühere Entwurfsfassungen waren durchaus geeignet, auch Missverständnisse über die Ziele der Novelle aufkommen zu lassen. Eine Verbändeanhörung brachte ein relativ einhelliges negatives Echo.

(Dieter Kleinmann)

Vor diesem Hintergrund erklären sich auch – wie Sie wohl wissen – die in der Anlage abgedruckten Protokollerklärungen. Insbesondere wird bekräftigt – ich zitiere –,

*dass die Kontrollpflichten von Anbietern für fremde Inhalte, auch im Rahmen von Foren und Blogs, durch diesen Staatsvertrag nicht erweitert werden.*

Schwieriger als unbedingt notwendig wird die Auseinandersetzung mit Staatsvertragsentwürfen zusätzlich dann, wenn vor einer Einigung der Ministerpräsidenten wechselnde Entwürfe verbreitet werden. Im Netz fanden sich fast alle Entwurfsstadien, ohne dass sie eine klare und präzise Begründung aufwiesen. Auch dies sollte in Zukunft vielleicht geändert werden.

Aber nun zum Inhalt selbst. Das Internet ist aus dem Alltag unserer Gesellschaft in der Tat nicht mehr wegzudenken und für viele Bevölkerungsgruppen ein zentrales Instrument gesellschaftlicher Teilhabe.

Der freie Zugang zu Informationsquellen sowie die freie Kommunikation sind Grundpfeiler unseres demokratischen Staates – darin sind wir uns einig – und gleichzeitig Voraussetzungen für unsere wissensbasierte Gesellschaft.

Gleichzeitig ist aber – meine Vorredner haben darauf hingewiesen – der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor nicht altersgerechten Internetinhalten ein, wie wir Liberale ebenfalls meinen, sehr hohes Gebot und Gut.

Es geht also darum, der Meinungs- und Informationsfreiheit im Netz auf der einen und dem Jugendmedienschutz auf der anderen Seite – beides sind im Übrigen verfassungsrechtlich geschützte Güter – mit den gesetzlichen Regelungen gleichermaßen Rechnung zu tragen.

Die Novelle zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag zielt auf die Etablierung der Möglichkeit von Anbieterselbstkennzeichnungen ab. Anbieter von Telemedien können ihre Angebote selbst mit einer Altersstufe kennzeichnen. Die Kennzeichnung soll dabei sowohl optisch als auch elektronisch erfolgen.

Die vorhandenen elektronischen Labels können in einem nächsten Schritt von Jugendschutzprogrammen, das heißt von einer Software, die freiwillig z. B. von Eltern auf dem heimischen Computer installiert wird, ausgelesen werden.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Wenn sie es können!)

– Wenn sie es können, ja. Richtig, das ist die Voraussetzung, Herr Kollege Pauli.

Insgesamt verfolgt die Novelle damit das sinnvolle Ziel, insbesondere den Eltern ein verbessertes Jugendschutzinstrumentarium an die Hand zu geben – wenn sie es denn anwenden, Herr Kollege Pauli.

Manche Bedenken, die gegen die Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags vorgebracht worden sind, sind allerdings, Herr Minister, inzwischen entkräftet. Das Haftungssystem des Telemediengesetzes bleibt unberührt. Es werden keine neuen Kontrollpflichten in Bezug auf Inhalte Dritter geschaffen. Auch für Blogs, Foren und Chats ist die Alterskennzeichnung in jedem Fall freiwillig.

Es werden keine Netzsperrungen durch Provider oder staatliche Stellen vorgenommen.

Last, but not least: Mit nutzerautonomen Filterprogrammen, den Jugendschutzprogrammen, soll Eltern ein Werkzeug zur Verfügung gestellt werden, um ihre Kinder vor schädlichen Inhalten im Internet effektiv zu schützen.

Gleichwohl sind aber auch Konstellationen darstellbar, die gerade für kleine, nicht gewerbliche Anbieter – der Kollege von den Grünen hat schon darauf hingewiesen – schwer zu bewältigende Hürden aufbauen: Wenn es zu einer massiven Verbreitung von Jugendschutzprogrammen kommt, werden die Anbieter ein hohes Interesse entwickeln, auf die sogenannte „Weiße Liste“ zu kommen, um weiterhin für die Masse der Nutzer erreichbar zu bleiben. Wer eine entsprechende Kennzeichnung erhalten will, ist dann auch für das Gesamtangebot unter Jugendschutzaspekten verantwortlich. Gerade für nicht gewerbliche Anbieter von Homepages mit Nutzerforen kann dies eine schwer zu erfüllende Vorgabe sein.

Ebenso ist zumindest die Frage zu stellen, ob Jugendschutzprogramme nicht eine eher trügerische Sicherheit verschaffen. Kann es nicht auch sein, dass Jugendliche Möglichkeiten finden werden – Herr Walter hat schon darauf hingewiesen –, die Schutzmechanismen zu umgehen, während sich die Eltern noch in trügerischer Sicherheit wiegen? Wer wagt die Frage zu beantworten, Herr Pauli, wie viel Prozent der Eltern ein Jugendschutzprogramm überhaupt installieren werden, installieren können und installieren wollen?

All dies verweist auf die Notwendigkeit einer Evaluation des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und auf die Notwendigkeit, dies zugleich für eine grundlegende Neukonzeption des Jugendmedienschutzes bei Internetangeboten zu nutzen, wie sie in der Protokollerklärung des Landes Baden-Württemberg, Herr Minister, angesprochen ist.

Trotz dieser kritischen Fragen meinen wir von der FDP/DVP-Landtagsfraktion, dass wir uns mit diesem Staatsvertrag ein Stück weit in die richtige Richtung bewegen, und erteilen ihm daher unsere Zustimmung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 14/6802 an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Wir setzen die Sitzung, beginnend mit der Fragestunde, um 13:00 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 11:31 Uhr)

\*



(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:02 Uhr)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 14/6991**

Ich rufe die einzige Mündliche Anfrage auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE – Auflagen für Baumfällungen für Stuttgart 21

Frau Abg. Dr. Splett, bitte schön, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass das Eisenbahn-Bundesamt in einem Schreiben vom 30. September 2010 (zusätzliche) Auflagen zur Aufnahme der Bauarbeiten bzw. zu den Baumfällungen gemacht hat, und, falls ja, wann ging dieses Schreiben bei welchen Behörden des Landes ein?
- b) Welche Auflagen enthält das unter Buchstabe a genannte Schreiben, und inwieweit wurden diese vor Aufnahme der Bauarbeiten bzw. vor Fällung der ersten Bäume erfüllt?

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Ministerin Gönner zur Beantwortung der Anfrage.

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beantworte namens der Landesregierung die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage a: Das Eisenbahn-Bundesamt hat mit seinem Schreiben vom 30. September zur Vorlage bestimmter Unterlagen vor Aufnahme von Baumfällarbeiten, die zu relevanten Beeinträchtigungen aus landschaftspflegerischer Sicht führen könnten, aufgefordert. Das an die DB Projektbau gerichtete Schreiben ging um 17:11 Uhr beim Regierungspräsidium Stuttgart und bei der Stadt Stuttgart per Mail ein. Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr erhielt dieses Schreiben per Mail um 17:56 Uhr.

Zu Frage b: Das Eisenbahn-Bundesamt hat mit Schreiben vom 30. September 2010 an die DB Projektbau auf die Nebenbestimmung A VIII 5.1 des Planfeststellungsbeschlusses vom 28. Januar 2005 hingewiesen, wonach die Deutsche Bahn die Maßnahmen des landschaftspflegerischen Begleitplans in einer Ausführungsplanung konkret darzustellen, mit der höheren Naturschutzbehörde und der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege Stuttgart abzustimmen und dem EBA vorzulegen hat.

Die Deutsche Bahn wurde aufgefordert, den entsprechenden Teil dieser Unterlagen rechtzeitig vor Aufnahme von Bauarbeiten im Mittleren Schlossgarten, die zu relevanten Beein-

trächtigungen aus landschaftspflegerischer Sicht führen können, vorzulegen.

Jedenfalls zu beachten sei, dass Rückschnittarbeiten nur in den Monaten Oktober bis Februar erfolgen dürfen und besonders störende Baumaßnahmen in ökologisch empfindlichen Räumen nur außerhalb der Reproduktionszeiten von Tieren und Pflanzen durchzuführen sind.

Die DB Projektbau hat noch am Donnerstagabend mit dem Eisenbahn-Bundesamt gesprochen und dem Land mitgeteilt, dass eine Einigung mit dem Eisenbahn-Bundesamt über die Durchführung der Baumfällarbeiten erzielt wurde. Die Arbeiten wurden von der ökologischen Bauüberwachung der Deutschen Bahn begleitet.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abg. Dr. Splett.

**Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE:** Gehe ich recht in der Annahme, dass das Umweltministerium diese Nebenbestimmung aus dem Planfeststellungsbeschluss, die Sie jetzt genannt haben, kannte, dass ein landschaftspflegerischer Ausführungsplan vorzulegen ist, bevor die Arbeiten begonnen werden? Was hat das Ministerium getan, um die Einhaltung dieser Bestimmung sicherzustellen?

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Ich gehe davon aus, dass dem Umweltministerium diese Nebenbestimmung bekannt war. Ich gehe davon aus, dass, wie bei jedem Großprojekt, die Vorlage der entsprechenden landschaftspflegerischen Begleitpläne im Lauf des Verfahrens erfolgen muss und nicht bereits zu Beginn des Verfahrens. Deswegen gab es die entsprechenden Ausführungen in dem Schreiben.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Sckerl.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Frau Ministerin, am 30. September war ein Verfahren zum Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen der Baumfällungen im Gang. Davon wussten Sie – der Antrag lag ja rechtzeitig vor –, davon wusste die Stadt Stuttgart, und davon wusste die Landesregierung insgesamt. In einem solchen Verfahren ist es übliche Praxis, das Gericht über sich ändernde Tatsachen wie diese Anforderungen des EBA zu unterrichten, weil das verfahrenserheblich bzw. bei einer einstweiligen Anordnung unmittelbar entscheidungserheblich sein kann. Wieso wurde es unterlassen, das Verwaltungsgericht darüber zu informieren?

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Ministerin.

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Danke, Frau Präsidentin. – Nach meinem Kenntnisstand wird genau diese Frage gerade in der Durchführung des Verwaltungsgerichtsverfahrens untersucht. Der dortige Richter hat eine Stellungnahme angefordert. Ich gehe davon aus, dass diejenigen, die am Verfahren beteiligt sind, die angeforderte Stellungnahme abgeben werden. Allerdings weise ich darauf hin, dass sich der entsprechende Antrag nicht gegen das Land Baden-Württemberg gerichtet hat.

(Zuruf: Doch!)

– Doch?



(Ministerin Tanja Gönner)

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist klar!)

– Gut.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das ändert doch nichts! Was unrecht ist, das ist unrecht!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel für eine Nachfrage.

**Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE:** Frau Ministerin, Sie sagten eben, dieser Brief des Eisenbahn-Bundesamts sei um 17:11 Uhr bei den entsprechenden Behörden eingegangen. Man konnte an diesem Abend auch über das Internet, über fluegel.tv – die machen Liveübertragungen – miterleben, dass der Pressesprecher der Parkschützer – Herr von Herrmann heißt er, glaube ich –

(Heiterkeit bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP  
– Zuruf: Noch nie gesehen, gell?)

– ich wollte nur wissen, ob Sie noch bei der Sache sind – mit der Einsatzleitung telefonisch über dieses Schreiben und die Tatsache, dass keine Bäume gefällt werden sollten, sprach.

Haben Sie oder hat die Behörde diese Informationen auch an die Einsatzleitung weitergegeben, oder hatten Sie dies aus diesen faktischen Gründen für nicht notwendig erachtet?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dass der Herrmann angerufen hat?)

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Ich weise noch einmal darauf hin, dass es im Nachgang zur Vorlage dieses Schreibens zu einem Gespräch zwischen der Deutschen Bahn Projektbau und dem Eisenbahn-Bundesamt gekommen ist, bei dem die Fragen, die das Eisenbahn-Bundesamt aufgeworfen hat, beantwortet worden sind. Insofern gab es aus unserer Sicht – wie gesagt, ich war darüber nicht im Einzelnen informiert – diese Notwendigkeit nicht. Ich weiß nicht, ob hier entsprechende Gespräche stattgefunden haben.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herrmann für eine Zusatzfrage.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist ein anderer Herrmann!)

**Abg. Klaus Herrmann CDU:** Frau Präsidentin, ich möchte zuerst darauf hinweisen, dass ich mit Herrn von Herrmann nichts zu tun habe.

Nun zu meiner Frage: Frau Ministerin, ist es richtig, dass zu Beginn der Baumfällaktion am Morgen des 1. Oktober alle Abwägungen so getroffen wurden, dass nach Ihrer Kenntnis die Baumfällaktion rechtens war?

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Das Eisenbahn-Bundesamt hat in seiner Pressemitteilung selbst gesagt, dass es keinen Stopp für Baumfällarbeiten angeordnet hat. Insofern kann ich die Frage mit Ja beantworten.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pix für eine Zusatzfrage.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Inwieweit waren die Landesbehörden überhaupt in das Gespräch zu naturschutzrechtlichen Auflagen mit dem EBA bzw. mit der Bahn eingebunden?

(Abg. Rainer Stickleberger SPD: Am 30. September!)

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Ich habe vorgetragen, dass es Gespräche zwischen dem EBA und der DB Projektbau gegeben hat. Insofern waren es Gespräche zwischen denjenigen, die Genehmigungsträger sind, und denjenigen, die Inhaber der Genehmigung sind. Wir waren – zumindest nach meinem Kenntnisstand – dort nicht einbezogen, was aus meiner Sicht im Übrigen auch nicht die Aufgabe der Landesbehörde gewesen wäre; das kommt erschwerend hinzu.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wissen aber nicht alle!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Zusatzfragen. – Doch. Frau Abg. Dr. Splett, Sie haben noch eine Frage.

**Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE:** Danke. – Ich komme darauf zurück, dass Sie, Frau Ministerin, soeben gesagt haben, das EBA habe keinen Stopp der Baumfällarbeiten angeordnet. Aber es hat, soweit ich weiß, die Baumfällarbeiten auch nicht freigegeben. Insbesondere ist mir noch immer nicht klar, wie man die Baumfällarbeiten beginnen konnte, obwohl die verbindliche Nebenbestimmung aus dem Planfeststellungsbeschluss auf Vorlage eines Ausführungsplans nicht erfüllt war. Würden Sie bitte vor diesem Hintergrund noch einmal die Rechtmäßigkeit der Baumfällarbeiten bewerten.

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Zunächst einmal teile ich nicht Ihre Wertung, dass die dort aufgeführten Bestimmungen nicht erfüllt waren. Ich habe vorhin vorgetragen, dass die entsprechenden Unterlagen dann vorzulegen sind, wenn die Baumfällarbeiten zu relevanten Beeinträchtigungen aus landschaftspflegerischer Sicht führen können.

Hinzu kommt, dass auch in der Pressemitteilung des Eisenbahn-Bundesamts ausdrücklich festgehalten ist, dass es einer Zustimmung des EBA zur Baumfällung nicht bedurfte. Ich glaube, damit ist Ihre Frage beantwortet.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abg. Rastätter, bitte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie fragt jetzt den Schülerteil ab!)

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Frau Ministerin, welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zum Vorkommen des Juchtenkäfers im Schlossgarten?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Trifft es zu, dass dem Regierungspräsidium von der Bahn erst am 30. September ein Gutachten vorgelegt wurde, das bereits

(Renate Rastätter)

im August erstellt wurde und wichtige Aussagen zum Vorkommen des Juchtenkäfers enthält?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der ist bei dem Lärm der Trillerpfeifen weggefliegen! – Abg. Thomas Blenke CDU: Der hält die Vuvuzelas nicht aus! – Abg. Albrecht Fischer CDU: Der hat die Vuvuzelas nicht ausgehalten! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jimmy ist doch die Vuvuzela!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Frau Ministerin Gönner.

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Es trifft zu, dass es ein Gutachten aus dem August gibt, in dem die Untersuchung, die erforderlich war, aufgezeichnet ist. Wann dieses dem Regierungspräsidium übergeben wurde, ist mir nicht bekannt. Aber aus diesem Gutachten ergibt sich auch, dass die Betroffenheit in diesem Bereich, in dem die Fällung stattgefunden hat, so war, dass man eine Fällung vornehmen konnte. Das heißt, es ging darum, dass eine ökologische Baubegleitung notwendig war, die vor der Fällung noch einmal das Vorkommen der geschützten Arten untersucht hat.

In einem Baum wurden Juchtenkäferlarven gefunden. Dieser Baum wurde entsprechend vorsichtig gefällt.

(Heiterkeit – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie geht denn das?)

– Fragen Sie das den Ökologen, der dabei war, lieber Herr Schmiedel.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sind Juchtenkäfer eigentlich lärmempfindlich? Sind die lärmempfindlich gegen Vuvuzelas? – Unruhe)

– Ich freue mich, dass dieses Thema zu einer solchen Belustigung führt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben doch den Begriff „vorsichtig gefällt“ eingeführt! Dann müssen Sie doch auch wissen, was das bedeutet!)

– Herr Schmiedel, ich habe es nur eingeführt und habe gesagt: Fragen Sie den Ökologen, der als entsprechender Sachverständiger mit auf der Baustelle war und dann auch Sorge dafür getragen hat, dass die Baumabschnitte mit Juchtenkäferlarven so geborgen wurden, dass die Larven keinen Schaden genommen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Albrecht Fischer CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wo ist dieser Baum jetzt?)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Pix, Sie haben das Wort für eine zweite Zusatzfrage.

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

Herr Abg. Pix, ich habe Ihnen bereits das Wort erteilt.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Frau Ministerin, können Sie mir sagen, wo sich diese Baumabschnitte jetzt befinden

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: In der Wilhelma! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt macht ihr euch allmählich lächerlich!)

und was mit den von den Juchtenkäferlarven besetzten Baumabschnitten geschehen ist?

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Herr Pix, um es ganz ehrlich zu sagen: Es stellt sich die Frage, ob es die Aufgabe einer Ministerin ist, genau dies dann auch nachzuvollziehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Genau! Richtig! – Abg. Klaus Herrmann CDU zu den Grünen: Da könnt ihr Patenschaften übernehmen, anstatt zu demonstrieren!)

Ich bin allerdings gern bereit, diese Antwort schriftlich nachzureichen.

(Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

Da keine weiteren Mündlichen Anfragen vorliegen, ist die Fragestunde beendet und damit Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe nun **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 14/6866**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten je Fraktion, für die Aussprache ebenfalls fünf Minuten je Fraktion, wobei bei Letzterem gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger für die Fraktion der SPD.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion bringt heute zusammen mit der Fraktion GRÜNE einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung ein. Er hat zum Inhalt, die Mitwirkungsrechte der Bürger in unserem Land auf Landesebene über die Verfassung neu zu gestalten und weiterzuentwickeln. Konkret geht es um die Veränderung der Bestimmungen zum Volksbegehren und zur Volksabstimmung. Neu in unserem Gesetzentwurf ist der Vorschlag einer Volksinitiative.

Wie Sie wissen, gibt es derzeit für Volksbegehren und Volksentscheide hohe Hürden. Will man in Baden-Württemberg ein Volksbegehren durchführen, braucht man bislang ein Sechstel der Wahlberechtigten. Das sind über 1,2 Millionen Bürger im Land. Allein das zeigt, dass ein Volksbegehren sehr schwer durchführbar ist. Die nötigen Unterschriften müssen innerhalb von zwei Wochen in Rathäusern oder in anderen öffentlichen Dienststellen gesammelt werden. Das ist schier unmöglich.

(Rainer Stichelberger)

Eine solche Beteiligung von Bürgern besteht eigentlich nur auf dem Papier. Das reicht uns nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ähnliches setzt sich fort, was die entsprechenden Quoren bei einer Volksabstimmung – sofern es überhaupt zu ihr kommt – angeht. Diese sind ebenfalls zu hoch.

Unser Vorschlag sieht deshalb vor, für Volksbegehren das Quorum auf 5 % der Wahlberechtigten zu senken. Das sind immerhin noch 375 000 Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, also sehr viele.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Für die Volksabstimmung wollen wir das Quorum entfallen lassen. Lediglich dann, wenn es um eine Änderung der Verfassung geht, soll natürlich noch ein Quorum von 25 % aufrechterhalten bleiben. Bei Volksentscheiden über Gesetze soll es kein Quorum mehr geben. Wir glauben, dass auch bei unserer Regelung die Hürden für ein Volksbegehren noch immer so hoch sind, dass man dann beim Volksentscheid auf die entsprechenden Quoren – jedenfalls beim Entscheiden über Gesetze – verzichten kann.

Neu in unserem Gesetzentwurf ist die Volksinitiative, die es ermöglicht, dass Gegenstände der politischen Willensbildung, sofern sie das Land betreffen, durch mehr als 10 000 Mitwirkende in den Landtag getragen werden und diese Themen dann, wenn die parlamentarischen Verfahren nicht zum Erfolg führen, auch über ein Volksbegehren weitergeführt werden.

Wir glauben, in Baden-Württemberg ist es an der Zeit, die Vorschriften für mehr Bürgerbeteiligung und -mitwirkung auf Landesebene entsprechend zu liberalisieren. Baden-Württemberg gehört, was die Beteiligung von Bürgern angeht, leider zu den Schlusslichtern in Deutschland. In Bayern haben wir andere Verhältnisse. Sie erinnern sich an das jüngste Volksbegehren und den Volksentscheid zum Rauchverbot. Allein in Bayern haben wir in den letzten Jahren bei 19 Volksbegehren sechs Volksentscheide gehabt – in Baden-Württemberg nicht einen. Andere Bundesländer sind uns da voraus. Wir plädieren dafür, die Mitwirkungsmöglichkeiten für unsere Bürger zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Derzeit findet im Durchschnitt, legt man einmal die Statistik, die es bisher gibt, zugrunde, pro Bundesland nur alle 35 Jahre ein Volksentscheid statt. Das wollen wir abstellen.

Ich kenne natürlich die Einwände, die es gibt. Das ist zum einen der Einwand, hier würden an der repräsentativen Demokratie Abstriche gemacht, sie würde beschädigt. Es gibt aber auch Einwände bezüglich der Wahlbeteiligung. All diese Einwände sind so alt wie unsere Vorstöße, die Vorstöße der Grünen und auch unsere Vorstöße in den letzten Jahren. Wir haben hier schon Gesetzentwürfe gleichen Inhalts eingebracht. Sie wurden von Ihnen leider immer abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Ich möchte mich aber trotzdem zu einem Gesichtspunkt äußern, nämlich dem der repräsentativen Demokratie. Dieser Gesichtspunkt wird unseren Aktivitäten immer entgegenge-

halten. Wir halten die Liberalisierung und die Erweiterung der bürgerlichen Mitwirkungsmöglichkeiten für eine notwendige Ergänzung des repräsentativen Mitwirkungssystems, des repräsentativen Entscheidungssystems, das wir in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg haben. Wir gehen nicht davon aus, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern unserer repräsentativen Demokratie schadet. Wir glauben eher, sie nützt ihr, sie unterstützt die repräsentative Demokratie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Wir haben in den letzten Tagen und Wochen viel über die Beteiligung des Volkes gesprochen. Repräsentative Demokratie lebt davon – das ist auch hier in diesem Haus gesagt worden –, dass die Vertreter dieses Systems glaubwürdig sind. Hier muss mehr Überzeugungsarbeit als früher geleistet werden. Es reicht nicht aus, allein auf formale Verfahren – selbst wenn sie rechtsstaatlich sind; das ziehe ich gar nicht in Zweifel – zu verweisen. Es ist wichtig, den Bürger frühzeitig zu beteiligen und ihm auch eine Mitentscheidungsmöglichkeit zu geben.

Sie werden doch nicht ernsthaft behaupten wollen, dass die repräsentative Demokratie in Bayern durch die vermehrte Zulassung von Volksentscheiden gelitten hätte – im Gegenteil. Wir halten das für notwendig, und ich glaube, Beispiele aus anderen Bundesländern, aber auch aus Nachbarländern geben uns recht, insbesondere das Schweizer Modell, auf das wir vielleicht noch kommen.

Es ist in Baden-Württemberg an der Zeit, den Bürgern im Land die Chance zu geben, aktiv mitzuwirken und vor allem mitzuentcheiden – im Interesse unserer repräsentativen Demokratie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihr Gesetzentwurf hat aber nichts mit Stuttgart 21 zu tun?)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wollen mehr Mitsprache: Sie wollen gehört werden, sie wollen ernst genommen werden, und sie wollen zumindest bei wichtigen Grundsatzentscheidungen über die Zukunft unseres Landes mitreden. Das ist das Gebot dieser Tage, dieser Monate; das machen viele Umfragen deutlich. Deshalb passt der gemeinsame Gesetzentwurf von SPD und Grünen in diese Zeit; er gibt genau die richtige Antwort.

Wir müssen, auch wenn wir fast schon am Ende dieser 14. Wahlperiode sind, endlich zu einer vernünftigen Reform beim Thema Volksbegehren und bezüglich der Mitwirkungsmöglichkeiten auch auf Landesebene kommen. Dazu ist unser gemeinsamer Gesetzentwurf ein Angebot. Er ist ein Angebot an die Regierungsfractionen, in Gespräche einzutreten, um dem Landtag in einer zweiten Lesung – selbstverständlich noch in diesem Jahr – ein gutes und überzeugendes Angebot vorlegen zu können.

Wir haben kein Interesse daran, das übliche Ritual abzuspuhlen: Ausschuss, Pflichtberatung: abgelehnt; zweite Lesung:



(Hans-Ulrich Sckerl)

abgelehnt. Wir wollen, dass die Zeichen der Zeit erkannt werden, meine Damen und Herren, und wir wollen endlich für substantielle Änderungen bei den Mitsprachemöglichkeiten unserer Bürgerinnen und Bürger sorgen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dazu brauchen wir, Herr Innenminister, eine Reform, die diesen Namen auch wirklich verdient. Was Sie Anfang dieses Jahres vorgelegt haben, verdient den Namen „Reform“ nicht. Denn es reicht eben nicht aus, am Ende, bei der eigentlichen Volksabstimmung selbst, das Quorum abzusenken, die hohen Hürden am Anfang aber unverändert zu lassen. Was nützt es, wenn man von dem Berg, auf den man erst gar nicht hinaufkommt, etwas sanfter hinabrutschen kann? Die Steilwand wird etwas sanfter für das Hinabsteigen gestaltet, aber sie bleibt beim Hochklettern unverändert steil.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sind Sie Bergsteiger? – Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Hürden für ein Volksbegehren auf Landesebene sind erkennbar unüberwindlich. Deswegen gab es seit 1974 auch keinen einzigen ernsthaften Versuch eines Volksbegehrens. Selbst Großorganisationen wie der Deutsche Gewerkschaftsbund sagen: „Das schaffen wir nicht. Das ist eine Zumutung. 1,25 Millionen Bürgerinnen und Bürger binnen 14 Tagen ohne amtliche Bekanntmachung, ohne offizielle Aufforderung, dass es um eine Volksabstimmung geht, zu mobilisieren, auf die Amtsstuben zu gehen, ist nicht möglich.“ Deshalb müssen hier Reformen her.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Kollege Stickelberger hat zu Recht gesagt: Im Ranking schneiden wir verdammt schlecht ab. Das muss doch jeden anständigen CDU-Abgeordneten verdammt jucken.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Baden-Württemberg ist doch nach Ihrer Lesart immer spitze. Aber beim Volksbegehren, bei der Bürgermitwirkung sind wir im Vergleich der Bundesländer aktuell auf Platz 15.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Abstiegsplatz! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil die Leute mit uns zufrieden sind!)

Hinter uns ist nur noch das Saarland – auf Platz 16.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Im aktuellen Ranking von „Mehr Demokratie“, einer wichtigen Vereinigung auf Bundesebene, erhält Baden-Württemberg hinsichtlich der direkten Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern die Note „mangelhaft“.

Unsere Landesverfassung und die Ausführungsgesetze sind in diesem Punkt Volksbegehrenverhinderungsgesetze, aber keine bürgerfreundlichen Mitwirkungsgesetze. Das müssen wir ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es hat keinen Sinn, zu glauben, die repräsentative Demokratie, die man mit der Gründung der Bundesrepublik oder des Landes Baden-Württemberg geschaffen hat, könne einfach immer völlig unverändert in die nächsten Jahre und Jahrzehnte überführt werden. Wir erleben es doch aktuell: Dieses Demokratiemodell hat sich restlos verbraucht.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Monika Chef FDP/DVP: Was? – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Frechheit! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt hat er die Katze aus dem Sack gelassen!)

– Jetzt hören Sie doch erst einmal zu.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie wollen eine andere Republik!)

Wir brauchen Maßnahmen, um unsere Demokratie wieder lebendig und attraktiv zu machen

(Zurufe von der SPD: Ah!)

und aus ihrem verstaubten Dasein herauszuholen. Nicht an alten Ritualen festhalten, sondern die Bürgerinnen und Bürger auf die Reise in die Zukunft mitnehmen; das wird letztendlich auch dem Landtag selbst nutzen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ihr werdet lange allein sein!)

Es wird die repräsentative Demokratie wieder attraktiv machen, wenn der Bürger mehr mitgestalten kann.

(Abg. Karl Klein CDU: Das ist ein Traum!)

Deshalb will unser Gesetzentwurf keine Ablösung der repräsentativen Demokratie, sondern ein notwendiges Korrektiv, meine Damen und Herren. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Albrecht Fischer CDU: Dafür haben wir Wählen: als Korrektiv!)

Deswegen muss eine Politik, die immer nur die Verhinderung von Bürgermitwirkung parat hat, aufhören.

Ich habe hohen Respekt vor den Gutachten, die die Landesregierung gestern präsentiert hat. Wir werden sie uns auch noch ausführlich anschauen. Hier haben sich zwei renommierte Verfassungsrechtler geäußert. Aber ihre politische Botschaft lautet dennoch: „Es gibt nichts, liebe Bürgerinnen und Bürger. Wir haben nicht den politischen Willen dazu, dass ihr künftig mitwirken könnt.“ Diese Botschaft kommt draußen verheerend an. Wir müssen das ändern.

Zu Einzelheiten hat Kollege Stickelberger schon einiges gesagt. Wir können das gern in der zweiten Runde vertiefen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mack für die Fraktion der CDU.



**Abg. Winfried Mack** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Deutschland und in Baden-Württemberg ist der Staat als repräsentative Demokratie ausgestaltet. Herr Sckerl hat gerade gesagt: Bürger wollen Mitsprache. Ja, Herr Sckerl. Ich glaube, es ist Allgemeingut: Bürger sind zur Mitsprache in der repräsentativen Demokratie geradezu aufgefordert.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Das Modell unserer repräsentativen Demokratie ist lebendig und nicht überholt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Unsere Landesverfassung von 1953 folgt dem Vorbild des Grundgesetzes. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes wie auch der Landesverfassung waren geprägt von den Erfahrungen der Weimarer Republik mit ihren Referenden. Die Möglichkeit, auch Referenden abzuhalten, kam durch Conrad Haußmann, den Vorsitzenden des Verfassungsausschusses der Weimarer Nationalversammlung, in die Weimarer Verfassung.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Guter Mann!)

Haußmann wurde eine gewisse Vorliebe für das Schweizer System nachgesagt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Guter Mann!)

Das erste Referendum wurde 1926 von SPD und KPD eingebracht und zielte auf die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürstenhäuser.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wurde abgelehnt! – Abg. Thomas Blenke CDU: Da war der Herr von Herrmann auch dabei!)

– Langsam. – Das Referendum scheiterte; das Ergebnis war aber nach Meinung des damaligen parteilosen Kanzlers Luther ein „ungeheures Sprengpulver, das in das Volk hineingeworfen worden ist“.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das einzige Referendum, und das wurde abgelehnt! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Nein, es gab mehr! Geschichte „mangelhaft“, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

– Nein, es gab ein zweites Referendum, nämlich ein von der NSDAP, den Deutschnationalen, dem Stahlhelm und dem Alldeutschen Verband initiiertes Volksentscheid gegen den Young-Plan. Dieses Referendum scheiterte im Dezember 1929 ebenfalls.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das fällt bei dieser Rede schwer! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Eine sehr gute Rede!)

**Abg. Winfried Mack** CDU: Es bot den beteiligten Gruppen aber die Möglichkeit, gegen den Versailler Vertrag und die sogenannten Erfüllungspolitiker zu agitieren, welche den Reparationsforderungen der Siegermächte des Ersten Weltkriegs nachkommen wollten.

Diese beiden Beispiele zeigen: Direktdemokratische Elemente sind nicht unbedingt dazu angetan, zu den Ergebnissen zu führen, die uns von Bilderbuchautoren vorgeführt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr richtig! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Schaut einmal nach Bayern! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger?

**Abg. Winfried Mack** CDU: Nein, die gestatte ich im Moment nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie gefährlich ist Bayern?)

Direkte Demokratie kann Populismus und Polemik massiv fördern.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Denken Sie nur an die vielen gescheiterten Referenden in der Schweiz zu europäischen Fragen und zur Europäischen Union.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gehen wir doch einmal nach Bayern! Sie sind doch schon ein Fan von Bayern!)

Erinnern wir uns, Herr Kollege, an die Abstimmung in der Schweiz zum Minarettverbot vor knapp einem Jahr, eingebracht von der SVP und der Kleinpartei Eidgenössisch-Demokratische Union. Alle anderen Schweizer Parteien – alle anderen! – hatten sich dagegen ausgesprochen. Aber gut 57 % der Bevölkerung in der Schweiz haben dafür gestimmt, Artikel 57 der Schweizer Verfassung – dieser Artikel klärt das Verhältnis zwischen Religion und Staat – folgendermaßen zu ändern: Das Bauverbot für Minarette soll als „geeignete Maßnahme zur Wahrung des Friedens zwischen den Mitgliedern unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften“ festgeschrieben werden.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

Hinterher wurde gesagt, der Erfolg der Initiatoren sei völlig überraschend gekommen. Wer aber die Plakate der Befürworter genau angeschaut hat – eine Frau im schwarzen Tschador vor einer Schweizer Fahne mit raketenähnlichen Minaretten; jeder von uns erinnert sich noch an dieses Plakat –, musste mit diesem Ergebnis rechnen. Ein einziges Plakat hat damals die Emotionen so hochkochen lassen, dass alle Sachargumente bei der Entscheidungsfindung nichts, aber auch gar nichts mehr gegolten haben.

Wollen wir das riskieren?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein Generalangriff auf die Schweiz!)

(Winfried Mack)

Sind wir in den vergangenen 57 Jahren nicht vielmehr mit unserer repräsentativen Demokratie gut gefahren?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! Richtig!)

Ein Volksentscheid führt auch nicht automatisch zu einer Befriedung in der Bevölkerung. Im Gegenteil: Nach einem erbittert geführten politischen Kampf kann eine tiefe Spaltung der Gesellschaft zurückbleiben.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das kann auch bei Wahlen passieren! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Es ist noch lange nicht gesagt, dass die Ergebnisse dann auch von allen politischen Gruppierungen anerkannt werden. So haben die Schweizer Grünen angekündigt,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sind das auch Neinsager?)

gegen die Minarettentscheidung und gegen das Votum des eigenen Volkes den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg anzurufen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Klaus Herrmann CDU: Aha! Das machen die Grünen so, wie es ihnen passt! – Abg. Thomas Blenke CDU: Die Grünen haben die Wahrheit gepachtet; das meinen sie!)

Theodor Heuss von den Liberalen – auch ein guter Mann, Herr Kollege –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ein sehr guter Mann!)

hat formuliert:

*Eine Volksinitiative ist eine Prämie für jeden Demagogen.*

Dem Demagogen geht es nicht darum, im ersten Anlauf bei einer Volksabstimmung zu siegen. Er findet aber in dem Volksbegehren die Plattform, um seine Botschaften, seine Polemik zu platzieren und sich mediale Aufmerksamkeit zu sichern,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Würden Sie diese Rede auch in Bayern halten?)

die er sonst nie und nimmer bekommen würde.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wissen Sie eigentlich, was Sie da sagen? – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Angst vor der Bevölkerung ist das!)

– Vielleicht könnt ihr ein bisschen ruhiger sein. Jetzt hört ihr mir zu; wir hören euch auch zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das fällt uns sehr schwer!)

Deshalb möchte ich davor warnen, das zu beschließen, was uns SPD und Grüne in diesem Gesetzentwurf vorschlagen: eine Verankerung der Volksinitiative – Herr Stickelberger hat es erläutert – in unserer Landesverfassung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bayerische Verhältnisse!)

Danach wäre der Landtag verpflichtet, binnen sechs Monaten über den Gegenstand einer jeden Volksinitiative einen Beschluss zu fassen. 10 000 Unterschriften sollen ausreichen, um irgendeine Initiative ins Parlament einzubringen. Ich frage mich: Wieso soll ich dann noch in eine Partei eintreten, in der ich zunächst einmal viele von meiner Position überzeugen muss, ehe die Fraktion meiner Partei den Vorschlag ins Parlament einbringt?

10 000 Unterschriften sind schnell zu bekommen – für ein Minarettverbot ganz schnell.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Haben Sie Unterschriften in dieser Zahl schon einmal eingesammelt? Das kann bloß jemand sagen, der das noch nie gemacht hat!)

Das ist nur eine Frage des organisatorischen Geschicks.

Es würde der politischen Kultur und dem inneren Frieden in unserem Land nicht guttun, wenn wir den Demagogen ständig ihre Prämie auszahlen müssten.

(Beifall bei der CDU)

Zusammenfassend möchte ich für meine Fraktion sagen: Das Instrument einer Volksinitiative, wie es vorgeschlagen ist, lehnen wir ab.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Volksbegehren und Volksabstimmung sind in unserer Verfassung seit 1974 verankert. Diese plebiszitären Elemente ergänzen unsere repräsentative Demokratie.

Im Koalitionsvertrag haben wir eine Senkung des Quorums für eine erfolgreiche Volksabstimmung von einem Drittel auf ein Viertel der Wahlberechtigten vereinbart. Für diesen Vorschlag hat sich aber bisher hier im Haus keine verfassungsändernde Mehrheit gefunden. Damit bleibt es vorerst bei der verfassungsrechtlich gültigen Regelung.

Wir haben nichts gegen plebiszitäre Elemente in einem vernünftigen Umfang.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum dann die ganze Vorrede?)

Die CDU bekennt sich aber zur repräsentativen Demokratie als einer grundlegenden Festlegung unserer Verfassung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Da müssen ja die Liberalen protestieren!)

**Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir Liberalen nehmen die Bestimmungen von Grundgesetz und Landesverfassung ernst,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

(Hagen Kluck)

in denen es heißt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und dass das Volk diese Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen ausübt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Die Bestimmungen sind eindeutig.

Im Landtagswahlprogramm fordert die FDP/DVP den Ausbau der in der Landesverfassung vorgesehenen Möglichkeit des Volksbegehrens und der Volksabstimmung. Nach Auffassung der Liberalen soll es für das Zustandekommen eines Volksbegehrens künftig ausreichen, wenn es von mindestens 10 % der Wahlberechtigten gestellt wird. Ein zur Volksabstimmung gestelltes Gesetz soll beschlossen sein, wenn es die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen findet und diese Mehrheit mindestens 20 % der Stimmberechtigten ausmacht.

Leider verfügen wir – das wird auf absehbare Zeit auch so bleiben – in diesem Parlament nicht über die Zweidrittelmehrheit.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ihr müsst halt richtig kämpfen!)

Weil das so ist, müssen wir uns mit kleinen Schritten zufriedengeben.

Wir haben bei der Bildung dieser Landesregierung in Sachen direkter Demokratie einen Kompromiss mit der CDU geschlossen. Immerhin haben wir überhaupt einen Kompromiss zustande gebracht. Solange Sie, meine Damen und Herren von der SPD, hier mitregiert haben, haben Sie in dieser Richtung gar nichts zustande gebracht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben immerhin als Kompromiss erreicht – Kollege Mack hat es gerade erläutert –, dass das Zustandekommen ein Sechstel der Stimmberechtigten erfordert, aber dass die Mehrheit der Stimmen nur mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten ausmachen muss. Diesen ersten Schritt zu mehr direkter Demokratie könnten wir in dieser Legislaturperiode noch durchsetzen –

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

es sei denn, für die derzeitige Initiative zur Auflösung des Landtags wäre schnell die erforderliche Zahl der Unterschriften beisammen. Danach sieht es aber nicht aus. Diesen ersten Schritt könnten wir also durchsetzen, wenn wir dafür eine Zweidrittelmehrheit bekommen würden.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Leider weigern sich SPD und Grüne, hier mitzumachen.

(Abg. Stephan Braun SPD: Wo haben Sie denn den Gesetzentwurf, Herr Kollege? – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Stattdessen wollen Sie mit dem vorliegenden Gesetzentwurf das schon jetzt mögliche Volksbegehren zu einer Volksinitiative aufwerten. Das ist schon gesagt worden. Aber der Kolle-

ge Mack hat deutlich gemacht, dass die Christdemokraten da nicht mitmachen. Die brauchen wir aber, egal, wie es ist, um eine verfassungsändernde Mehrheit zu bekommen. Deswegen hilft es nichts: Wir können uns dem Ziel von mehr direkter Demokratie nur in mehreren kleineren Schritten nähern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber statt dies zu tun, verfolgen Sozialdemokraten und Grüne eine Politik nach dem Motto „Alles oder nichts“.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Oh!)

Der Gesetzentwurf, den Sie vorgelegt haben, ist deshalb nichts anderes als ein reiner Schauantrag.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deswegen lehnt die FDP/DVP-Fraktion ihn ab. Uns Liberalen ist direkte Demokratie zu wichtig,

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Was machen wir denn jetzt für eine Schaufensterrede?)

als dass wir angesichts der Demonstrationen – das ist Ihre Absicht – gegen die Bahnhofsverbesserung in Stuttgart und die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm Schindluder damit treiben. Dazu ist dieses Thema zu wichtig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Botschaft heißt: Die FDP ist gegen mehr Beteiligung!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, die FDP bekennt sich zur repräsentativen Demokratie. Diese wollen wir aber auf allen politischen Ebenen um Elemente der direkten Demokratie bereichern. Bürgerinnen und Bürger müssen sich besonders in ihrem unmittelbaren Umfeld stärker an Entscheidungen beteiligen können. Deshalb setzen wir Liberalen uns für Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerbefragungen auf Landes- und auf Bundesebene ein.

Auf kommunaler Ebene haben wir dazu in Baden-Württemberg bereits Hürden abbauen können.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann macht doch mit!)

Nur gemeinsam können wir solche positiven Veränderungen auch auf Landesebene verwirklichen. Lassen Sie uns das gemeinsam angehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Also, Zustimmung!)

Aber Ihnen geht es nicht um Gemeinsamkeit. Sie wollen nur wieder spalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mack, Ihren Vergleich des Gesetzentwurfs der Grünen und der Sozialdemokraten mit

(Rainer Stichelberger)

Vorstößen radikaler Gruppen insbesondere aus dem Nazi-deutschland halten wir schlicht für geschmacklos.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Aus der Weimarer Zeit! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Mit den Beispielen, die Sie genannt haben, haben Sie uns in einen Topf geworfen mit Gesinnungen, mit Handlungsweisen, mit einem System, das wir als Sozialdemokraten – das nehmen auch die Grünen zu Recht für sich in Anspruch – immer abgelehnt haben. Gerade unsere Partei hat unter diesem System, wie allgemein bekannt ist, hinreichend gelitten.

Herr Kluck und Herr Mack, aus Ihren beiden Beiträgen spricht eigentlich die nackte Angst vor dem Bürger.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Albrecht Fischer CDU: Das ist weit hergeholt!)

Ich habe Ihren beiden Beiträgen nur Skepsis und die Angst vor Entscheidungen entnommen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Trauen Sie unseren Bürgern eigentlich nicht zu, hier an der Gestaltung von politischen Entscheidungen entscheidend mitzuwirken? Warum gründen Sie Ihre Meinung nur auf Misstrauen gegenüber dem Bürger? Wir vertrauen unseren Bürgern.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir auch!)

Wir muten ihnen aber auch einiges zu.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Mitbestimmung auf Landesebene wie auf kommunaler Ebene setzt Verantwortung und Engagement voraus. Die Hürden sind auch nach unserem Gesetzentwurf noch immer sehr, sehr hoch.

Missbrauchsgefahr besteht nach unserer Meinung nicht. Deshalb halten wir es für ein Gebot der Stunde, die Bürger unseres Landes zu beteiligen und ihnen nicht mit Misstrauen zu begegnen.

Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit, meine lieben Kollegen. Wenn man die Diskussionen in den letzten Jahren und insbesondere in den letzten Wochen verfolgt hat, fühlte man sich bei Ihren Beiträgen um 30 Jahre zurückversetzt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich komme aus einem Wahlkreis, der unmittelbar an die Schweiz grenzt. Dort erlebe ich fast täglich, wie sich Bürgerinnen und Bürger in die politischen Diskussionen auf kantonaler Ebene und auf Bundesebene einbringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Dort herrscht eine Beteiligungskultur, die sich natürlich entwickeln muss. Diese hat übrigens auch Haushaltsgesetze und Kreditbewilligungen zum Gegenstand. Dabei leisten auch die

Medien einen ganz wichtigen Beitrag zu dieser Entscheidungskultur.

Ich glaube, diese Beispiele aus dem benachbarten Ausland – auch wenn es ein kleines Land ist – und die Praxis unserer Nachbarbundesländer machen uns Hoffnung, dass wir mit dem, was wir jetzt vorschlagen, auf einem guten Weg sind.

Herr Kluck, wenn Sie kritisieren, dass wir Ihren bescheidenen Vorschlag für eine Senkung des Quorums bei einem Volksentscheid ablehnen würden, muss ich entgegenen, dass Sie nicht einmal einen Gesetzentwurf eingebracht haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Haben wir doch! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Daran müsst ihr noch arbeiten! – Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Minarette!)

Wir setzen uns gern damit auseinander. Aber das, was Sie vorschlagen, ist ein reines Placebo. Denn die Musik spielt im Rahmen eines Volksbegehrens. Wenn die Hürden dafür zu hoch sind, nützt Ihnen die Senkung des Quorums bei einem Volksentscheid nichts.

Fazit: Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu. Er ist auf der Höhe der Zeit. Er nimmt Verbesserungen im Hinblick auf eine Mitwirkung auf landespolitischer Ebene für die Bürgerinnen und Bürger vor. Es ist jetzt Zeit, zu handeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Ich erteile Herrn Abg. Sckerl das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Kollegen Mack haben den Diskussions- und den Gesprächsbedarf deutlich gemacht.

Vieles, was Sie gesagt haben, kann in der Sache nicht stehen bleiben und ist historisch völlig unzulässig. Da schließe ich mich nahtlos Herrn Kollegen Stichelberger an. Ich muss mich auch entschieden dagegen verwahren, hier mit radikalen Kräften verglichen zu werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

– Herr Mack, es kam so herüber.

(Abg. Winfried Mack CDU: Unsinn! Völliger Unsinn! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Nein! – Gegenruf der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE)

Dann haben Sie nachher vielleicht Gelegenheit zur Korrektur; sie wäre dringend notwendig. Tut mir leid.

Zu Ihrem Beispiel mit der Volksabstimmung in der Schweiz über ein Verbot des Baus von Minaretten: Entschuldigung, bei uns genießt religiöse Betätigung Grundrechtsschutz und wird deshalb nicht Gegenstand eines Volksbegehrens sein – auf Landesebene schon gar nicht. Sie haben auch hier einen völlig unzulässigen Vergleich angestellt.



(Hans-Ulrich Sckerl)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Zurufe von der CDU – Unruhe)

Es geht bei einem Volksbegehren auf der Ebene Baden-Württembergs immer um Angelegenheiten des Landes. Diese sind klar definiert. Jeder Abgeordnete kennt sie. Abgabengesetze, Besoldungsfragen und das Haushaltsgesetz sind dabei von Volksbegehren ausgeschlossen.

Wir orientieren uns an der Volksentscheidsgesetzgebung anderer Bundesländer. In Niedersachsen, Hessen, Sachsen und Bayern regiert die CDU bzw. die CSU. Da gibt es Gesetze über moderne Bürgerbeteiligung auf der Höhe der Zeit. Demgegenüber ist das, was Sie vertreten, wirklich beschämend, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Kluck, die FDP muss ihren Wählerinnen und Wählern erklären, wieso sie hinter die bundesdeutschen Mindeststandards und -formen der direkten Demokratie zurückfällt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das tun wir doch gar nicht! Sie können nicht zuhören! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

– Doch, Herr Kluck. – Sie müssen schon die Frage beantworten, was Ihr Koalitionsreformchen eigentlich soll, außer eine Placebowirkung zu erzielen, wenn ich eine Volksabstimmung erst gar nicht erreiche. Sie müssen vorn reformieren – vorn und nochmals vorn! Sie müssen die Höhe der Quoren bei einem Volksbegehren absenken. Dann können wir gern über die Höhe des Zustimmungsquorums „hinten“, bei der Volksabstimmung, reden, z. B. darüber, ob man 33 % oder 25 % nimmt.

Ich habe gesagt: Wir machen Ihnen ein Angebot. Nehmen Sie das doch bitte einmal ernst, und lassen Sie uns ins Gespräch kommen. Da ist vieles vorstellbar und verhandelbar. Bei einer schroffen Ablehnung werden wir natürlich – die SPD genauso wie wir – unsere Vorstellungen auch in der Öffentlichkeit, auch im Wahlkampf kommunizieren.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Da brauchen Sie nicht unsere Genehmigung! – Zuruf von der CDU: Das könnt ihr ja sowieso machen!)

Ich glaube, dass die guten Argumente und die Bürgerinnen und Bürger in dieser Frage auf unserer Seite sind.

Beschäftigen Sie sich doch einmal – das ist mir auch in diesen Tagen deutlich geworden – mit dem Phänomen, dass ein großes Projekt wie Stuttgart 21, das durch Parlamentsbeschlüsse, Gemeinderatsbeschlüsse, Planfeststellungsbeschlüsse, Gerichtsentscheide ganz sicher legitim zustande gekommen ist – –

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Gut! Sie sind lernfähig!)

– Da muss man überhaupt keinen dummen Beifall klatschen. Das haben wir nie bestritten.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: „Unter falschen Voraussetzungen“, haben Sie

selbst gesagt! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Was heißt hier „dummer Beifall“? Eine Unverschämtheit!  
– Weitere Zurufe von der CDU)

Das haben wir nie bestritten. Trotzdem: Beantworten Sie doch einmal die Frage, warum ein legitimes Projekt keine Legitimation in der Bevölkerung hat, warum Zehntausende jeden Montag und jeden Freitag dagegen auf die Straße gehen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Weil diejenigen hier im Parlament für ihre Beschlüsse nicht einstehen! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Beantworten Sie diese Frage. Beantworten Sie dann auch die Frage, ob die repräsentative Demokratie in ihrer jetzigen Gestalt ohne dieses Korrektiv

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oi!)

der direkten Demokratie in der Lage ist, diese Herausforderungen zu bewältigen, Konflikte zu lösen, Konflikte zu befrieden. Ich sage Nein.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil 30 000 über 10 Millionen bestimmen können! Das ist Ihr Vorschlag!)

Deshalb unser Vorschlag. Die Stärkung der Bürgermitwirkung und -mitbestimmung steht auf der Tagesordnung. Sie wird nicht mehr von der Tagesordnung herunterkommen. Hören Sie rechtzeitig die Zeichen der Zeit. Sonst werden Sie schweren Zeiten entgegengehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie bringen alle drei Jahre den gleichen Antrag!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Sckerl, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Haller?

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Ja.

**Abg. Hans-Martin Haller SPD:** Herr Sckerl, Sie haben erfreulicherweise festgestellt, dass Stuttgart 21 durch legitime Entscheidungen zustande gekommen ist.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Das stand doch nie in Frage.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das war nie bestritten! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

**Abg. Hans-Martin Haller SPD:** Ihr Kollege Kretschmann hat im Juli gesagt, es sei legal, aber nicht legitim zustande gekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das stimmt!)

Ist Ihnen bekannt, ob Herr Kretschmann inzwischen einen Meinungswandel vollzogen hat?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Sckerl hat einen Meinungswandel vollzogen!)

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Nein.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Gut!)

Liebe Kollegen von der CDU, daran könnt ihr euch berauschen, wie ihr wollt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Was soll diese Überheblichkeit?)

Zwischen Herrn Kretschmann und alle anderen Mitglieder der Fraktion GRÜNE passt kein Millimeter, kein Handtuch, gar nichts.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Arrogant!)

Es ist geradezu lächerlich, zu meinen, wir könnten jetzt über die Begriffe „legal“ und „legitim“ streiten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Ich habe gesagt: Es gibt Beschlüsse von Gremien, und es gibt eine Bevölkerung, die das nicht anerkennt, die sagt: Nein, das ist nicht unser Beschluss, das wollen wir nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Teile der Bevölkerung! Eine Minderheit!)

Um diesen Konflikt zu lösen, haben Sie kein Instrument. Deshalb schlagen wir die Ergänzung unserer repräsentativen Demokratie durch Elemente der direkten Demokratie vor, um auch für solche schwierigen Fragen eine Lösung zu haben. Darum geht es. Diese Frage müssen Sie beantworten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Macht das unter euch aus!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Sckerl, gestatten Sie eine weitere Nachfrage, eine Frage des Herrn Abg. Kluck?

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Von Herrn Kluck gern.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Kollege Sckerl, ist Ihnen bekannt, dass sich in der Stadt Reutlingen bei einem Bürgerentscheid 66,6 % der Abstimmenden für die Planung einer neuen Stadthalle ausgesprochen haben und dass die Grünen trotzdem noch immer gegen dieses Projekt sind und versuchen, es ständig zu bekämpfen und ad absurdum zu führen?

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das hat andere Gründe!)

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Herr Kollege Kluck, das ist mir jetzt im Einzelnen nicht bekannt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Dann gehen Sie der Sache einmal nach! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die sind dunkelgrün! Es gibt halt Hellgrüne und Dunkelgrüne! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber ich schließe solche Konflikte nicht aus. Das wäre einfach weltfremd. Konflikte können immer aus einer örtlichen Situation resultieren. Ich meine nur, dass ein Volksentscheid über Stuttgart 21 die besten Voraussetzungen zur Befriedung dieses Konfliktes schaffen würde. Darum geht es, und dazu müssen Sie Ihr Verhalten erklären.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Klärt das untereinander! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber zur Befriedung tragen Sie nichts bei!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Winfried Mack CDU: Halt!)

– Herr Abg. Mack, Sie haben leider keine Redezeit mehr.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben!)

– Eine persönliche Erklärung im Anschluss an die Wortmeldung von Herrn Minister Rech.

Das Wort hat Herr Innenminister Rech.

**Innenminister Heribert Rech:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mich beschäftigen in diesen Tagen manche Fragen sehr intensiv. Eine dieser Fragen hat der Kollege Sckerl zum Schluss seines Beitrags gestellt. Darauf will ich zu Beginn meiner Rede eingehen.

Er hat gefragt, was wir wohl glauben, warum derzeit jede Woche Zehntausende auf die Straße gehen. Herr Sckerl, ich befürchte, wir müssen einmal außerhalb dieser Diskussion unangenehm darüber reden, dass diejenigen, die im Augenblick in diesen aufgeregten Zeiten mit einer medialen Dauererregung auf die Straße gehen, genau das, was Sie mit Ihrem Gesetzentwurf wollen, nicht wollen, nämlich mehr Mitsprache und mehr Mitentscheidung.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Doch! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Genau das!)

Die wollen *a l l e i n* entscheiden und *a l l e i n* reden. Darum geht es.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Quatsch! – Widerspruch bei den Grünen)

Es wurde gesagt, mehr Mitsprache im Sinne Ihres Gesetzentwurfs würde auch dem Landtag nützen. Herr Kollege Stickelberger, dem würde ich zustimmen. Das, was Sie gesagt haben, nehme ich in meinen Überlegungen sehr ernst. Sie haben nämlich gesagt, dass es um eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie geht.

(Abg. Johannes Stober SPD: So ist es!)

Wissen Sie: Was ich gegenwärtig höre, läuft auf etwas ganz anderes hinaus, nämlich auf die Abschaffung der repräsentativen Demokratie.

(Minister Heribert Rech)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Albrecht Fischer CDU: So hat man den Sckerl verstanden!)

– Ja. Sie können das nachlesen. Das ist so.

Jetzt beschäftigt mich zum Dritten die Frage, weshalb wir nicht in der Lage seien – ich sage „wir“, wir alle miteinander; dafür gibt es viele Beispiele; ich bin seit 1992 Mitglied des Landtags –, verfassungsmäßige Fragen von der Aufregtheit der Alltagspolitik zu trennen und Grundsätzliches zu überlegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Johannes Stober SPD: Der Gesetzentwurf wurde vorher eingebracht!)

– Ja, gut.

(Abg. Johannes Stober SPD: Nichts „ja, gut“! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Uraltes Anliegen! Seit Jahrzehnten! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger?

**Innenminister Heribert Rech:** Ja, gern.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Stickelberger, bitte schön.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass wir unabhängig von den Turbulenzen dieser Tage bereits vor acht Jahren eine gleichlautende Gesetzesinitiative eingebracht haben?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Vor jeder Landtagswahl bringen Sie die! Und immer verliert ihr! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Und immer verliert ihr! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber diesmal kommt ihr unter Druck!)

**Innenminister Heribert Rech:** Ja, Herr Kollege Stickelberger, das ist völlig richtig. Dem Kollegen Stickelberger gebe ich recht, wie ich es gern tue. Wo er recht hat, hat er recht. Das war vor acht Jahren; ich gehe gleich noch einmal darauf ein.

Verfassungsfragen sollten aber nicht dem Zeitgeist unterliegen und sollten nicht in solchen Zeitabläufen, wie wir sie gegenwärtig haben, diskutiert werden,

(Abg. Johannes Stober SPD: Darüber diskutiert ihr doch nie!)

auf jeden Fall nicht anlassbezogen. Die Wortmeldung von Herrn Sckerl zeigt mir, dass das, was hier passiert, mehr als anlassbezogen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! Genau!)

Herr Kollege Stickelberger, Sie wissen, ich korrigiere Sie nur, wenn es sein muss.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das muss nicht sein!)

Ich habe die Äußerung des Kollegen Mack wirklich so verstanden. Die Beispiele, die er genannt hat, sind in den Fakten richtig.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Er hat mit diesen Beispielen aufgezeigt, wohin die Weimarer Republik mit diesen Mechanismen am Ende des Tages gekommen ist.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU zu Abg. Rainer Stickelberger SPD: So ist es! Deswegen war Ihre Wortmeldung deplatziert!)

Das waren die Beispiele, die er genannt hat, und diese waren richtig. Sie sollten uns immer wieder einmal vor Augen gehalten werden, damit das, was damals passiert ist, gerade nicht mehr passiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, um es vorweg frank und frei zu sagen: Einer weiter gehenden Lockerung der Voraussetzungen für Volksbegehren und Volksabstimmung, wie sie jetzt in dem Gesetzentwurf begehrt wird,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

stehe ich nach wie vor mehr als skeptisch gegenüber. Wir haben Ende letzten Jahres über das Thema „Reformbedarf für direkte Demokratie in Baden-Württemberg“ geredet und diskutiert. Das war, wenn ich mich recht erinnere, im Innenausschuss im Rahmen einer Großen Anfrage der Fraktion GRÜNE, über die wir eingehend debattiert haben. Ich habe dort gesagt, dass sich die bestehenden Regelungen der Landesverfassung im Grundsatz bewährt haben.

(Abg. Johannes Stober SPD: Abgewehrt! – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

In diesem Zusammenhang bedaure ich ebenso wie Herr Kollege Kluck – der das völlig zu Recht und unaufgeregt gesagt hat –, dass sich die Opposition

(Abg. Walter Heiler SPD: Was? Der Kluck war unaufgeregt? – Heiterkeit)

– ja, das hat er sehr sachlich vorgetragen –

(Abg. Walter Heiler SPD: Das kann nicht sein!)

der Absenkung des Zustimmungsquorums bei einer Volksabstimmung so, wie es in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen ist, bislang verweigert hat und sich damit zumindest einer maßvollen Weiterentwicklung der plebiszitären Elemente in unserer Landesverfassung entgegenstellt.

(Abg. Johannes Stober SPD: Bringen Sie das doch einmal ein!)

– Herr Kollege Stober, der Gesetzentwurf – auch das will ich dank Ihres Zwischenrufs korrigieren – liegt den Fraktionen seit Ende November des vergangenen Jahres vor. Ausrufezeichen!



(Minister Heribert Rech)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Welchen? – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Es scheint für diese beiden Fraktionen ein richtig wichtiges Thema zu sein!)

Der Gesetzentwurf liegt vor – wie wir ihn vereinbart haben.

Meine Damen und Herren, ich will die Argumente meiner Vorredner nicht wiederholen – da sind Sie sicherlich mit mir einig –, aber einige weitere grundsätzliche Aspekte anfügen, die für mich in der Diskussion über die Erleichterung von Volksbegehren und Volksabstimmungen von entscheidender Bedeutung sind.

Herr Stickelberger, noch einmal: Sie haben recht. Bereits vor zwölf Jahren – 1998 – habe ich anlässlich eines Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD dazu Stellung genommen. Ich will noch einmal die entscheidenden Gesichtspunkte, die sich seither in meinen Augen nicht verändert haben – im Gegenteil –, hervorheben. Ich will sagen – sozusagen vorweg, vor die Klammer gezogen –, dass wir eine Verantwortung gegenüber der Demokratie und gegenüber der Verfassung haben. Die Bürger, die uns in dieses Parlament geschickt haben, erwarten u. a., dass wir die Verfassungsgrundsätze verteidigen und die Demokratie so, wie wir sie haben, verteidigen und nicht ohne Not aufgeben,

(Abg. Johannes Stober SPD: „Aufgeben“!)

vor allem nicht wegen tagesaktueller Aufgeregtheiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Hat Bayern die Demokratie aufgegeben?)

– Auf das Beispiel Bayern, lieber Jürgen Walter, komme ich noch zurück. Da war es ganz einfach: Rauchen oder nicht rauchen? Saufen oder nicht saufen? Diese Fragen kann man mit Ja oder Nein beantworten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Aber vieles kann nicht mit Ja oder Nein beantwortet werden. Und vieles, was dann mit Ja oder Nein beantwortet werden würde, käme in der Diskussion, in dem Ringen um Kompromisse, in dem genauen Betrachten der Frage, was gesellschaftskonform ist, schlichtweg unter die Räder.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Leider geht es im Parlament oft genau so zu! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Geht Bayern jetzt unter? Das ist lächerlich! – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Wer so viel Angst hat, sollte nicht regieren!)

– Ach, wissen Sie: Wenn Sie keine Angst vor meinen Argumenten hätten, würden Sie mich nicht im Fünfsekundentakt unterbrechen. Lassen Sie mich jetzt einmal den Gedanken darlegen.

Noch einmal, damit es klar ist: Eine Verfassung ist nicht sakrosankt. Aber es müssen schon gewichtige Gründe vorliegen, wenn man eine Verfassung ändern will. Jede Verfassung lebt von ihrer Beständigkeit, und sie verliert ihre Funktion, wenn ihre Verlässlichkeit unkritisch den Bestrebungen des Zeitgeists geopfert wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, unsere Landesverfassung – wir waren übrigens die Ersten in der Bundesrepublik, die diese direkte Bürgerbeteiligung kommunalverfassungsrechtlich ermöglicht haben – ist in der Tat eine durchaus moderne Verfassung und ist den gesellschaftspolitischen Herausforderungen gewachsen. Deswegen müssen wir an jegliche künftige Verfassungsänderung sehr strenge Maßstäbe anlegen.

Ich komme noch einmal auf den Wortbeitrag des Kollegen Stickelberger zurück, denn ihm geht es wirklich darum – so habe ich ihn verstanden –, die demokratischen Mitwirkungen zu verstärken. Aber man soll dabei nicht vorschnell den leichten Weg gehen und einmal mehr eine Gesetzesänderung einfordern. Vielmehr sind wir alle als Parlamentarier und Politiker gefordert, die Bürger zu motivieren, durch persönliches Engagement aktiv und dauerhaft auf die politische Willensbildung einzuwirken, und zwar nicht nur punktuell, weil gerade irgendetwas stört und man irgendetwas anders haben will.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich aus gutem Grund wegen der Erfahrungen in der Weimarer Zeit – Herr Kollege Mack hat Beispiele genannt; es gibt noch viele andere mehr; ich erspare Ihnen das – für eine repräsentative und nicht für eine plebiszitäre Demokratie entschieden. Wir alle sollten uns – ich sage es noch einmal – dem Sog der Stimmungsdemokratie entziehen und diese nicht – auch nicht aus noch so guten Absichten heraus – verstärken.

Wir brauchen vorrangig nicht das punktuelle Engagement der Bürgerinnen und Bürger, sondern eine wache Zivilgesellschaft, die sich kontinuierlich – und zwar in allen Bereichen und auch gesamtverantwortlich – um Politik und Gesellschaft und nicht nur um Partikularinteressen kümmert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein Vorletztes: Ich bin überzeugt: Die Verfassung würde erheblich an Wert verlieren, wenn letztlich Zufallsmehrheiten, die sich bei Volksbegehren und Volksabstimmungen ergeben könnten, über die Geschicke des Landes entscheiden würden. Durch Volksbegehren eingebrachte Gesetzesvorlagen können vom Landtag nur unverändert angenommen oder abgelehnt werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir wirklich in vielen Sachbereichen auf eine eingehende politische Diskussion verzichten? Wollen wir auf die Abwägung im Landtag, auf die Feinziselierung in den Ausschüssen verzichten? Gerade die parlamentarische Behandlung mit entsprechenden Änderungs- und Kompromissmöglichkeiten ist doch der Garant dafür, dass unsere Gesetze schließlich auch von der breiten Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden.

Die Diskussion der Details von Gesetzentwürfen in den Fraktionen, in den Ausschüssen und im Landtagsplenum ist ja wirklich kein Selbstzweck. Sie dient dazu, auch verfassungsrechtliche, europarechtliche – Stichwort Schweiz –, finanzielle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte auszuleuchten und – jetzt kommt's – den Entwurf dann in Einklang mit der übrigen Rechtsordnung zu bringen. Dabei geht es um die



(Minister Heribert Rech)

Komplexität der Sachprobleme. Sollen wir wirklich auf eine solche eingehende Beratung verzichten? Ich meine, nein.

Durch eine Volksabstimmung zustande gekommene Gesetze sind nicht die besseren Gesetze. Das will ich eindeutig festhalten. Durch eine Volksabstimmung zustande gekommene Gesetze sind nicht per se die besseren Gesetze; auch dabei werden nie alle Beteiligten zufriedengestellt. Zum Schluss gibt es immer auch Verlierer. Oft sind sie in der Mehrheit. Daher werden mehr Volksabstimmungen die Gefahr der Politikverdrossenheit nicht mindern. Es wird immer einen Grund geben, die Legitimität einer Volksabstimmung hinterher in Zweifel zu ziehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Die Einführung gelockerter plebiszitärer Elemente kann jedenfalls auch zu einer Desintegration des politischen Systems und zu einer Emotionalisierung der Politik führen. Ich kann nur davor warnen, vorschnell Wege zu beschreiten, die scheinbar nichts kosten, aber unserer Demokratie großen Schaden zufügen würden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Stickelberger, Sie haben noch 33 Sekunden Redezeit.

(Heiterkeit – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Schnellredner!)

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, nur eine kleine Anmerkung: Sie haben zahlreiche Argumente angeführt, über die sich trefflich streiten lässt. Aber es waren zum Teil auch Argumente gegen die bestehende Verfassung. Denn auch jetzt haben wir die Situation, dass ein zur Volksabstimmung gebrachtes Gesetz bei entsprechender Mehrheit beschlossen ist, auch wenn es solche hohen Hürden gibt, wie sie derzeit in der Verfassung stehen. Auch dann müssten Sie eigentlich, wie bei Ihren vorigen Aussagen, beklagen, dass nicht hinreichend Zeit bestanden hätte, das Gesetz zu beraten.

Wir haben deshalb in unserem Gesetzentwurf für das Volksbegehren eine sechsmonatige Phase für eine intensive Diskussion und Auseinandersetzung vorgesehen, die es allen Beteiligten ermöglicht, sich sachkundig zu machen und auf einer guten Grundlage eine Gesetzesentscheidung zu treffen.

(Zuruf von der CDU)

Deshalb wird unser Gesetzentwurf, glaube ich, nicht zu einer leichtfertigen Handhabe des Instruments des Volksbegehrens und des Instruments des Volksentscheids führen, aber wir machen ein Angebot an die Bürger. Wir sollten ihnen vertrauen und ihnen auch zutrauen, dass sie hier mitwirken. Wir sollten sie auch auffordern, sich entsprechend engagiert einzubringen. Insoweit ist unser Vertrauen auch mit einer Zumutung gegenüber der Bevölkerung verbunden.

Danke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mack für eine kurze persönliche Erklärung.

**Abg. Winfried Mack CDU:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gemäß § 88 der Geschäftsordnung um eine persönliche Erklärung zur Berichtigung einer unrichtigen Wiedergabe meiner Ausführungen gebeten. Der Kollege Stickelberger hat mich offensichtlich gründlich missverstanden. Ich habe den Vorstoß von SPD und Grünen in keiner Art und Weise mit Volksabstimmungen in der Weimarer Zeit verglichen, die von Nazis und anderen in Gang gebracht wurden. Vielmehr habe ich ausschließlich – ich glaube, von dieser Seite des Hauses ist das auch allgemein so verstanden worden, auch vom Herrn Innenminister – auf historische Vorgänge hingewiesen und sonst gar nichts.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schlage die Überweisung dieses Gesetzentwurfs an den Ständigen Ausschuss vor. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. April 2010 – Beratende Äußerung zur Finanzierung des Integrierten Rheinprogramms und der EG-Wasserrahmenrichtlinie – Drucksachen 14/6160, 14/6348**

**Berichterstatteerin: Abg. Dr. Gisela Splett**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr – Hochwasserschutz am Rhein endlich voranbringen – Drucksache 14/6210**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Müller, bitte schön.

**Abg. Ulrich Müller CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist der letzte Tagesordnungspunkt, zu dem gesprochen wird. Bevor sich der Saal leert, möchte ich ankündigen, dass ich im zweiten Teil meiner Rede an einem konkreten Beispiel, nämlich dem Integrierten Rheinprogramm, genau auf den soeben abgehandelten Tagesordnungspunkt noch einmal exemplarisch eingehe. Zwischen diesen Punkten gibt es nämlich einen Zusammenhang. Vielleicht interessiert Sie dadurch das, was ich jetzt sagen will, noch etwas stärker.

(Beifall und Lachen bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Zunächst, meine Damen und Herren, konzentriere ich mich auf das Integrierte Rheinprogramm und verzichte auf Ausführungen zur Wasserrahmenrichtlinie. Es ist ein bemerkenswer-

(Ulrich Müller)

ter Tatbestand, dass der Rechnungshof bei einer nicht unwesentlichen Ausgabe des Landes nicht für Sparsamkeit plädiert, sondern uns vorrechnet, wie viel Geld wir in der Zukunft auszugeben hätten. Das kommt nicht alle Tage vor. Er plädiert hier für ein bestimmtes Maß von Ausgaben; ich komme darauf zu sprechen. Das spricht aus seiner Sicht und, wie ich weiß, aus der Sicht des ganzen Hauses für die Dringlichkeit und die Unabweisbarkeit der Ausgaben zugunsten des Integrierten Rheinprogramms, eines gigantischen Hochwasserschutzprojekts in Milliarden-Größenordnung.

Wir mussten dann in den Vorberatungen, bis die Unterlage jetzt ins Plenum gekommen ist, etwas einfügen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist; wir mussten diese Aufgabe nämlich bei aller Unabweisbarkeit der Ausgaben unter den Finanzierungsvorbehalt und den Vorbehalt der Einbettung in den Gesamthaushalt stellen. Wir können keine Ausgabe absolut setzen, und auch bei einer Aufgabe, die wir als sehr wichtig ansehen, können wir nicht sagen: Unbedingt und unter allen Umständen wird es dafür so und so viel Geld geben.

Wir streben aber an – vermutlich auch das in Übereinstimmung mit allen Fraktionen –, die Ausgaben in der vom Rechnungshof vorgeschlagenen Höhe tatsächlich in den nächsten Doppelhaushalt einzustellen. Insofern sind wir dem Rechnungshof, der normalerweise darauf angelegt ist, auf die Senkung der Ausgaben hinzuwirken, dankbar für das, was er uns ins Stammbuch geschrieben hat.

Wo stehen wir? Wir haben 40 % der nationalen und internationalen Verpflichtungen beim Integrierten Rheinprogramm erfüllt, und wir werden bis 2028 pro Jahr ungefähr 25 Millionen € allein für das IRP ausgeben müssen; dieser Zeitraum ist bereits 13 Jahre länger als der, den wir uns eigentlich vorgenommen hatten. Ursprünglich wollten wir bis zum Jahr 2015 mit dem Programm fertig sein.

Wenn man es unter praktischen und finanziellen Gesichtspunkten sieht, kann man noch mehrere Komponenten dazunehmen. Erschwerend kommt möglicherweise ein Klimazuschlag hinzu. Man muss in der Zukunft mit dramatischeren Hochwassern rechnen, als das bisher der Fall war.

Umgekehrt können wir sagen, dass der Hochwasserschutz in der Fläche, der gut vorangekommen ist, vielleicht ein Stück weit auch eine Entlastung der Hochwassersituation am Rhein bringt. Das heißt, was in den Nebenflüssen zurückgehalten wird, kann zu diesem Zeitpunkt schon einmal nicht im Rhein landen.

Wir können unter finanziellen Gesichtspunkten auch feststellen: Bislang ist das Integrierte Rheinprogramm in seinem Fortkommen nicht an mangelnden finanziellen Mitteln gescheitert.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Nicht gescheitert, aber es ging ein bisschen langsam voran! Die Franzosen hätten es gern schneller gehabt!)

Aber wir wollen ja Planfeststellungsbeschlüsse produzieren. Da kann schon sehr bald der Zeitpunkt eintreten, an dem es bei der Finanzierung klemmt. In der Zukunft kann es also ein Problem geben.

Wir wissen auch, dass wir neben der Ausweitung des Retentionsvolumens erstens natürlich Dammsanierungen im Rheingebiet durchführen müssen und zweitens auch an anderen Gewässern I. Ordnung noch etwas zu tun haben. Insofern sind die 25 Millionen € jährlich rein für die Erhöhung des Retentionsvolumens erforderlich. Wir haben also ein differenziertes Bild. Die 25 Millionen € jährlich allein dafür sind die Untergrenze dessen, was wir brauchen werden.

Warum ist die ganze Geschichte so dringlich? Sie ist es nicht nur wegen der internationalen Vereinbarung, obwohl schon allein das für ein Bundesland, das zusammen mit anderen Bundesländern eine Vereinbarung mit Frankreich geschlossen hat, ein guter Grund wäre. Vielmehr geht es vor allem ganz handfest um den Schutz unserer Bürger, und es geht um eine klassische politische Aufgabe.

Jetzt komme ich schon zu dem Aspekt, den ich vorhin angekündigt habe: Es geht nämlich um den Lastenausgleich. An der einen Stelle muss eine Last getragen werden, damit an einer anderen Stelle eine Entlastung stattfindet. Man kann das in Bezug auf das Integrierte Rheinprogramm an einem Punkt festmachen: Das ist die Staustufe Iffezheim. Oberhalb der Staustufe muss etwas getan werden, damit unterhalb der Staustufe der Bürger geschützt wird. So einfach ist eigentlich die Situation.

Vor diesem Hintergrund sind die Verzögerungen, die sich durch viele, viele Einsprüche, durch Proteste, durch Befürchtungen, auch durch Emotionen im Laufe der Jahre ergeben haben,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Auch Schwarze waren bei den Protesten dabei!)

auch ein Grund dafür, dass sich die Dinge in die Länge gezogen haben. Sie sind auch ein Grund dafür, dass die Dinge teurer geworden sind.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Aber manche Planungen wurden noch nicht einmal angefangen!)

– Frau Dr. Splett, ich würde sagen, es wäre gut, wenn Sie und viele andere auch einmal vor Ort für etwas hinstehen würden.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Das machen wir! Von uns gehen die Proteste nicht aus! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Da gibt es andere Namen, die man hier nennen könnte!)

– Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie zäh die Verfahren laufen.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Da gibt es einen Herrn Fleischer, der hier einiges verzögert hat!)

– Herr Fleischer hat nichts verzögert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na! Deswegen ist er doch zurückgetreten!)

Vielmehr waren unheimlich viele Kräfte vor Ort, die uns da Schwierigkeiten machen.

Deswegen will ich jetzt einfach einmal sagen: Wir brauchen nicht nur den Konsens im Parlament, nicht nur einen Konsens

(Ulrich Müller)

hinsichtlich der Finanzierung. Vielmehr brauchen wir auch einen Konsens vor Ort, dass sich diejenigen, die sich zum Integrierten Rheinprogramm bekennen – das sind alle vier Fraktionen –, auch wenn die Luft bleihaltig wird, hinstellen und sagen: Wir haben hier eine komplizierte Geschichte. Wir haben eine differenzierte, eine belastende Situation. Es gibt in der Tat den Effekt, dass die einen zugunsten der anderen eine Last tragen müssen. Genau dafür haben wir dann einzustehen.

Auch vor diesem Hintergrund finde ich es deplatziert, wenn Sie, Herr Kollege Seckerl, davon sprechen, dass die repräsentative Demokratie restlos überholt sei. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende. Ihre Redezeit ist bereits weit überschritten.

**Abg. Ulrich Müller** CDU: Ich komme gern zum Ende.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: „Gern“! – Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Genau das Gegenteil ist der Fall: Das Integrierte Rheinprogramm ist ein klassisches Beispiel dafür, dass man im Interesse eines größeren Zusammenhangs gelegentlich auch gegen örtlichen Widerstand etwas durchsetzen muss. Es gibt einen schönen Spruch dazu, der heißt: Wer den Sumpf trockenlegen will, darf nicht die Frösche fragen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und auf der Zuhörertribüne)

Genau diese Situation haben wir. Das heißt aber nicht, dass wir ein autoritäres Staatsverständnis hätten, dass wir mit der Dampfwalze alles niederwalzen würden. Vielmehr sind wir mit unglaublichem Aufwand, der schon zu Verzögerungen im Umfang von Jahrzehnten geführt hat, auf Bedenken und Einwände der Bürger eingegangen. Aber wir können nicht davon ausgehen, dass wir die Betroffenen einfach fragen können und damit die Probleme gelöst wären. Wir würden dadurch die Probleme verschärfen. Wir haben eine Gesamtverantwortung, und dieser Gesamtverantwortung haben wir uns zu stellen, hier und vor Ort.

(Glocke der Präsidentin)

Dazu möchte ich alle aufrufen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stober für die Fraktion der SPD.

**Abg. Johannes Stober** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute über die Beratende Äußerung des Rechnungshofs zur Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms und der Wasserrahmenrichtlinie zu diskutieren. Ich möchte dem Rechnungshof im Namen meiner Fraktion zunächst einmal ganz herzlich für die über-

sichtliche Darstellung der Problematik bei beiden Themen danken. Dabei will ich aber auch nicht verschweigen, Frau Ministerin Gönner, dass ich mir eine solche Darstellung eigentlich nicht vom Rechnungshof, sondern vom zuständigen Ministerium gewünscht hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Ich bin aber sehr froh, dass wir nach den Diskussionen im Umweltausschuss und im Finanzausschuss jetzt zu einer Lösung gekommen sind, die auch in der Beschlussempfehlung enthalten ist, nämlich der Verpflichtung, im Abstand von drei Jahren dem Landtag über die fortgeschriebenen Ablauf- und Finanzierungspläne zu berichten, damit wir jeweils eine aktuelle Übersicht über die Thematik haben, die uns allen hier im Haus am Herzen liegt.

Durchaus anerkennen möchte ich auch, dass das, was umgesetzt wurde, im Wesentlichen ordentlich umgesetzt wurde. Auch das ist ein Ergebnis des Berichts des Rechnungshofs. Allerdings haben wir im Unterschied zu unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz das Problem, dass sich die meisten Rückhalteräume bei uns noch nicht im Bau befinden. Durch den Bericht des Rechnungshofs mussten wir nun erfahren, dass vor dem Jahr 2028 an eine Fertigstellung der 13 notwendigen Rückhalteräume nicht zu denken ist.

Heute sind bei uns in Baden-Württemberg gerade einmal drei der 13 Rückhalteräume fertig, den Polder Söllingen/Greffern eingerechnet, bei dem die Probeflutungen mangels Hochwassers außerhalb der Vegetationsperiode noch nicht stattfinden konnten. Ein einziger weiterer Rückhalteraum, nämlich der Polder Rheinschanzinsel, ist im Bau. Für zwei weitere Rückhalteräume liegen immerhin Planfeststellungsbeschlüsse vor; bei allen anderen stocken jedoch die Verfahren, oder es wurden noch nicht einmal Planungen aufgenommen.

Der eigentliche Skandal ist deshalb an zwei Punkten festzumachen. Zum einen ist das der Punkt, über den wir hier in letzter Zeit schon öfter diskutiert haben, nämlich der Rückhalteraum Weil-Breisach. Hier ist von der Regierung selbst bzw. von den zuständigen Vertretern Sand gestreut worden. Wir wissen über die Diskussion um Kies, Schotter und Geschiebe Bescheid.

Zum anderen liegt es aber auch daran, dass viele Planungen noch gar nicht aufgenommen wurden; ich nenne hier als Beispiele nur Elisabethenwört, Freistett und Ichenheim/Meißenheim/Ottenham. Das ist das eigentliche Problem, und es hat mich, als ich die Beratende Äußerung des Rechnungshofs gelesen habe, auch am meisten entsetzt, dass dort bis heute null Euro ausgegeben wurden und dass dort bis heute überhaupt noch gar keine Anstrengungen unternommen wurden.

Ich habe durchaus Verständnis dafür – das betonen auch Sie, Frau Ministerin, zu Recht immer wieder –, dass Qualität vor Schnelligkeit gehen muss, um unnötige Konflikte, die dann möglicherweise zu langwierigen Rechtsstreitigkeiten führen, zu vermeiden oder zumindest so weit zu reduzieren, wie es irgend geht. Ausschließen kann man solche Konflikte natürlich nicht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf das eingehen, was der Kollege Müller zu diesem Thema eben ausgeführt hat.



(Johannes Stober)

Natürlich gibt es das erwähnte Problem, und wir alle sind uns einig, dass das Ganze kommen muss und dass man örtlichem Widerstand entsprechend begegnen muss. Diesen Konsens, glaube ich, gibt es in allen vier Fraktionen.

Wenn man sich auf unsere Diskussion über den Gesetzentwurf von vorhin bezieht, muss man allerdings zwei Dinge sehen. Zum einen geben wir mit diesem Gesetzentwurf nur Kompetenzen, die bisher beim Landtag sind, an das Volk. Aber entsprechende Kompetenzen bezüglich des Hochwasserschutzes haben wir letztlich noch nicht einmal als Landtag von Baden-Württemberg.

Zum anderen muss man auch sehen, dass man bei den Auseinandersetzungen, wie sie jetzt beispielsweise über den Polder Elzmündung stattfinden, bei Weitem nicht auf die Quoren kommen würde, die wir mit den genannten 5 % vorgeschlagen haben. Es müssten, wie Kollege Stickelberger gesagt hat, 375 000 Bürgerinnen und Bürger sein.

Daher finde ich Ihren grundsätzlichen Einwand durchaus richtig. Man muss aber auch deutlich sagen, dass dieser Einwand auf unseren Gesetzentwurf, den wir vorhin eingebracht haben, nicht zutrifft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte noch einmal dafür werben, das Integrierte Rheinprogramm mit höchstem Nachdruck umzusetzen. Dazu gehört vor allem, dass die Landesbetriebe Gewässer bei den Regierungspräsidien Karlsruhe und Freiburg mit dem entsprechenden Personal ausgestattet werden. Das Einzige, was ich an der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs bedaure, ist, dass auf diese eigentlich entscheidende Problematik, die dafür sorgt, dass manche Planungen letztlich noch gar nicht aufgenommen wurden – bei manchen Planungen kann man möglicherweise gar nicht in der gebotenen Geschwindigkeit auf Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger reagieren –, nicht eingegangen wurde. Diese ist jedoch eines der zentralen Hindernisse, die einem schnellen Vorankommen entgegenstehen.

Ich meine, dies ist ein Punkt, der hier mitentscheidend ist.

Für eines bin ich dem Kollegen Müller aber auch sehr dankbar – das verbindet uns alle im Umweltausschuss –: Die 450 Millionen €, die für das Integrierte Rheinprogramm bis zum Jahr 2028 aufgebracht werden müssen, sind eine Ausgabe, die wirklich dringend notwendig ist. Das wird klar, wenn man sich anschaut, wie hoch allein die volkswirtschaftlichen Schäden sein können – und volkswirtschaftliche Schäden sind nun wahrlich nicht alles, was bei einem zweihundertjährigen Hochwasser eine Rolle spielt. Allein die Höhe dieser Schäden könnte aber schon bei bis zu 6 Milliarden € liegen. Daher gebieten es schon finanzpolitische Gründe, dieses Thema mit der höchsten Priorität zu versehen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich sehe gerade „Sprechzeit beachten“, jetzt „Sprechzeit Ende“.

Das Thema Wasserrahmenrichtlinie ist auch ein wichtiges Thema. Ich habe aber festgestellt, dass auch Kollege Müller zeitlich nicht dazu gekommen ist, etwas dazu zu sagen. Da-

her sieht es, glaube ich, pari aus. Aber bei diesem Thema gibt es letzten Endes grundsätzlich Einigkeit. Da haben wir – das sage ich mit einem kurzen Hinweis – auch etwas erreicht im Zusammenhang mit der Novellierung des Wasserpfennigs; dort haben wir kurz vor den Sommerferien etwas bewegt.

Vielleicht kommen wir auch bei diesem Thema etwas weiter.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Splett für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Seit der letzten Debatte zum Thema Hochwasserschutz hier im Plenum haben wir im Umwelt- und im Finanzausschuss über die Beratende Äußerung des Rechnungshofs zum Integrierten Rheinprogramm und zur Wasserrahmenrichtlinie beraten. Klar ist – das wurde in der Debatte schon deutlich –, dass die notwendigen Mittel für beide Themen bereitgestellt werden müssen. Klar ist auch, dass die Landesregierung unverantwortlich handelt, wenn sie bei der Aufstellung des Haushaltsplans an dieser Stelle spart. Denn damit ist nichts gewonnen. Der Finanzbedarf verschiebt sich nur in die Zukunft. Wer beim Hochwasserschutz spart, mutet den betroffenen Anliegern unverantwortliche Risiken zu.

Kollege Müller hat davon gesprochen, dass das IRP ein gigantisches Projekt sei, das Kosten in Milliardenhöhe verursache. Da dachte ich an ein anderes Projekt, das uns gestern und heute ausgiebig beschäftigt hat.

(Oh-Rufe – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:  
Die Bundesbahn macht das! – Zuruf des Abg. Dr.  
Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich steige in diese Debatte nicht mehr ein, sondern will nur deutlich machen: Wenn man es mit dem Hochwasserschutz ernst nimmt, dann werden wir es wohl schaffen müssen, die 450 Millionen € zu finanzieren. Dann hilft es nicht, das in die Zukunft zu verschieben.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU)

Wir Grünen tun uns schwer – das habe ich schon im April ausgeführt –, einfach nach mehr Mitteln zu rufen. Ganz so einfach, wie Kollege Müller manches dargestellt hat, ist die Welt auch nicht. Es geht nicht darum, möglichst viel Geld möglichst schnell zu verbauen. Vielmehr geht es darum, die richtigen Maßnahmen zeitnah umzusetzen.

Wir wollen bekanntermaßen, dass unsere Gewässer wieder naturnäher werden. Wir wollen, dass die Flüsse und Bäche tatsächlich Lebensadern der Landschaft sind. Wir wollen den Gewässern den Raum geben, den sie brauchen, statt sie in enge Korsette zu schnüren.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Wir betrachten Naturschutz und Wasserwirtschaft als zusammengehörig, und dies erwarten wir auch von der Landesre-



(Dr. Gisela Splett)

gierung. Dann sind wir immer gern bereit, die notwendigen Haushaltsmittel bereitzustellen, und zwar sowohl für das IRP als auch für die Wasserrahmenrichtlinie.

(Beifall bei den Grünen)

Der Rechnungshof hat sich sehr deutlich für die Berichtspflicht zur Umsetzung der beiden Programme gegenüber dem Landtag ausgesprochen. Wir halten diese Berichtspflicht für dringend notwendig, und zwar für beide Programme. Wir müssen wissen, was tatsächlich umgesetzt wird, was entgegen dem Zeitplan eben nicht umgesetzt wird, und warum dies nicht umgesetzt wird. Das, was wir nach der Debatte im Finanzausschuss erreicht haben, nämlich dass wir alle drei Jahre einen Bericht bekommen – das erste Mal im Dezember 2012 –, ist allenfalls ein erster Schritt in die richtige Richtung.

In Sachen Wasserrahmenrichtlinie – dazu möchte ich ein paar Sätze sagen – ist in den letzten Jahren sehr viel Papier geschrieben worden. Aber eine klare Übersicht, welche Maßnahmen wann, zu welchen Kosten, mit welcher Finanzierung umgesetzt werden, und Auskünfte darüber, was wegen fehlender Mittel nicht umgesetzt wird, fehlen uns, und das ist dringend notwendig.

Für nicht akzeptabel halte ich beispielsweise Aussagen, wie ich sie über den Pfinz-Entlastungskanal bei Karlsruhe jüngst erhalten habe. Demnach sind an den nicht als sogenannte Programmstrecken ausgewählten Gewässern in absehbarer Zeit überhaupt keine ökologischen Maßnahmen geplant, obwohl großer Aufwertungsbedarf besteht und obwohl schon vor etlichen Jahren Planungen erstellt wurden. Ich habe die Wasserrahmenrichtlinie der EU immer so verstanden, dass sie sich auf alle Gewässer bezieht und nicht nur auf ein paar Gewässer, die die Landesregierung auswählt und „Programmstrecken“ nennt.

Wie schwierig es für uns Abgeordnete ist, zeitnah Informationen zum Integrierten Rheinprogramm von der Landesregierung zu erhalten, zeigt nicht zuletzt der SPD-Antrag, der heute mit auf der Tagesordnung steht. In einer Ausschussberatung vor einigen Monaten hat die Umweltministerin Gönner auf die Forderung nach Übermittlung des Finanzierungs- und Ablaufplans zum IRP an die Landtagsfraktionen auf den schon damals eingereichten SPD-Antrag verwiesen, zu dem allerdings noch keine Stellungnahme vorlag.

Sie hat die Erwartung geweckt, die Stellungnahme würde Informationen bieten. Das ist aber nicht der Fall. Wir werden in der Stellungnahme wiederum vertröstet und darauf verwiesen, dass Ende des Jahres nach erfolgter Abstimmung mit dem Bund eventuell auch der Landtag einmal informiert werde.

Das Spiel ist immer das Gleiche. Denn auch wir Grünen hatten bereits im Februar nach der aktuellen Kosten- und Zeitplanung gefragt und ebenfalls keine Antwort erhalten.

Bezüglich des Retentionsraums Bellenkopf/Rappenwört hieß es, es gebe keine neue Kostenschätzung, seit 2005 – das fand ich einigermaßen unglaublich – sei keine Fortschreibung erfolgt. Ich habe eher den Eindruck, man wollte und will uns die Zahlen nicht verraten.

Insgesamt – meine Redezeit ist leider auch schon abgelaufen – ist das Integrierte Rheinprogramm kein Ruhmesblatt für die

Landesregierung. Die Abkehr von der ökologischen Ausrichtung, jahrzehntelange Verzögerungen und nicht zuletzt die „Kies-Affäre“: Wir erwarten, dass umgesteuert wird und dass wir künftig besser informiert werden.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Chef für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Monika Chef FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hochwasserschutz wird eine Daueraufgabe unseres Landes bleiben. Diese Daueraufgabe nehmen wir von der FDP/DVP-Fraktion sehr ernst. Wir haben Vorschläge sowie die Position der Fraktion in der Plenardebatte am 14. April 2010 ausführlich dargelegt.

Ich will aber an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, dass zum Hochwasserschutz nicht nur das Schaffen neuer Rückhalteräume zählt. Vielmehr zählen dazu auch die Instandhaltung und die Sicherung der bestehenden Hochwasserschutzmaßnahmen. Gerade hier haben wir in den vergangenen Jahren große Investitionen getätigt.

Über die Beratende Äußerung des Rechnungshofs haben wir im Umweltausschuss ausführlich diskutiert. Zusammen mit dem Arbeitskreis Umwelt der CDU-Fraktion haben wir hierzu einen Änderungsantrag vorbereitet, der dann auch so eingebracht und beschlossen wurde.

Ich möchte hierzu noch kurz ausführen, dass wir als FDP/DVP-Fraktion die Mitteilung des Rechnungshofs wie immer sehr ernst nehmen. Die Darstellung der Zahlen des Rechnungshofs ist richtig. Die von uns vorgebrachten Änderungsvorschläge betreffen insbesondere die Bindung an den Haushalt sowie die Berichtspflichten. Wir sind der Meinung: Oberste Priorität hat ein zügiger Baufortschritt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das Umweltministerium und die nachgeordneten Behörden sollten deshalb ihre Arbeitskraft darauf richten, dass die Vorhaben, wie jetzt formuliert, bis zum Jahr 2028 abgeschlossen werden können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen, dass es uns genauso wichtig erscheint, die Planungen so zu gestalten, dass die jeweils neuesten Erkenntnisse aus den vorangegangenen Verfahren und Baumaßnahmen bei den nachfolgenden Baumaßnahmen mit eingeplant und umgesetzt werden können.

Es erscheint mir nicht nachvollziehbar, wenn heute, im Jahr 2010, Planungen und vor allem auch konkrete Zahlen festgeschrieben werden sollen, die letztlich erst in knapp 20 Jahren zum Tragen kommen sollen. Dabei ist uns als FDP/DVP-Fraktion auch wichtig, dass alle Fachleute des Landes ergebnisoffen zu Wort kommen können.

Ziel ist, einen ökologisch verträglichen Hochwasserschutz zu schaffen. Denn nur dieser ist auch im Hinblick auf Pflege und Unterhaltung nachhaltig.

(Monika Chef)

Wie im Ausschuss bereits dargelegt, haben die Fraktionen künftig bei jedem Stand des Verfahrens die Möglichkeit, entsprechende parlamentarische Initiativen einzubringen, um den jeweiligen Sachstand abzufragen.

Ich persönlich halte dieses Verfahren für weit effektiver als eine turnusmäßige Berichtspflicht der Landesregierung. Die bisherigen Erfahrungen und die Vielzahl der Debatten, die wir in dieser Angelegenheit bereits geführt haben, zeigen im Übrigen, dass uns das Thema wohl auf absehbare Zeit nicht verlassen wird. Jedenfalls kann ich Ihnen für meine Fraktion erklären, dass sich die FDP/DVP-Fraktion auch künftig sehr intensiv mit diesem Thema befassen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Ich erteile Frau Ministerin Gönner das Wort.

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Gewässer sind Lebensadern unserer Landschaft. Menschen und Natur leben von und mit ihnen. Unsere Aufgabe ist es, die Gewässer zu schützen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese ökologisch funktionsfähig bleiben und einen guten Zustand erreichen können.

Auf der anderen Seite bedrohen und gefährden die Gewässer bei Hochwasser Menschen, Siedlungen und Wirtschaftsgüter. Hier gilt es, Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen, um Schäden zu vermeiden oder zumindest so weit wie möglich zu minimieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der heutigen Debatte und auch in der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs geht es um zwei Bereiche. Zum einen geht es um die Wasserrahmenrichtlinie, die die Zielkoordinaten der Gewässerbewirtschaftung neu ausgerichtet hat. Es geht dabei nicht nur um die Verbesserung der Gewässerqualität bzw. der Wasserqualität, sondern auch um die Herstellung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Oberflächengewässer.

Lieber Herr Stober, Sie sagen, Sie hätten sich gewünscht, dass Sie von uns die Zahlen bekommen, die im Bericht des Rechnungshofs zu finden sind. Dazu kann ich Ihnen antworten: Ich hätte mich gefreut, wenn Sie der Einladung zur Teilnahme an den öffentlichen Veranstaltungen zur Vorstellung der Wasserrahmenrichtlinie gefolgt wären.

(Abg. Johannes Stober SPD: Vielleicht war ich ja sogar dort! Aber ich habe das auf das IRP bezogen, Frau Ministerin!)

– Das haben wir gerade geprüft. Genau bei diesen Veranstaltungen, lieber Herr Stober, haben wir die Zahlen im Einzelnen vorgetragen. Ich frage mich daher, ob eine Aussage der Ministerin auf Veranstaltungen, zu denen Abgeordnete eingeladen waren – das war in Karlsruhe der Fall –, entsprechend gilt oder nicht.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stober?

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Nein. Nachdem heute Morgen andere auch keine Zwischenfragen zugelassen haben, bitte ich um Verständnis dafür, dass ich es jetzt auch nicht tue.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

– Heute Morgen habe ich eine Zwischenfrage zugelassen. Die Opposition hat dies nicht getan. Ich bitte um Verständnis, dass ich dies jetzt ebenfalls nicht zulasse.

(Abg. Johannes Stober SPD: Was? Ich habe keine Zwischenfrage gestattet bekommen! Aber nun gut! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Rein erzieherische Maßnahme! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Deeskalation, Frau Ministerin! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das sagt der Richtige! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Frau Ministerin Gönner.

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Die notwendigen Maßnahmen sind in den Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen enthalten. Diesen wurde am 26. November 2009 – im Übrigen einstimmig – im Landtag zugestimmt.

Für die gewässerökologischen Maßnahmen, die von verschiedenen Trägern – das ist das Wesentliche und Wichtige –, nämlich dem Land, den Kommunen, den Privaten und auch dem Bund bis spätestens zum Jahr 2024 umzusetzen und zu finanzieren sind, sind Kosten von ca. 380 Millionen € veranschlagt.

Es steht ein ganzer Strauß an Finanzierungsinstrumenten zur Verfügung. Hierzu gehören neben den europäischen Förderprogrammen ELER und dem Fischereifonds auch der Kommunale Investitionsfonds, originäre Haushaltsmittel, das Ökokonto und Erträge aus der Glücksspirale. Hinzu kommt, dass der Bund bei dem Thema Bundeswasserstraßen mit der Neuregelung des Wasserhaushaltsgesetzes, wonach die Durchgängigkeit eine hoheitliche Aufgabe des Bundes ist, eine Weichenstellung in unserem Sinne vornimmt.

Der Vorschlag des Rechnungshofs zur Nutzung des Wasserentnahmeentgelts ist im Rahmen der Novellierung aufgegriffen worden, indem Investitionen in Maßnahmen im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie zu einer Ermäßigung führen; damit haben wir genau diese Verknüpfung gemacht.

Frau Dr. Splett, hinsichtlich der Nichtprogrammstrecken heißt es nicht, dass wir für diese nichts tun.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Im Übrigen werden wir auf europäischer Ebene gelobt – das mag Ihnen jetzt nicht richtig gefallen; dafür habe ich Verständnis –,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Lob gefällt uns! – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

(Ministerin Tanja Gönner)

und zwar für die Art, wie wir die Maßnahmenpläne bei uns umgesetzt haben, um auch Schwerpunkte setzen zu können. Wenn dort entsprechende Maßnahmen notwendig sind, werden diese durchgeführt.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Darf ich wohl nachfragen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Landesregierung hat der Hochwasserschutz einen erheblichen Stellenwert. Dies gilt nicht nur dann, wenn die Ereignisse in anderen Ländern der Bundesrepublik zeigen, welche Gefahren vorhanden sind, sondern auch dann, wenn wir überlegen, wie viel wir in jedem Jahr für den Hochwasserschutz in den Haushalt einstellen.

Derzeit sind zwischen 60 und 70 Millionen € pro Jahr zur Verbesserung des Hochwasserschutzes im Haushaltsplan veranschlagt. Hinzu kommen bis zum Jahr 2011 landesweit noch insgesamt 44 Millionen € aus den Konjunkturprogrammen von Bund und Land, im Übrigen auch und insbesondere von den von Ihnen, lieber Herr Müller, angesprochenen Deichsanierungsprogrammen, um auch hier voranzukommen, weil das wichtig ist. Damit gewinnen nicht nur unsere Gewässer und der Hochwasserschutz, sondern wir setzen zusätzliche Impulse für die regionale Wirtschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hochwasserschutz ist mehr als Beton. Er beinhaltet nach Möglichkeit die Wiedererschließung natürlicher Überflutungsflächen und berücksichtigt ökologische Belange. Für diese Integration von Ökologie und Hochwasserschutz steht exemplarisch das Integrierte Rheinprogramm mit all den Schwierigkeiten – Herr Müller, Sie haben es dargestellt –, aber auch den Möglichkeiten, die es bietet.

Über den Hochwasserschutz am Rhein und das Integrierte Rheinprogramm haben wir in diesem Haus und im Umweltausschuss in den vergangenen Monaten bereits viel diskutiert. Ich will auf zwei Aspekte eingehen, nämlich den Zeithorizont und die Frage der Kosten und der Finanzierung des IRP.

Richtig ist, dass man ursprünglich davon ausging, dass das IRP weit schneller umgesetzt werden kann, als es sich nun in der Praxis zeigt. Aber das hat, wie bei Großprojekten bekannt, verschiedene Gründe.

Herr Stober, ich bin mir nicht sicher, ob man die Frage, in welcher Reihenfolge Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden, als Skandal bezeichnen kann. Da finde ich die Wortwahl nur begrenzt begeisterungswegend.

(Abg. Johannes Stober SPD: Dass es nicht eingeleitet wird!)

– Herr Stober, wir diskutieren in den letzten Tagen – –

(Abg. Johannes Stober SPD: Dass noch nicht einmal die Planungen aufgenommen werden!)

– Lassen Sie mich doch meinen Gedanken zu Ende führen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Dann lassen Sie mich doch eine Zwischenfrage stellen!)

– Ich muss es nicht, Herr Stober, und Ihr Kollege Knapp hat heute Morgen auch keine Zwischenfragen zugelassen. Inso-

fern bitte ich um Verständnis, dass es meine Entscheidung ist, wenn ich eine Zwischenfrage nicht zulasse.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mein Gott! – Abg. Rainer Stichelberger SPD: Jetzt sind Sie beleidigt! – Abg. Johannes Stober SPD: Das ist ein bisschen unsouverän!)

– Wunderbar. Dann bin ich ja froh, wenn Sie das so sehen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU zur SPD: Ihr müsst einmal euren Herrn Knapp in den Griff kriegen!)

Wir diskutieren darüber, dass angeblich veraltete Planungen in anderen Bereichen Schwierigkeiten machen und man deswegen nicht zu lange und zu weit im Voraus Planungen vornehmen soll.

(Abg. Johannes Stober SPD: Wenn man gar keine Planungen vornimmt!)

Wir gehen beim Integrierten Rheinprogramm gemäß der Größe der entsprechenden Retentionsmaßnahmen vor und haben insofern eine Reihenfolge vorgenommen, im Übrigen auch hinsichtlich der Wirksamkeit des Hochwasserschutzes.

(Abg. Johannes Stober SPD: Die Reihenfolge bestreite ich nicht, sondern nur die Durchführung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Umsetzung hat sich gezeigt, wie schwierig es ist, bei komplexen Vorhaben dieser Größe die jeweils im Sinne von Mensch, Natur und Umwelt optimalen Alternativen zu entwickeln und womöglich einen Ausgleich unter diesen teilweise einander widerstrebenden Ansprüchen zu schaffen.

Es gibt erheblichen Widerstand. Aktuell verweise ich auf den Bereich Elzmündung, zu dem der Planfeststellungsbeschluss am 20. Dezember 2007 ergangen ist, zu dem Klagen erhoben worden sind und zu dem der Termin vor dem Verwaltungsgericht am 3. August 2010 stattgefunden hat. Die Begründung des Urteils liegt noch nicht vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind zweieinhalb Jahre, bis ich überhaupt einen rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss habe. Ich glaube nicht, dass man es der Landesregierung vorwerfen kann, wenn vor Ort entsprechende Klagen eingehen, sondern das ist das gute Recht der Bürgerinnen und Bürger.

(Abg. Johannes Stober SPD: Wer hat denn das gesagt? Ich habe genau das Gegenteil gesagt!)

– Das bezieht sich nicht auf Sie, Herr Stober. Nicht alles bezieht sich auf Sie.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Vielleicht hat auch die Verwaltung nicht immer ganz günstig agiert! Das wäre möglich!)

Bürgerinnen und Bürger machen vor Ort ihre Rechte auf den dafür vorgesehenen Rechtswegen geltend.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Dagegen haben wir doch gar nichts! – Abg. Johannes Stober SPD: So muss es sein!)



(Ministerin Tanja Gönner)

Ich finde nicht, dass man dann der Landesregierung Verzögerung vorwerfen kann, und fände es ausgesprochen angemessen, wenn Sie dies dann auch so sagen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE – Abg. Johannes Stober SPD: Sie können nicht einmal differenziert zuhören!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Rechnungshof hat in seiner Beratenden Äußerung eine Perspektive für die Finanzierung dargestellt, die in Kongruenz zur Baureife kontinuierlich fortzuentwickeln ist. Positiv ist aus meiner Sicht vor allem zu vermerken, dass der Rechnungshof eine Finanzierung des IRP ohne Wenn und Aber unterstützt. Ich glaube, das ist wichtig und ein gutes Signal gerade für das Interesse der Menschen beim Hochwasserschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Johannes Stober SPD: So ist es!)

Der Rechnungshof hat dies auch unter der Annahme von Gesamtkosten bis zum Jahr 2028 in der Größenordnung von 1 Milliarde € getan. Davon hätte das Land etwa 450 Millionen € zu tragen. Wir selbst befinden uns in Abstimmung mit dem Bund auf der Grundlage realisierter Projekte. Bis zum Ende des Jahres werden wir die Neuberechnung der Kosten durchführen. Dies wird Grundlage für die Haushalts- und Finanzplanung sein.

Frau Dr. Splett, Sie sagen, dass wir Ihnen seit 2005 noch keine neue Kostenschätzung für Bellenkopf/Rappenwört vorlegen konnten. Das liegt daran, dass wir derzeit die Unterlagen für den Planfeststellungsbeschluss zusammenstellen und sich dabei dann entscheiden wird, welche Variante kommen wird. Daraus wird sich ergeben, welche Kosten anfallen werden.

(Abg. Johannes Stober SPD: Ich dachte, die Entscheidung hätten Sie schon getroffen! – Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Vor drei Jahren!)

Ein Planfeststellungsverfahren ist ein ausgesprochen komplexes Verfahren.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Ja!)

Sie haben viele Einwendungen gebracht, die alle abgewogen werden müssen, liebe Frau Dr. Splett.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Wir haben noch gar nichts eingebracht, weil die Planfeststellung noch nicht angefangen hat!)

– Nein, aber Sie haben im Vorfeld auch beim Regierungspräsidium mehrere Gespräche geführt, um Ihre Interessen einzubringen.

(Abg. Jörg Döpper CDU: So ist es! Genau! – Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Meine Interessen? – Abg. Johannes Stober SPD: Sie haben Ihre Interessen durchgesetzt!)

Wir haben Sie bei entsprechenden Terminen vollumfänglich auch zu bestimmten Punkten bei Bellenkopf/Rappenwört aufgeklärt.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Das sind nicht meine Interessen, sondern die Interessen der Ökologie!)

Solange nicht klar ist, welche der Varianten tatsächlich im Planfeststellungsbeschluss beinhaltet ist – Es gibt Unterschiede in den Auffassungen zwischen Ihnen und dem Regierungspräsidium oder zwischen Ihnen und mir,

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Sie hatten aber schon einmal entschieden!)

welche Variante im Planfeststellungsbeschluss enthalten sein wird. Wir wissen, welche Variante wir wollen. Trotzdem gehört es dazu, dass man die Kostenfortschreibung dann macht, wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliegt. Wir sind gerade dabei, das entsprechend umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden den Hochwasserschutz am Rhein Stück für Stück voranbringen. Wir haben mit einem Schwerpunkt im Rahmen der Investitionsprogramme gezeigt, dass es uns wichtig ist, die Interessen der Menschen in dieser Region zu berücksichtigen. Ich glaube, dass es auch immer wesentlich ist, die Menschen mitzunehmen.

Ich freue mich – das habe ich an dieser Stelle auch schon mehrfach gesagt –, wenn dort, wo es unangenehm wird, nicht nur die Regierung steht, sondern auch die Opposition, und wenn Sie sich nicht nur bei den Reden im Landtag als die großen Schützer im Hochwasserbereich und im Bereich der Wasserrahmenrichtlinie darstellen, sondern auch vor Ort bei den Menschen, wo es unangenehm ist. Dort sehe ich höchst selten etwas.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen nun zur **A b s t i m m u n g** über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/6348.

Wer Abschnitt I der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Unruhe)

Ich frage noch einmal: Wer Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt I ist einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über Abschnitt II der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer Abschnitt II der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist einstimmig zugestimmt.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/6210, wird mit der Aussprache für erledigt erklärt. – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

(Unruhe)



(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 28. September 2010 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 14/6965, 14/6981**

**Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger**

Das Präsidium hat keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Justizministeriums vom 26. Juli 2010 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Grünbuch Europäisches Vertragsrecht – Drucksachen 14/6800, 14/6982**

**Berichterstatter: Abg. Bernd Hitzler**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Justizministeriums vom 6. August 2010 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Das Recht auf Belehrung in Strafverfahren – Drucksachen 14/6841, 14/6983**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Tobias Brenner**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu den Mitteilungen der Landesregierung vom 3. Juni 2009 und 6. September 2010 – Berichte der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung 2006 – Beitrag Nr. 25: Professorenbesoldung an den Fachhochschulen – Drucksachen 14/4278, 14/6892, 14/6938**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu**

- a) der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 7. Juli 2010 – Energiebericht 2010
- b) der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 16. Juli 2010 – Bericht des Wirtschaftsministeriums zu einem Beschluss des Landtags; hier: Aktuelle Daten zum Energieverbrauch 2009; Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg 2009

**Drucksachen 14/6642, 14/6697, 14/6917**

**Berichterstatter: Abg. Thomas Knapp**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport zu**

- a) der Mitteilung der Landesregierung vom 29. September 2009 – Abschlussbericht des Expertenkreises Amok
- b) der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juli 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“
  - Kapitel 1: Gewaltprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen
  - Kapitel 2: Zugang zu Waffen
  - Kapitel 3: Gewaltdarstellung in Medien, u. a. in Computerspielen
  - Kapitel 4: Sicherheitsmaßnahmen an Schulen
  - Viertes Handlungsfeld: Sicherheit an Schulen – direktes Alarmierungssystem
  - Sechstes Handlungsfeld: Gewaltprävention im Sportjugendbereich – Modellprojekt Biathlon

**Drucksachen 14/5188, 14/6771, 14/6772, 14/6773, 14/6774, 14/6784, 14/6791, 14/6945**

**Berichterstatterin: Abg. Sabine Kurtz**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

- Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juli 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“**
- a) Kapitel 1: Gewaltprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen
  - b) Kapitel 3: Gewaltdarstellung in Medien, u. a. in Computerspielen
  - c) Kapitel 5: Stärkung des Erziehungsauftrags der Eltern

**Drucksachen 14/6779, 14/6780, 14/6782, 14/6781, 14/6949**

**Berichterstatterin: Abg. Katrin Altpeter**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Umweltausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 18. August**

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

**2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Entschließung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in Baden-Württemberg (Erneuerbare-Wärme-Gesetz – E-WärmeG) – Drucksachen 14/6850, 14/6975**

**Berichterstatter: Abg. Thomas Knapp**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren vom 2. August 2010 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Grünbuch europäische Pensions- und Rentensysteme – Drucksachen 14/6816, 14/6966**

**Berichterstatterin: Abg. Johanna Lichy**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/6951, 14/6952, 14/6953, 14/6954, 14/6955**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/6883**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 27. Oktober 2010, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 14:55 Uhr**